Nr. 279. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Dienstag, den 30. November 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Am 1. Dezember eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

Vorwärts

mit der illustrirten Sonntags-Beilage

„Die neue Welt".

In der

„Unterhaltungs-Beilage"

wird

„Der Roman einer Verschwörung"

von A. Ranc

in den nächsten Tagen zu Ende geführt werden. An das Werk Ranc's wird sich eine größere Erzählung Koloman Mikszáth's

„Der Zauberkaftan"

anschließen, in der Humor und Ernst gleichmäßig zu ihrem Rechte kommen. —

Der **Reichstag** wird heute zusammentreten. Marinevorlage und Militär-Strafprozeß-Ordnung werden die öffentliche Diskussion beherrschen. Große politische Ereignisse bereiten sich auch sonst vor. Der „Vorwärts" wird dabei nicht blos seinen Leserkreis stets auf dem Laufenden halten, er wird auch allezeit ein furchtloser Führer sein und unerschrocken die Wahrheit aussprechen.

Daß der „Vorwärts" über den Weltangelegenheiten und den deutschen Angelegenheiten auch die Berliner Angelegenheiten nicht vergißt, das haben wir nicht nöthig denen zu sagen, die den „Vorwärts" lesen.

Der „Vorwärts" ist bemüht, über das gesammte geistige und öffentliche Leben der Reichshauptstadt seine Leser aufs rascheste und genaueste zu informiren.

Und wir haben darum ein Recht, von allen, die unser Streben billigen, und namentlich von den Parteigenossen es als Pflicht zu verlangen, daß sie für die weiteste Verbreitung des „Vorwärts" thätig sind.

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 M. für den Monat Dezember

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts" in der Post-Zeitungsliste für 1897 unter Nummer 7437.)

Redaktion u. Expedition des „Vorwärts".

Die Marine-Vorlage.

Seit März dieses Jahres wurde das deutsche Volk ob der uferlosen Flottenpläne in stets steigender Spannung und Beunruhigung gehalten. Acht volle Monate hindurch wogte die Agitation für und gegen die Flottenvermehrung in der Presse und in Versammlungen hin und her. Geschäftig sahen wir den verantwortlichen Leiter des Reichs-Marineamtes an der Aufstellung seines gewichtigen Planes: eifrig „informirte" sein Preßbureau die öffentliche Meinung, da und dort sickerte in die offiziösen Papierplantagen ein Stückchen des erwarteten Entwurfes durch und verstärkte mit frischem Luftzug die eben erlahmende Beunruhigung; endlich reiste der Chef selbst an die Höfe und Ministerien der verbündeten Staaten, um dort sich der Zustimmung seines Planes zu versichern. Aber noch war die dramatische Steigerung des Vorspieles nicht auf die nöthige Höhe geschraubt; das Publikum war noch nicht aufnahmefähig für die Pläne des Herrn Tirpitz: Zwischenfälle und Konflikte mit auswärtigen Mächten änderten im Handumdrehen die ruhige, friedliche Situation; die Nothwendigkeit einer starken Angriffsflotte trat mit lebendiger Anschaulichkeit vor die Augen der Zuschauer. Und da war denn endlich der Moment gekommen, auch dem Volke die Marinevorlage zu enthüllen. Schwarz auf weiß hat sie der „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht. Der parlamentarische Kampf um sie steht unmittelbar bevor.

Die bisherigen Erörterungen in der Presse, und die kommende parlamentarische Behandlung der Vorlage haben theilweise schon eingehend, theils werden sie nach allen Richtungen hin die Kritik der Vorlage im allgemeinen wie in allen Details mit solcher Gründlichkeit führen, daß wir uns damit begnügen können, unsere prinzipielle Stellung zu Schiffsforderungen überhaupt wie insbesondere zu der in Rede stehenden Vorlage kurz zusammenzufassen.

Obwohl wir wiederholt die Ansicht ausgesprochen haben, daß wir inmitten bewaffneter Feinde nicht ungerüstet sein und bleiben können, so verlangen wir doch der Unterstützung auch einer Politik, welche lediglich uneingeschränkt und ehrlich der Vaterlandsvertheidigung gilt, zwei Voraussetzungen, ohne deren Erfüllung eine Partei wie die sozialdemokratische unmöglich im stande ist, für Heeres- und Flottenforderungen einzutreten, Voraussetzungen, deren Erfüllung allerdings im kapitalistischen Staate unmöglich ist. Erstens hat die Regierung als Beauftragte des Volks konform mit dem Willen ihrer Auftraggeber die Geschäfte zu führen und nicht den eigenen Willen oder den eines Monarchen über den Willen eines Volkes zu stellen. Solange der Kampf zwischen den beiden Faktoren des konstitutionellen Systems, zwischen Monarch und Volk, noch nicht endgiltig entschieden ist, wird die Sozialdemokratie nie so kurzsichtig sein, den politischen Gegner, denn das ist in diesem Stadium die Regierung, die staatliche Macht, mit neuen Mitteln der Gewalt zu versehen. Militär und Marine sind in der Hand der heutigen Machthaber nicht nur Waffen gegen den auswärtigen Feind, sondern richten sie sich auch gegen das Volk selbst, gegen jede freiere Ausgestaltung des inneren politischen Lebens.

Eine zweite Voraussetzung zur Unterstützung einer Politik, die auf Vermehrung der Wehrmacht des Landes abzielt, bildet für die sozialdemokratische Partei die sichere Gewähr, daß die Regierung die Wehrkraft nicht in den Dienst der Aggressive stellt, sondern nur die Vertheidigung des Vaterlandes bezweckt. Ja noch mehr, als Sozialisten arbeiten wir auf einen politischen Zustand hin, in dem die Streitigkeiten der Völker unter einander möglichst durch internationale Schiedsgerichte geschlichtet werden sollen. Nur mit einer Regierung, die initiativ auf einen solchen Zustand hinarbeitet, würden wir, unter Berücksichtigung der ersten Voraussetzung, über die Mittel zur Landesvertheidigung diskutiren können. —

Von diesen Grundsätzen ausgehend kommen wir ohne weiteres zu einer Verwerfung der vorliegenden Marinevorlage. Wir werden einer Regierung wie der heutigen, deren reaktionäre Absichten klar zu tage liegen, deren innerster Trieb auf unsere Vernichtung hinarbeitet, in keiner Weise neue Machtmittel in die Hand geben. Das von uns zu verlangen, hieße zum Selbstmord auffordern. Wir werden es aber erst recht nicht thun, da wir wissen, daß durch eine Bewilligung dieser Vorlage eine Schlachtflotte geschaffen werden soll, die nicht der Vertheidigung, sondern dem Angriff zu dienen hat.

Und hier liegt die besondere Gefahr der jetzt vorliegenden Marinevorlage. Bisher ging das Bestreben der deutschen Marineverwaltung in erster Linie dahin, die deutschen Küsten zu schützen; sie wollte eine reine Defensivflotte. Der neue Flottenplan begehrt eine eigentliche Schlachtflotte. Ganz abgesehen von den immensen Kosten, deren ein solcher Plan zu seiner Verwirklichung bedarf, bedeutet eine Schlachtflotte für Deutschland eine totale Umstülpung der auswärtigen Politik des Reiches. An stelle einer ruhigen politischen Entwickelung im Innern des Landes sind wir allen Wechselfällen der internationalen Politik mit allen Verwickelungen, Gefahren, Konflikten und Kriegen ausgesetzt. Ein ganz neues Prinzip tritt im Keime in unsere politische Geschichte ein: das ist der Trieb der Machterweiterung, der Expansion. Denn treibt Deutschland nun einmal „Weltpolitik" in diesem kriegerischen Sinne, so muß es zum mindesten so stark werden, um seinen Nebenbuhlern, England, Rußland, Frankreich, den Vereinigten Staaten auch zu Wasser gewachsen zu sein.

Die Annahme der Flottenvorlage bedeutet nichts weniger als den Beginn der Einmischungspolitik in alle überseeischen Händel. Und ist damit erst der Anfang gemacht, geben wir der deutschen Regierung durch eine starke Flotte die Macht und das Recht, sich in fremde Händel einzumischen, überall dabei zu sein, dann hat das deutsche Volk auch unweigerlich die Konsequenzen des ersten Schrittes zu ziehen. Dann giebt es kein feiges Zurück mehr; dann treibt die innere Logik mit Nothwendigkeit zur Schaffung nicht nur einer immer größeren Kriegsflotte, sondern zu einer offenen Eroberungspolitik, durch die wir das „größere Deutschland" begründen. Ein „größeres Deutschland" — darum handelt es sich bei der Entscheidung über die Tirpitz'sche Vorlage. Man erinnere sich, daß der Kaiser selbst die Gedanken des größeren Deutschlands durch eine Rede in die Oeffentlichkeit geworfen hat. Diesen Gedanken zu verwirklichen, dazu allein brauchen wir eine Schlachtflotte.

Das deutsche Volk aber hat kein Interesse an einer solch gearteten Weltpolitik. Sie würde ungeahnte Opfer an Gut und Blut erfordern; sie würde dabei noch nicht einmal der wirthschaftlichen Entwickelung Deutschlands zu gute kommen; sie würde vielmehr zu noch verhängnißvolleren Mißerfolgen führen, wie die deutsche Kolonialpolitik.

Die Wahrscheinlichkeit also, ja, wir möchten sagen, die Gewißheit, mit der die auswärtige deutsche Politik nach Annahme der Marinevorlage in Bahnen einlenken würde, von denen weder Ziel noch Zweck noch Kosten abzusehen sind, die Gefahren einer Abenteurerpolitik im großen Stile sind es, die uns der Tirpitz-Vorlage gegenüber noch zu ganz besonders energischen Gegnern machen. Es stehen nicht etwa nur die Summen für Schiffsforderungen auf dem Spiel, über die jetzt zu entscheiden ist; es handelt sich vielmehr um die Bewilligung des Werkzeuges für eine ziellose Weltpolitik.

Deutschland am Scheidewege! Die Annahme der Flottenvorlage bedeutet das Betreten eines unabsehbaren und nicht wieder rückgängig zu machenden Irrweges. Die Ablehnung eröffnet die Möglichkeit einer künftigen auswärtigen Politik, die von wirthschaftlichen und sozialpolitischen Gesichtspunkten geleitet wird!

Der Sturz Badeni's.

Viele Ministerien sind in Oesterreich gestürzt worden seit dem denkwürdigen 13. März 1848. Minister mußten zurücktreten, weil sie sich unfähig gezeigt haben, weil die Krone ihre Politik ändern wollte, auch weil das Parlament, beziehentlich Neuwahlen Ministerwechsel erzwangen. Der Graf Badeni theilt mit dem Fürsten Metternich das Schicksal, daß er wie jener im Genusse des uneingeschränkten Willens des Monarchen dem deutlich und energisch kundgegebenen Unwillen des Volkes weichen mußte.

Aber nicht nur in diesem Ergebnisse, auch in der äußeren Physiognomie gleicht der 28. November 1897 dem ruhmvollen 13. März 1848. Das Proletariat auf der Straße, seinen Unwillen mit der Politik der Regierung energisch und muthvoll kundgebend, deutlich seinen Willen demonstrirend, die Studentenschaft mit den Arbeitern fraternisirend, die Bürgerschaft für einen Augenblick aufgerüttelt, vom Strome mitgerissen, für einen Tag, einen kurzen Tag die Bevölkerung der Reichshauptstadt von einem Willen erfüllt, von einem Gedanken gespornt, in einem Geiste denkend, alles — von Polizei und Soldaten abgesehen — erfüllt von dem Gedanken, die Regierung zu stürzen.

Und wie am Morgen des 13. März 1848 sich Fürst Metternich der vollsten Gunst des Monarchen und ungeheurer Machtfülle erfreute, so am Morgen des 28. November 1897 der Graf Casimir Badeni.

Am gestrigen Morgen richtete der Kaiser an den verfassungsbrecherischen Ministerpräsidenten ein Handschreiben, durch das der Reichsrath vertagt wurde, was allseits und mit recht dahin ausgelegt wurde, daß die Vorgänge im Abgeordnetenhause die Gesetzwidrigkeiten, die Polizeiskandalosa, die Vernichtung der Immunität, all' die fürchterlichen Ereignisse der letzten Tage das Vertrauen des Monarchen zu seinem Badeni nicht im mindesten erschüttert haben, daß er lieber das Parlament zerstören lasse, als auf den Diener zu verzichten. Am Nachmittage war aber Badeni und sein Ministerium entlassen. Die Arbeiter Wiens hatten auf den Straßen der Stadt unzweideutig ihre Meinung kundgethan, sie hatten die ganze Bevölkerung bis zu den Spießbürgern mit sich gerissen, sie hatten so laut ihre Stimme erhoben, daß die Säle der Hofburg davon erzitterten. Man wußte in dem alten Schlosse der Habsburger, was es galt; der Monarch, der durch die Ereignisse der Revolution vom Jahre 1848 auf den Thron gekommen war, er wollte es nicht in seinem 50. Regierungsjahre auf eine Wiederholung der seinen Regierungsantritt kennzeichnenden Ereignisse ankommen lassen. Aengstlich wurden die Thore der Hofburg, durch die eine der wichtigsten Verkehrsadern der Riesenstadt an der Donau geht, geschlossen. Mit der größten Besorgniß wurden in den Gemächern des Kaisers die Nachrichten von den Massenansammlungen in der Stadt, von der Einmüthigkeit der Bevölkerung, von der revolutionären Erregung, von den Zusammenstößen mit dem Militär aufgenommen. Und zu den Nachrichten aus Wien kamen für die Krone ebenso besorgnißerregende aus den großen Städten des ganzen Reiches. Da sah der Monarch ein, daß es sich bald um mehr als nur um das Ministerium Badeni handeln könne, er entschloß sich das zu thun, was er dreizehnmal dem durch die Obstruktion eingeschüchterten Badeni abgelehnt hatte. Er veranlaßte das Ministerium, dem er vor wenigen Stunden ein Zeichen seines anscheinend unerschütterbaren Vertrauens gegeben hatte, zurückzutreten. Noch machte er den Versuch, durch ein Ministerium aus Generälen zu imponiren, aber der Feldzeugmeister und bisherige Landesvertheidigungsminister Graf Welserheimb lehnte wohl gerade mit Rücksicht auf die unzweideutige Volksstimmung diesen Antrag ab und der bisherige Unterrichtsminister Gautsch übernahm die Bildung eines neuen Kabinets. Erst als das österreichische Amtsblatt, die „Wiener Zeitung", in einer in unzähligen Exemplaren amtlich verbreiteten Extra-Ausgabe den Rücktritt des Kabinets offiziell mittheilte, beruhigte sich das Volk in Wien und in den anderen aufgeregten Städten des Landes.

Unser Wiener Korrespondent sendet uns über die hochbedeutsamen Vorgänge in Oesterreich die folgende Depesche:

Der Sturz des Ministerpräsidenten Grafen Badeni wird von allen Seiten dem energischen Eingreifen der Sozialdemokraten zugeschrieben. Man ist des Lobes voll über die bewunderungswürdige Disziplin der Arbeiterschaft bei den Vorgängen am Sonntag. Und blos der strengen Manneszucht, die unsere Parteigenossen üben, ist es zu verdanken, daß die Zahl der Opfer verhältnißmäßig so gering geblieben ist. Die Vorgänge auf den Straßen der österreichischen Hauptstadt lassen sich, kurz gefaßt, folgendermaßen schildern:

Um 12 Uhr fand der Abzug der Arbeiter statt, um 1 Uhr der Abzug der Husaren und um 2 Uhr der Abzug Badeni's. 50 000 bis 60 000 Arbeiter, dann die Studentenschaft und zahlreiche Bürger postirten sich trotz des sehr schlechten Wetters auf der breiten Ringstraße. Vorher waren die Arbeiter in neun massenhaft besuchten Versammlungen zusammengetreten. Sieben von diesen Versammlungen wurden wegen der Schärfe der Angriffe auf den zu jener Stunde nach aktiven Ministerpräsidenten Badeni aufgelöst, die zwei übrigen konnten nur durch außerordentliches Geschick der Versammlungsleiter vor der Auflösung bewahrt werden. Die Erbitterung war hochgradig, sie wuchs von Viertelstunde zu Viertelstunde, ja

von Minute zu Minute. Die Wache hatte die Hauptzugänge aus den Vorstädten zur Ringstraße gesperrt, aber auf Nebenstraßen erreichte um 11 Uhr vormittags das Gros der Arbeiterschaft die Ringstraße, diese weltberühmte Prunkstraße, die in ihrer kolossalen Ausdehnung, in ihrer großen Breite, in ihrer Umsäumung mit den herrlichsten Palästen, so u. a. dem Parlamentsgebäude, der Hofburg, der Universität, der Börse, wie geschaffen zu großen Volksdemonstrationen ist. Tausende Studenten begrüßten jubelnd die heranziehenden Arbeiterschaaren. Eine einzige große Masse staute sich auf dem ungeheuer weiten Platze, der vom Rathhause, dem Parlamente, der Universität und einigen privaten Palästen begrenzt ist.

Am Anfange der Demonstration verhielten sich die Polizeimannschaften vernünftig, sie beschränkten sich darauf, die Fahrstraße freizuhalten, was ohne jede Schwierigkeit gelang. Das Parlament war von Polizisten eng umzingelt. Die Massen sangen das Lied der Arbeit und riefen: Nieder mit Badeni! Nieder mit Falkenhayn! Nieder mit Abrahamowicz! Als der Präsident des Abgeordnetenhauses in größter Karrière am Parlamentsgebäude vorbeifuhr, wurde er von den Demonstranten erkannt, mit auf ihn passenden Zurufen begrüßt, sein Wagen mit Koth und Steinen beworfen.

Um die Mittagszeit wurde unter den Demonstranten die Parole ausgegeben: „Im aufgelösten Zuge nach Hause!" Als man sich eben anschickte, dieser Ordre zu folgen, sprengten die Kaiser Wilhelm-Husaren durch die Stadiongasse vor das Parlament. Für den Augenblick entstand eine fluchtartige Bewegung. Dadurch wurde die Wache muthiger, sie sprengte mit gezogenem Säbel in die Massen. Vier Schwerverletzte sind das Opfer dieser durch nichts gerechtfertigten Polizei-Attake, die nach 10 Minuten infolge höheren Auftrages eingestellt wurde. Die dicht wie eine Mauer stehende Menge empfing das Militär mit Entrüstungsrufen.

Während sich diese Szenen abspielten, demonstrirten 8000 Arbeiter, Studenten und Bürger vor dem Landesgerichte für die Freilassung des unter flagranter Verletzung des parlamentarischen Immunitätsrechtes inhaftirten Reichsraths-Abgeordneten Wolf. Tausendstimmig erschallen die Rufe: Wolf heraus! Badeni hinein! Auch hier fand eine Polizeiattake statt, bei der sieben Polizisten von ihren Pferden stürzten. In der rücksichtslosesten Weise suchte die Polizei den breiten Straßenzug vor dem Landesgerichte zu säubern. Die Empörung über das Vorgehen der Polizei war allgemein. Die Husaren, welche die Ringstraße durch langsames Reiten „säuberten", zogen um ½2 Uhr nachmittags ab.

Als am Nachmittag die Nachricht von dem Rücktritte Badeni's bekannt wurde, verwandelte sich die aufs höchste gesteigerte Erbitterung in hellen, freudigen Jubel. Die Polizeiwachtleute „übertraten" selbst das in Oesterreich so überaus strenge Verbot der Kolportage von Druckschriften (§ 23 des Preßgesetzes) und vertheilten in Massen an jedermann einen in den ersten Nachmittagsstunden gedrucktes Extrablatt des österreichischen Amtsblattes, der „Wiener Zeitung", das die Entlassung des Ministeriums Badeni mittheilte. An alle Eisenbahnstationen war dieses Ereigniß amtlich mit dem Auftrage, es möglichst rasch und in die weitesten Kreise zu verbreiten, telegraphirt worden. In alle Kaffehäuser und Wirthschaften brachten, selbstverständlich in höherem Auftrage, uniformirte Polizisten diese Meldung.

Um ½6 Uhr abends wollten einige Hunderte, die mittags demonstrirt hatten, dem entlassenen Grafen Casimir Badeni ein Freudenständchen bringen. Auf dem Platze „Am Hof" kam es dabei zu einem kleinen Zusammenstoße.

Um 9 Uhr abends wurde der Reichsraths-Abgeordnete Wolf auf freien Fuß gesetzt, welche Nachricht mit Befriedigung allgemein aufgenommen wurde; heute wurden dann alle anderen wegen der Demonstrationen in Untersuchungshaft genommenen Arbeiter und Studenten freigelassen. Auch die Universität, welche geschlossen worden war, wurde heute den Studenten wieder freigegeben.

Auch in den Kronländern fanden gestern fast überall kolossale Demonstrationen statt. Besonders ernst waren sie in Graz, wo am Sonnabend schon von den bosniakischen Soldaten zwei Arbeiter ermordet wurden. So große Demonstrationen auch aus Deutschböhmen gemeldet wurden, so ist doch die Volkskundgebung in Prag (Siehe unsere Prager Korrespondenz. Red.) weit bedeutungsvoller, weil „dort die czechische Arbeiterschaft einmüthig gegen die Jungczechen demonstrirte. In Brünn sprach am Sonntag Viktor Adler, in Linz Resel, in Krakau Daszynski; in diesen Städten, wie auch in Klagenfurt, in Innsbruck u. s. w., hatten die Kundgebungen einen fast rein proletarischen Charakter. Ueberall konnte die Gefahr ernster Zusammenstöße nur knapp vermieden werden, überall war das gesammte Militär aufgeboten und zum Ausrücken und Schießen schlagfertig.

Die Physiognomie des künftigen Ministeriums Gautsch ist noch unbestimmt. Das kolportirte Gerücht des Eintrittes Steinbach's, eines ausgezeichneten Juristen und Finanzpolitikers, der auch in der Sozialpolitik Bescheid weiß, scheint sich nicht zu bewahrheiten. Ebenso sind alle anderen Kombinationen, wie die des Eintrittes des deutschen Großgrundbesitzers Baernreithers in das Ministerium mit Vorsicht aufzunehmen; als sicher kann blos das Verbleiben des Landesvertheidigungsministers Welsersheimb und etwa des Polen Dr. Rittner gelten. Jedenfalls wird die Bildung des neuen Kabinets auf die größten Schwierigkeiten stoßen, weil die Jungczechen das Verbleiben des Präsidiums des Abgeordnetenhauses fordern, unter diesem Präsidium aber eine gedeihliche parlamentarische Arbeit, eine Erledigung des Ausgleichsprovisoriums in wenigen Tagen als völlig ausgeschlossen angesehen werden muß. Bei einer eventuellen Neubesetzung des Präsidiums käme der frühere Präsident, Dr. Kathrein, in erster Linie in Frage, mit ihm würden sich dann ein Pole und ein verfassungstreuer Großgrundbesitzer im Vorsitze des Abgeordnetenhauses theilen. Die Aufhebung der oktroyirten Geschäftsordnung und die Zurückziehung aller in deren Folge sich ergebenden polizeilichen Anzeigen und gerichtlichen Untersuchungen wird erwartet.

Ueber die Haltung der Parteien zu dem in der Bildung begriffenen Ministerium läßt sich sicheres noch nicht sagen. Die deutsche Linke verhält sich reservirt, sie fordert nationale Konzessionen und will als Garantie für dieselben einen Sitz im Ministerium.

Die Lage ist nach wie vor chaotisch.

Die Sozialdemokraten nehmen selbstverständlich den Standpunkt der strammen Opposition gegen den als liberal geltenden, in Wirklichkeit aber klerikal angehauchten Ministerpräsidenten Gautsch ein, sie werden ihre Sturmtaktik, die sich in den letzten Tagen so ausgezeichnet bewährt hatte, nur dann aufgeben, wenn das Präsidium Abrahamowicz-Kramarcz-Fuchs zurücktritt und die Geschäftsordnung Falkenhayn und deren Konsequenzen bedingungslos beseitigt werden.

Dr. Lueger hat den Versuch gemacht, die Situation für sich auszunützen, er versuchte, sich als Urheber der raschen Wendung der Dinge hinzustellen, der Versuch ist mißlungen. Er ließ das Gerücht verbreiten, daß er vom Kaiser empfangen wurde und bei dieser Gelegenheit zum Sturze des Badeni den Ausschlag gegeben habe. In Wirklichkeit hatte er wohl um eine Audienz nachgesucht, er wurde aber nicht empfangen.

So weit unser Korrespondent.

Ueber den Charakter des neuen Kabinets, über die Möglichkeit der Rückkehr zu geordneten Zuständen wird sich erst sprechen lassen, wenn das neue Kabinet konstituirt, wenn seine Abmachungen mit den Parteien bekannt sein werden. Sicher ist nur, daß Herr Gautsch, eine so wenig sympathische Persönlichkeit er auch ist, alles daran setzen muß, die aufgeregten Gemüther durch eine populäre Politik zu beruhigen. Herr Gautsch zeichnet sich, wie allgemein anerkannt wird, ebenso durch Gewandtheit wie Mangel an Gesinnung aus, er wird es auch verstehen, eine volksfreundliche Maske vor's Gesicht zu nehmen.

Den 28. November, den Eindruck des seinen Willen kundgebenden Volkes wird Herr Gautsch nicht vergessen.

Die heilsame Lehre dieses Tages sollte nicht so bald in Vergessenheit gerathen, das Volk nicht so bald wieder auf die Straße getrieben werden!

So friedlich wie diesmal dürfte ein zweites Mal der Verlauf nicht sein!

Politische Uebersicht.

Berlin, 29. November.

Die Marinevorlage und die Stellung der Parteien. Wir geben an anderer Stelle unseres Blattes eine Uebersicht über die Aeußerungen der wichtigsten Preßorgane, aus denen sich bereits Schlüsse auf die Haltung der Reichstagsparteien sowie auch Vermuthungen über die Aussichten der Vorlage ziehen lassen.

Abgesehen von den offiziösen Blättern und den stets bewilligungsbereiten und für alle Wünsche jeder Regierung begeisterten Preßorganen vom Schlage der „Post" zeigen sich auch die nationalliberalen Zeitungen der Regierungsvorlage sehr wohlgesinnt. Sie alle unterschreiben jeglichen Satz der sogenannten „Begründung" des Entwurfes mit Sehr richtig und Bravo und belegen jeden, der dies „Mindestmaß des Allernöthigsten" nicht bewilligen wolle, mit den ausgesuchtesten Kosenamen. Nur bezüglich des „Septennats" machen auch die „Kölnische Zeitung" und die „National-Zeitung" Einwendungen. Allerdings, wenigstens das erstere Blatt, nicht aus sachlichen Gründen — die „Kölnische" ist selbst mit dem Septennat ganz einverstanden —, sondern nur aus taktischen Gründen, aus Besorgniß, daß die Vorlage gerade an diesem Verlangen der Regierung überhaupt scheitern könne. Die „Kölnische Zeitung" selbst, deren Hurrah-Patriotismus über jeden Zweifel erhaben ist, spricht von „Ueberspannung des Bogens" durch die Regierung und fordert diese auf, in der Formfrage nachzugeben, „um die gute Sache zu retten."

Und freilich, die Haltung der übrigen Parteirichtungen ist nicht eine solche, daß man die Aussichten der Vorlage auch nur bezüglich der Schiffsvermehrung selbst, abgesehen von der Festlegung auf 7 Jahre, als günstige ansehen könnte. Für die Schiffsvermehrungen in dem Maße, wie sie die Regierung plant, ist wohl noch die liebliche Gruppe der freisinnigen Vereinigung zu haben. Dagegen, was weit wichtiger ist, scheint das Zentrum weder auf das Septennat noch auf die Schiffsforderungen selbst eingehen zu wollen. Wenn hinter der Auslassung der „Germania", die wir unter den Preßstimmen etwas ausführlicher wiedergeben, die ganze Zentrumspartei steht und stehen bleiben wird, so wird allerdings der Entwurf der Regierung nicht Gesetz werden.

Jedoch war sie nicht allzu vertrauensvoll. Es scheint, als ob die Regierung alles daran setzen wolle, um ihre Pläne durchzusetzen. Und das Zentrum war im Handeln immer Numero eins. Andererseits wird das Zentrum auch bedenken, daß die Reichstagswahlen nahe bevorstehen, und eine ungünstigere Wahlsituation könnte es sich nicht bereiten, als wenn es den maßlosen Ansprüchen der Regierung und besonders der Herabwürdigung des Reichstags durch Entziehung seines Budgetrechts auch nur irgendwie ein Entgegenkommen bieten würde.

Wollte aber das Zentrum doch den Versuch machen, einen Handelsausgleich mit der Regierung herbeizuführen, wie es schon oft gethan und wie es seiner Natur so sehr entspricht; wollte es etwa bereit sein, für das Aufgeben des Septennats die Schiffsforderungen und die nöthigen Millionen auf das nächste Etatsjahr zu bewilligen — so würde es sich noch fragen, ob auch die Regierung bereit sein dürfte, sich auf ein solches Handelsgeschäft einzulassen. Fast scheint es ja so, als habe die Regierung wieder einmal ihre Vorlage „aufs Abhandeln zugeschnitten". Sie mußte sich doch von selbst sagen, daß die Zumuthungen, die sie an die Mittelparteien stellt, zu stark sind für deren Befähigung, die Volksrechte preiszugeben, so hoch dieselbe auch veranschlagt werden mag. Vielleicht hat sie das Septennat nur gefordert, um wenigstens die volle Höhe der Geldsummen zu erhalten, die sie für das Jahr 1898/99 wünscht.

Wenn die „Nat. Lib. Korresp." bestimmt wissen will, daß die Regierung gerade von der Forderung des Septennats nicht abzugehen gesonnen sei, so dürften solche Gerüchte nicht zu viel bedeuten; sie sind häufig nur Pressionsmittel auf die Parteien, die genöthigt sind, auf die Wähler auch einige Rücksichten zu nehmen.

Sollte aber das Verhalten der Mehrheit des Reichstages zu den Plänen des Herrn Tirpitz der Regierung unannehmbar erscheinen, was dann? Wird es die Regierung mit einer Reichstagsauflösung versuchen wollen? Soll dann der schon bei der Marinedebatte der vorigen Session angekündigte „Kladderadatsch" erfolgen?

Nun, eine solche Verblendung wollen wir vorläufig der Regierung nicht zutrauen. Das Marine-Septennat, die neue Steuer-Milliarde, die abenteuerliche Weltpolitik — eine bessere Wahlparole könnten sich die Gegner der heutigen Regierungspolitik wahrlich nicht wünschen!

Der dolus eventualis. Welcher Kritik selbst in richterlichen Kreisen die Ausdehnung der Lehre vom dolus eventualis durch das Reichsgericht und die darauf beruhende Verurtheilung Liebknecht's begegnet, dafür legt ein Artikel des Amtsgerichtsraths Wilhelmi in der neuesten Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung" beredtes Zeugniß ab. Der Verfasser weist in den Eingangsworten auf die übermäßige Ausdehnung der Theorie vom dolus eventualis hin, welche den Unterschied von Vorsatz und Fahrlässigkeit verwischt, und kommt dann aus Veranlassung des Falles Liebknecht zu einer Untersuchung der verschiedenen Stadien, welche die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf diesem Gebiete durchlaufen hat. Hierzu liegt umsomehr Veranlassung vor, als das die Verurtheilung Liebknecht's bestätigende Erkenntniß mit den Worten schloß, daß der Gerichtshof mit dieser seiner Entscheidung in Uebereinstimmung stehe nicht nur mit seinen früheren Urtheilen, sondern auch mit der Wissenschaft. Wie lauten aber nun die früheren Urtheile des Reichsgerichts? Amtsgerichtsrath Wilhelmi erwähnt ein solches aus dem Jahre 1888, in dem es heißt: Es ist unzutreffend, auf die bloße Möglichkeit hin, ein Satz könne in beleidigendem Sinne aufgefaßt werden, von dem objektiv beleidigenden Inhalt des fraglichen Satzes zu sprechen. Der Mißdeutung im allgemeinen fähig ist eine große Anzahl von Ausdrücken und Wendungen, ohne daß man um deswillen befugt ist, sie als objektiv unerlaubte zu qualifiziren. Kann ein Satz in einem beleidigenden, wie in einem die Ehre eines anderen gar nicht berührenden Sinne verstanden werden, so fehlt sowohl der objektive wie der subjektive Thatbestand einer Ehrverletzung. Amtsgerichtsrath Wilhelmi vermag zwischen diesem Urtheil und demjenigen in Sachen Liebknecht eine Uebereinstimmung nicht zu entdecken, zumal im ersten Erkenntniß die Möglichkeit, daß ein Wort oder eine Wendung in beleidigendem Sinne aufgefaßt werden kann, eine Verurtheilung unter keinen Umständen begründen soll, wogegen neuerdings diese Möglichkeit zu einem Schuldverdikt ausreicht. Der Artikel schließt mit den Worten: Es liegt auf der Hand, daß nach dieser Entscheidung jede Rechtssicherheit aufhört, da — um mit dem Reichsgericht von 1888 zu reden — „vollkommen unverfängliche Ausdrücke und Redewendungen einen ehrenrührigen Charakter annehmen können" — wenn er in sie hineininterpretirt wird. Bitterer ist diese Rechtsprechung aber noch niemals ironisirt worden, als in dem sie lobpreisenden Leitartikel der „Kreuz-Zeitung" vom 23 Oktober dieses Jahres. Danach soll im Interesse der „Königstreue" ein politischer Gegner ohne Rücksicht auf den „objektiven Thatbestand" wegen dessen verurtheilt werden können, was „er nicht gesagt hat". —

Im Lande der Dichter und Denker sind bekanntlich die Presse und die Meinungsaussprache, die Kunst, die Wissenschaften und ihre Lehren frei — soweit es nämlich die Polizei und Justiz erlaubt. Auch das Königreich Sachsen ist ein Theil dieses Landes der Dichter und Denker. In Pieschen, einem Vorort Dresdens, hatte nun ein Arbeiterverein für vergangenen Todtensonntag einen Rezitationsabend geplant, bei welchem Gedichte von Chamisso und Freiligrath zum Vortrag gelangen sollten. Die Polizei verlangte nun zu erfahren, welche Gedichte der genannten beiden Dichter ins Auge gefaßt worden seien.

Der mit der Rezitation betraute Genosse theilte dem Vereinsvorstand das Verzeichniß der von ihm gewählten Gedichte mit, das der Behörde unterbreitet wurde. Da man den Wortlaut der Gedichte behördlicherseits kennen und prüfen wollte, mußten die betreffenden Bücher gekauft und vorgelegt werden. Das Programm des ersten Entwurfs umfaßte folgende Dichtungen: Von Chamisso: Lebenslieder und Bilder Nr. 18 bis 23: Die Klage der Nonne, Die goldene Zeit, Der Graf und der Leibeigene, Der Bettler und sein Hund, Rede des alten Kriegers Bunte-Schlange im Rathe der Creek-Indianer, Der Birnbaum auf dem Walserfeld, Die drei Schwestern.

Von Freiligrath: Der ausgewanderte Dichter, O lieb', so lang du lieben kannst, Ein Kindermärchen, Trotz alledem (nach R. Burns), Im Irrenhause, Vom Harze, Aus dem schlesischen Gebirge, Von unten auf, Freie Presse, Requiescat.

Zunächst wurden zwar von den Chamisso'schen Gedichten keins, von denen Freiligrath's aber die folgenden von der Polizei beanstandet: Der ausgewanderte Dichter, Trotz alledem, Im Irrenhause, Aus dem schlesischen Gebirge, Von unten auf, Freie Presse, Requiescat.

Am Orte der Veranstaltung — kurz vor Beginn der Rezitation — erfuhr in letzter Minute dieses Programm eine weitere Umgestaltung durch die Behörde. Von den Gedichten Chamisso's wurde das „Die drei Schwestern" überschriebene auf den Index gesetzt.

Von den erst erlaubten Freiligrath'schen Gedichten wurde nun „Vom Harze" noch nachträglich gestrichen, dafür aber „Aus dem schlesischen Gebirge", „Im Irrenhause" und „Der ausgewanderte Dichter" nachträglich genehmigt.

Also: im Lande der Dichter und Denker ist die Zensur abgeschafft, aber die Verlesung von Dichtungen unserer Klassiker unterliegen polizeilicher Prüfung, nach welcher auch sonst gesetzlich ganz unangreifbare Kunstwerke verboten werden. Nach welchen Gesichtspunkten in dem vorliegenden Falle verfahren worden, ist nicht klar. Warum die unschuldigen „Drei Schwestern" von Chamisso dem Interdikt verfielen, ist ganz unbegreiflich. Interessant war dagegen die polizeiliche Approbirung des Gedichtes „Die goldene Zeit", dessen erster Vers lautet:

Füllt die Becher bis zum Rand,
Thut, ihr Freunde, mir Bescheid:
Das befreite Vaterland,
Und die gute goldne Zeit!
Denn der Bürger denkt und glaubt,
Spricht und schreibt nur alles frei,
Was die hohe Polizei
Erst geprüft hat und erlaubt. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Die Reichskommission für Arbeiterstatistik** trat heute unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Fleck zusammen. Als Kommissare des Staatssekretärs des Innern wohnten die Regierungsräthe Koch und Dr. Engelmann, als Kommissar des königlich preußischen Ministers für Handel und Gewerbe der Regierungsassessor v. Meyeren und im Auftrage des Senats zu Hamburg der Fabrikinspektor Giesecke den Verhandlungen bei.

Die Tagesordnung bildete die Vernehmung von Auskunftspersonen über die Arbeitszeit in Getreidemühlen. Ueber die Vernehmungen wird stenographisch Protokoll geführt. —

— **Die Novelle zur Zivilprozeßordnung** soll in dieser Woche vom Bundesrath zu Ende berathen werden und alsbald nach der Annahme durch den Bundesrath an den Reichstag gelangen. —

— **Personalien.** Der „Reichs-Anzeiger" meldet amtlich die Betrauung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, von Bülow, mit der Stellvertretung des Reichskanzlers im Bereiche des Auswärtigen Amtes die Ernennung des Direktors im Reichs-Postamt Fritsch in Berlin zum Unterstaatssekretär im Reichs-Postamt, sowie der Geheimen Ober-Posträthe und vortragenden Räthe im Reichs-Postamt Kraetke und Sydow in Berlin zu Direktoren im Reichs-Postamt, ferner die Beförderung des Reichsgerichtsraths Dr. Bolze in Leipzig und des Reichsanwalts Treplin daselbst zum Senatspräsidenten beidem Reichsgericht, ferner des hanseatischen Ober-Landesgerichtsraths Dr. Lahusen in Hamburg und des württembergischen Ober-Landesgerichtsraths Goldmann in Stuttgart zu Reichsgerichtsräthen, sowie des königlich preußischen Ober-Landesgerichtsraths Zweigert in Celle zum Reichsanwalt, endlich die Berufung des bisherigen kaiserlichen Kreisdirektors in der Verwaltung von Elsaß-Lothringen Dr. Georg Gustav Adolf Otto Clemm aus Hagenau zum Geheimen Regierungsrath und vortragenden Rath bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs.

— **Ein Erfolg des König Stumm.** Reichstags-Abgeordneter Richard Rösicke, welcher seit 1889 den Vorsitz im Verband der deutschen Berufsgenossenschaften führt, ist von diesem Posten zurückgetreten; er hat an den stellvertretenden Vorsitzenden,

den Schatzmeister und die übrigen Mitglieder des Verbandes der deutschen Berufsgenossenschaften folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Verhandlungen über die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze und andere die Berufsgenossenschaften betreffenden Fragen haben mir je länger je mehr die Ueberzeugung verschafft, daß zwischen der Mehrheit der Mitglieder unseres Verbandes und mir nicht die Uebereinstimmung besteht, welche mir zur Fortführung des Amtes des Vorsitzenden erforderlich erscheint. Ich habe mich daher entschlossen, dieses Amt mit dem 1. Januar 1898 niederzulegen. Indem ich hiervon dem Herrn stellvertretenden Vorsitzenden, dem Herrn Schatzmeister und den übrigen Mitgliedern des geschäftsführenden Ausschusses, sowie den Mitgliedern des Verbandes ergebenst Kenntniß gebe, bitte ich zugleich, meinen aufrichtigen Dank für das Vertrauen entgegenzunehmen, welches mir bei meiner Amtsführung in reichem Maße zu theil geworden ist. Stets werde ich mit Genugthuung auf die Zeit zurückblicken, während welcher es mir vergönnt war, an der Spitze des Verbandes für die den Berufsgenossenschaften gestellten großen und segensreichen Aufgaben thätig zu sein."

Mit Herrn Rösicke haben wir so manchen Strauß auszufechten gehabt, aber wir müssen anerkennen, daß er die Interessen des Unternehmerthums in anständiger und würdiger Weise vertreten hat; dies hat ihm den vollen Zorn des Herrn von Saarabien zugezogen. Da die überwiegende Mehrheit des deutschen Unternehmerthums viel mehr mit einer brutalen, unduldsamen, kraß egoistischen Politik als mit dem Standpunkt des Herrn Rösicke sympathisirt, so mußte Herr Rösicke weichen. —

— Der Peters-Kollege Herr Jancke, der „Beisitzer des Kriegsgerichts", welcher über den Neger Mabruk und die Konkubine des Peters die Todesstrafe verhängte, soll jetzt ebenfalls vor die Disziplinarkammer gestellt werden. Herr Jancke befindet sich zur Zeit in Berlin. —

Homburg v. d. H., 29. November. Die Zentrumspartei hat für die nächste Reichstagswahl als ihren Kandidaten im Wahlkreise Homburg-Usingen den Redakteur Stötzel-Essen aufgestellt.

— Auch Breslau bewirbt sich um ein Polytechnikum, nachdem Danzig von der Regierung die Schaffung einer höheren technischen Lehranstalt zugesagt sein soll. —

Landsberg a. W., 29. November. Amtliches Wahlresultat. Bei der heute im Wahlbezirk Landsberg-Soldin stattgehabten Landtags-Ersatzwahl erhielten Oekonomierath Ebert-Landsberg (k.) 280 und Rechtsanwalt Lenzmann-Lüdenscheid (freis.) 16 St. Ersterer ist somit gewählt. —

Görlitz, 27. November. („Voss. Ztg.") Der Kommunal-Landtag genehmigte die Versicherung des gesammten Forst- und Landwirthschaftsbetriebes der Oberlausitz gegen Haftpflicht auf ständische Kosten, ohne Beiträge der Versicherten. —

Dresden, 29. November. (Eigener Bericht.) Die in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage über die Verwaltungsrechtspflege ist dem Landtage nunmehr zugegangen. Nach der Vorlage werden ein Ober-Verwaltungsgericht, mit dem Sitz in Dresden, und eine Anzahl Verwaltungsgerichte geschaffen. Ersteres schließt sich in seiner Organisation an das Ober-Landesgericht an. Die Mitglieder des Ober-Verwaltungsgerichts werden vom König auf Lebenszeit ernannt und müssen zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst befähigt sein. Das Ober-Verwaltungsgericht entscheidet in zweiter Instanz über Berufung und Beschwerde, und in erster und letzter Instanz über Anfechtungsklagen, sowie Klagen auf Wiederaufnahme des Verfahrens.

Die Ausübung der Verwaltungsgerichte soll den Kreis- und Bezirks-Ausschüssen übertragen werden, und haben diese lediglich in erster Instanz zu entscheiden. Kompetent sollen die Verwaltungsgerichte in folgenden Dingen sein: Ueber vermögensrechtliche Ansprüche der Gemeinde- oder Bezirksbeamten an die Gemeinden oder Bezirke in ihrem Dienstverhältniß, insbesondere über Ansprüche auf Besoldung, Wartegeld, Unterstützung, Ruhegehalt; über die Erhebung von Wege-, Brücken- und Uebersahrtsgeldern, von Hafenabgaben, Schifffahrtsabgaben 2c.; über die Zugehörigkeit von Grundstücken zu einer politischen oder der Schulgemeinde; über die Ansprüche der Armenverbände gegen einander und gegen den Staat wegen der öffentlichen Unterstützung Hilfsbedürftiger, und noch über eine Reihe weniger wichtige Dinge.

— Sächsische Rache. Nachdem unsere Partei in Chemnitz bei den Stadtverordneten-Wahlen einen großen Sieg errungen hat, denkt man, wie der „Nat.-Ztg." gemeldet wird, bereits daran, das bestehende Wahlrecht abzuschaffen und ein Klassen-Wahlsystem einzuführen. Das allgemeine Wahlrecht ist nur gut, so lange die Ausbeuterparteien die Sieger sind. Unterliegen sie, so taugt das Recht nichts. Aber das Volk wird für solche Streiche die Antwort zu finden wissen. —

Nürnberg, 29. November. (Privatdepesche des „Vorwärts"). Bei der heutigen Stichwahl für die Landtags-Wahlmänner errangen unsere Wahlmänner die Mehrheit. Die Wahl des Genossen Segitz zum Landtags-Abgeordneten ist gesichert. —

Aus Baden, 28. November. (Eig. Ber.) Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion betreffend Einführung der direkten Wahlen, dessen Einbringung ich schon angekündigt, unterscheidet sich insofern von dem Antrag der freisinnig-demokratischen Fraktion, als jener außer der direkten geheimen Wahl sich zugleich auch für die Proportionalvertretung ausspricht, während die Freisinn-Demokraten nur erklären, für den Fall, daß die Regierung Vorschläge zu einer Proportionalvertretung sowie zu der Integralerneuerung statt der zweijährigen Partialerneuerung der Kammer und zu einer Neu-Eintheilung der Wahlkreise machen würde, diesen Vorschlägen zustimmen zu wollen. Die beiden Anträge haben das gemeinsam, daß sie die Regierung nur ersuchen, ein Gesetz über die Wahlen vorzulegen und dabei nur die Gesichtspunkte fixiren, von denen die Regierung ausgehen soll. Die erste Forderung des sozialdemokratischen Antrages: „Unmittelbare Wahl in geheimer Abstimmung mit Wahlkouvert und Isolierraum deckt sich mit den seit 1½ Jahren bestehenden Zusatzbestimmungen zum badischen Wahlgesetz. Die zweite Forderung: „Gewährung des Wahlrechts mit dem 21. Lebensjahr" hat natürlich keine Aussicht auf Berücksichtigung seitens der Regierung oder der Majorität des Landtags. Mehr Aussicht hat die Forderung, keine Klassifizirung der Wähler vorzunehmen, dagegen wird das Verlangen, als Wahltag einen Sonntag oder gesetzlichen Feiertag zu bestimmen, bei der Regierung kein williges Gehör finden. Die wichtigste Forderung, die Besetzung der Kammer proportional nach der abgegebenen Stimmenzahl, ist, soweit man bis jetzt aus den Aeußerungen eines Theils der nationalliberalen Presse hören kann, der Unterstützung eines Theils der nationalliberalen Fraktion sicher. Die Nationalliberalen, welche durch den Mund ihres Führers Fieser schon mehr als einmal erklären ließen, daß sie mit der Einführung des direkten Wahlrechts ohne Kautelen den Ast absägen würden, auf dem sie sitzen, würden jedenfalls mit dem Proportional-Wahlsystem nicht schlecht fahren, während das Zentrum und auch die Freisinn-Demokraten wahrscheinlicherweise bei dem direkten Wahlverfahren ohne Proportionalvertretung in bezug auf die ihren beiden Parteien zufallenden Sitze schlechter wegkämen. Es ist daher nicht ohne Humor, wenn man sieht, wie die Freisinn-Demokraten, derer Führer Muser sich immer für das Proportionalsystem ausgesprochen hat, in ihrem Antrage jede diesbezügliche Forderung vermeiden und nur ehrenhalber und aus Prinzip mit süßsaurer Miene erklären, daß wenn die Regierung die Proportionalvertretung einführen wollte, sie nicht dagegen wären. Die Verhandlungen über die Wahlrechtsfrage, die übrigens kaum vor nächstem Frühjahr angeschnitten werden dürften, werden zweifellos zu dem Interessantesten der gegenwärtigen Session gehören. Unterdessen wird die sozialdemokratische Fraktion ihre Vorschläge eingehend ausarbeiten und präzisiren, um bis dahin wirksam in die Debatte eingreifen zu können.

Der von der sozialdemokratischen Landtags-Fraktion eingebrachte und von mir schon gemeldete Antrag auf Erweiterung des Fabrikinspektorats bezweckt eine erhöhte Wirksamkeit des Inspektorats durch Schaffung von Unter-Inspektoraten, deren Vertreter in geheimer Wahl durch die Arbeiterschaft zu wählen wären.

Die bereits telegraphisch gemeldete Ungiltigkeitserklärung der Wahl des Nationalliberalen Dreher in Lörrach-Land durch die Wahlprüfungs-Kommission erfolgte deshalb, weil bei der Wahlmänner-Wahl in Wyhlen der Polizeidiener in der Dienstuniform Wahlzettel vertheilt hatte. Das Plenum wird über den mit drei oppositionellen gegen zwei nationalliberale Stimmen gefaßten Beschluß der Wahlprüfungs-Kommission morgen abstimmen. Die Kassirung der Wahl ist nicht zweifelhaft.

Die Agitation gegen die „Verpreußung" der badischen Eisenbahnen wächst täglich an Ausdehnung. Nicht nur die Presse, auch Volksversammlungen beschäftigen sich mit dieser Frage. Eine vom „Süddeutschen Eisenbahnreform-Verein" einberufene öffentliche Versammlung in Karlsruhe, an der auch zahlreiche Abgeordnete theilnahmen, hat folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung beschließt: Das preußisch-hessische Eisenbahnabkommen von 1896 stellt sich angesichts seiner heute schon fühlbaren Rückwirkung auf die badische Staatseisenbahn dar als ein erster Versuch zur Beseitigung der badischen Souveränität in Eisenbahn-Angelegenheiten. Eine solche Entwickelung widerspricht aber nicht blos dem föderativen Charakter unserer Reichsverfassung, sie droht vielmehr unmittelbar, die selbständigen wirthschaftlichen Interessen Badens und in der Folge Süddeutschlands überhaupt empfindlich zu schädigen. Deshalb erscheint es geboten, eine Verständigung der drei süddeutschen Bundesstaaten zu dem Zwecke herbeizuführen, eine selbständige süddeutsche Eisenbahn- und insbesondere Eisenbahn-Tarifpolitik für die Zukunft sicher zu stellen. Die Versammlung ist mit der Einreichung einer dahin zielenden Petition durch den Süddeutschen Eisenbahnreformverein an die beiden Häuser des Landtags einverstanden und erwartet, daß derselben in der bevorstehenden Kammertagung die gebührende Berücksichtigung zu theil werden möge." —

Offenbach, 27. November. („Offenb. Abendbl.") Die Installirung eines Fabrik-Inspektorats für Offenbach stand gestern nach dem Antrage des sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten Ulrich im Finanzausschuß der Zweiten Kammer zur Beschlußfassung. Ganz im Sinne dieses Antrages beschloß der Ausschuß, die Regierung zu ersuchen, einen Fabrik-Inspektor und eine Fabrik-Inspektorin bezw. Assistentin mit dem Sitz in Offenbach zu ernennen. Da die Regierung diesem Antrag nicht entgegengetreten ist, steht auch deren Zustimmung zu erwarten. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung erhielt der 39jährige Arbeiter Georg Wolte aus Hannover 10 Wochen Gefängniß zudiktirt, während der 17jährige Einträger Louis Voß aus Droschdorf in Ostpreußen dem Gerichtsberichte zufolge wegen desselben Vergehens mit 3 Tagen (?!) davonkam. Voß hatte in der hiesigen Glasfabrik das Lied „Wir lustigen Hannoveraner" 2c. unter theilweise verändertem Text gesungen und war dieserhalb von einem Arbeitskollegen (!) denunzirt! Voß soll diesen veränderten, auf den Kaiser bezug habenden Text von Wolte, mit dem er ein gemeinschaftliches Logis inne hatte, gelernt haben. (Also, eine zweite Denunziation!) — Wie sich herausstellte, hatte Wolte das Lied mit den Kaiserbeleidigungen in stark angetrunkenem Zustande gesungen. —

Oesterreich.

Wien, 29. November. Im nieder-österreichischen Landtag verließen heute die Mitglieder der fortschrittlichen und der deutschnationalen Partei unter Protest die Sitzung, weil der Landmarschall einen Antrag betreffend die jüngsten Vorgänge im Reichsrathe nicht zulassen wollte.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm der Landtag einen von dem Abgeordneten Philippovitsch (soz.-pol.) eingebrachten Antrag an, nach welchem ein Ausschuß aus dem ganzen Hause gewählt werden soll zur Prüfung der Rechtsanschauung des Landmarschalls bezüglich der Behandlung von Anträgen. Die Session wurde sodann von dem Landmarschall mit einer Ansprache, in welcher er seine Haltung bezüglich der Geschäftsordnung rechtfertigte, geschlossen. —

Wien, 29. November. Der vom Budget-Ausschuß der österreichischen Delegation genehmigte Bericht des Berichterstatters Dumba stellt fest: Der Ausschuß, dessen Mehrheit die segensreichen Wirkungen des Dreibundes von jeher würdigte, vermochte die neuerlichen ausdrücklichen Feststellungen der Thatsache des unveränderten Fortbestandes desselben nur mit Befriedigung zu begrüßen. Die Bedeutung und den Werth des Dreibundes in seiner ausschließlich auf Friedenserhaltung gerichteten Tendenz erkennend, muß der Ausschuß mit um so größerer Genugthuung von der Ausgestaltung des Freundschaftsverhältnisses zu Rußland Akt nehmen, welches sich als ein weiteres werthvolles Mittel zur Erreichung dieses Zieles darstellt. Die Delegation beglückwünscht den Minister zu der so erfreulichen Anbahnung dieses vertrauensvollen Verhältnisses zu Rußland. Der Bericht begrüßt mit voller Sympathie die Anregung zu einem Aneinanderschluß Europas gegen die überseeische, wirthschaftliche Konkurrenz und hebt hervor, daß der Ausschuß mit Einstimmigkeit beschloß, dem Minister sein vollstes Vertrauen auszusprechen, der die äußere Politik so erfolgreich leitet. —

Prag, 28. November. (Eig. Ber.) Gestern abends um ½10 Uhr bereiteten mehrere hundert Genossen dem aus Wien zu einer Versammlung eintreffenden Abgeordneten Josef Steiner einen stürmischen Empfang. Laute Hochrufe auf unsere Abgeordneten und die Sozialdemokraten ertönten, als er die Bahnhofshalle betrat, und: „Er soll sprechen!" tönte es durch die Reihen. Da drang plötzlich eine starke Abtheilung Polizisten mit gefälltem Bajonett, von ihrem Kommandanten mit dem Rufe: „Nur los auf das Gesindel" angefeuert, in die Halle ein. Es entstand ein fürchterliches Gedränge und viele Personen wurden zu Boden gestoßen. Erheblichere Verletzungen kamen nicht vor. Eine neuerliche Attacke wartete der abziehenden Genossen auf dem Wenzelsplatze; an der Mündung der Mariengasse, in der sich die Redaktion des jungczechischen Regierungsblattes „Narodni Listy" befindet, wurden Pfui- und Pereat-Rufe ausgebracht. Hier griff berittene Polizei ein, die in die Haufen hineinsprengte und dieselben in die Seitengassen trieb. Viele Personen wurden durch Hufschläge getroffen. Wer auf die Trottoirs flüchtete, war dem Bajonettangriffe der in starken Abtheilungen aufgebotenen Wachmannschaft zu Fuß ausgesetzt, die blindlings auf die Leute eindrang. Mehrere Personen wurden durch Kolbenschläge verletzt, eine Dame wurde durch einen Bajonettstich an der Hand verletzt. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — Aehnliche Szenen, wenn auch in kleinerem Maßstabe, ereigneten sich heute Mittag nach einer Versammlung, in der Abgeordneter Steiner über die Vorgänge im Parlamente gesprochen hatte. Auf dem kleinen Ring kam es zu einem heftigeren Zusammenstoß, bei dem ein Mädchen angeblich wegen Nichtfolgeleistung verhaftet und von vier Wachleuten auf das Kommissariat geschleppt wurde. Die Hauptstraßen waren tagsüber von verstärkten Polizeiwachen besetzt!

Frankreich.

Paris, 27. Novbr. (Eig. Ber) Die Reform der städtischen Oktrois (Eingangssteuer) auf die sogenannten hygienischen Getränke (Wein, Bier und Apfelwein) in der vom Senat angenommenen Fassung ist von der Kammer verworfen worden. Der Senat hatte nämlich, wie immer, den ursprünglichen Kammerentwurf im Einverständniß mit der Regierung gänzlich verunstaltet. Anstatt der von allen Seiten geforderten vollständigen Abschaffung der Oktrois oder mindestens der Wein- 2c. Oktrois, welch letztere den Konsum mit 180 Millionen Franks belasten, bietet der senatorische Entwurf nur eine Herabsetzung der letzteren in einem Grade, daß die ärmeren Klassen von der Reform gar nicht profitiren würden, da der Detailpreis unverändert bleiben müßte. Zudem sieht der senatorische Entwurf Ersatzsteuern vor, die entweder auf die städtische Konsumentenmasse abgewälzt würden oder keine sicheren Erträge garantiren. Dem Senat war es eben vor allem darum zu thun, die Ersetzung der Oktrois durch eine städtische progressive Einkommensteuer zu verhindern.

Die Opposition gegen die Scheinreform war vertreten durch die Sozialisten und dann durch die städtischen Abgeordneten aller Parteien. Die Anhänger der Scheinreform waren die Abgeordneten ländlicher und namentlich weinbautreibender Wahlkreise. Diesen agrarischen Elementen und dem Agrarier Meline genügte es, daß die „Reform" den Weinabsatz um einiges vermehren würde — vor allem aber, daß sie vor ihren Wählern die „Reform" ausspielen könnten, da deren Bedeutungslosigkeit auch für den Weinabsatz bis zu der Wahlkampagne des nächsten Frühjahrs nicht zum Vorschein kommen würde. Der schöne Plan ist aber gescheitert. Die Kammer hat, trotz der feierlichen Ermahnungen des Finanzministers und selbst Meline's, den senatorischen Entwurf beiseite geschoben. An dessen Stelle votirte sie mit 279 gegen 258 Stimmen einen Gegenentwurf, der die Gemeinden zur gänzlichen Abschaffung der Oktrois auf hygienische Getränke und zu deren Ersetzung durch beliebige neue Steuern, unter der Bedingung der Genehmigung durch das Parlament, ermächtigt. Das ist die Wiederherstellung des vor drei Jahren von der Kammer beschlossenen Entwurfes. Vorläufig ist aber der Gegenentwurf geschäftsordnungsmäßig an die Kommission verwiesen worden. Die endgiltige Abstimmung wird in der nächsten Freitags-Sitzung erfolgen. — Zwei weitergehende sozialistische Gesetzentwürfe (Vaillant und Guesde) auf Abschaffung sämmtlicher Oktrois waren gegen eine geringe Minderheit abgelehnt worden.

— Die Dreyfus-Angelegenheit. Unterm 28. November wird aus Paris gemeldet: Dem „Figaro" zufolge ließ General Pellieux einen Briefwechsel des Majors Esterhazy mit dritten Personen mit Beschlag belegen. In demselben ergeht sich Major Esterhazy in Beschimpfungen und heftigen Angriffen gegen die Führer der französischen Armee sowie gegen diese selbst. „Figaro" bezeichnet die Schriftstücke als ganz erstaunliche.

Esterhazy erklärte gegenüber einem Interviewer, die Briefe, die der „Figaro" als von Esterhazy herrührend veröffentlicht hat, seien apokryph.

Gegenüber den Meldungen gewisser Blätter stellt die „Agence Havas" fest, daß die Untersuchung in der Dreyfus-Angelegenheit fortschreitet. Es wird eine baldige Lösung der Frage erwartet, bisher sei indessen noch keine Entscheidung getroffen.

Eine weitere Note der „Agence Havas" besagt: Die dem General Pellieux in der Affär- Esterhazy-Dreyfus anvertraute Untersuchung näherte sich bereits ihrem Abschlusse, als der Briefwechsel Esterhazy's mit dritten Personen in einem Morgenblatt veröffentlicht wurde. General Pellieux prüft jetzt diese Schriftstücke auf ihre Echtheit. Sobald er diese Arbeit, welcher er alle Sorgfalt zuwendet, beendet haben wird, wird er selbst mit vollständiger Unabhängigkeit und Unparteilichkeit alle Maßnahmen treffen, welche die Lage erheischt, oder er wird den Gouverneur von Paris darum angehen, dies zu thun.

Vom heutigen Tage wird gemeldet: Der „Figaro" bringt im Facsimile die Briefe Esterhazy's, deren Echtheit er für durchaus erwiesen hält. Die Briefe stammen aus dem Jahre 1882, wo Esterhazy noch Hauptmann war. — Mehrere Blätter, welche bisher für Esterhazy Stellung genommen haben, erklären nunmehr, daß im Falle der Echtheit dieser Briefe Esterhazy unwürdig sei, noch länger der Armee anzugehören. „Intransigeant" und „Libre Parole" äußern ihre Entrüstung über die Veröffentlichung der Briefe, welche wohl Esterhazy diskreditiren, aber keineswegs die Unschuld Dreyfus' beweisen könnten. —

Niederlande.

— Koloniale Befürchtungen. Aus dem Haag wird der „Int. Corr." unterm 28. November telegraphirt: Die holländische Regierung erhielt sehr beunruhigende Meldungen aus den ostindischen und ozeanischen Besitzungen, die bisher noch nicht der Oeffentlichkeit übergeben wurden. In Nordborneo bereiten die Eingeborenen einen ernsten Aufstand vor, wozu sie durch englische Händler reichlich mit Waffen und Schießbedarf versehen werden. Gleichzeitig aber stehen in dem britischen Theile der Insel englische Truppen bereit, im Falle eines Krieges einen Theil des holländischen Gebietes zu besetzen. Aehnliche Absichten sollen die Engländer auch gegenüber dem holländischen Theile von Neu-Guinea hegen.

Bezüglich der Angaben über die angeblichen Machenschaften der Engländer müssen wir der „Int. Corr." die Verantwortung überlassen. —

England.

London, 27. November. (Eig. Ber.) Die am 25. November vorgenommenen Londoner Schulamtswahlen haben den Progressisten einen großen Sieg gebracht. Bisher in der Minderheit werden sie im neuen Schulrath in der entschiedenen Mehrheit sein. Einschließlich derjenigen unabhängigen Mitglieder, die in den entscheidenden Fragen mit ihnen gehen, stehen sie den Sparern und kirchlich Gesinnten in der Stärke von 33 zu 22 gegenüber, und jedenfalls verfügen sie über die absolute Mehrheit im Rath. Die Sozialdemokratische Föderation setzte keinen ihrer Kandidaten durch, erlangte aber im Bezirk Tower Hamlets (Whitechapel und das übrige East-End) eine hübsche Stimmenzahl. Dagegen wurde im Bezirk Greenwich (wozu auch Woolwich und Deptford gehören) die von den dortigen Arbeitervereinen aufgestellte Genossin Bridges Adams gewählt, und unter den gewählten Progressisten befinden sich 5—6 Mitglieder des Fabianer-Vereins. (Graham Walles, Stewart Headlam, Miß H. Morten, Mr. Morgan-Browne 2c.) Im ganzen wurden 635 000 progressistische und radikale gegen 463 000 gemäßigte Stimmen abgegeben.

Für die gegenwärtige Regierung ist der Wahlausfall ein arger Schlag. Er giebt ihrer Politik der Verkirchlichung der Volksschulen ein ausgesprochenes Tadelsvotum. Viele hervorragende Persönlichkeiten, die in der Reichspolitik mit der Regierung gehen, haben offen und mit aller Energie für die Progressisten gewirkt. Im Verein mit den Wahlresultaten in der Provinz zeigt der Ausfall in London, wie stark zur Zeit die Strömung für einen radikalen Ausbau des englischen Volksschulwesens ist. —

Spanien.

— Die kubanische Verfassung. Man schreibt aus Madrid unterm 25. November: Die neue kubanische Verfassung, deren Einführung im letzten Ministerrathe beschlossen wurde, hat im wesentlichen folgenden Inhalt: Die Exekutivgewalt übt der Generalgouverneur aus, der ein Militär oder ein Zivilist sein kann und von der Krone in Uebereinstimmung mit der Zentralregierung in Madrid ernannt wird. Die gesetzgeberische Gewalt üben der Verwaltungsrath oder Senat, die Deputirtenkammer und der Generalgouverneur aus. Der letztere hat das Vetorecht. Der Verwaltungsrath oder Senat soll aus 35 Mitgliedern bestehen, von welchen 17 von der Zentralregierung auf Lebenszeit ernannt und 18 gewählt werden. Die Wahl derselben ist eine indirekte und soll in derselben Weise vor sich gehen, wie die Wahl der Senatoren in Spanien selbst. Die Universität und das Erzbisthum sollen das Recht haben, je einen Senator zu wählen. Um Senator werden zu können, muß man eine bestimmte Zeit auf der Insel gewohnt haben und schon zwei Jahre vor der Wahl oder der Ernennung im Besitze einer jährlichen Rente von 4000 Peso's sein. Die Deputirtenkammer soll aus 70 Mitgliedern bestehen, eins für je 25 000 Seelen. Alle werden auf grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt und, um gewählt zu werden, müssen eine bestimmte Zeit auf der Insel gewohnt haben. Die Regierung der Kolonie wird aus vier Ministern bestehen, die vom Generalgouverneur oder Vicekönig ernannt werden. Diese Minister sind: der Finanzminister, der Fomentominister (etwa Bauten- und Kultusminister), der Minister des Innern und der Justizminister. Der Etat wird von den kubanischen Kammern durchberathen und angenommen. Die Hauptpunkte des Etats bilden die Ausgaben für den Gouverneur (Gehalt und Repräsentationskosten) und die Ausgaben für Heer, Flotte,

und Verwaltung. Zur Bestreitung dieser Ausgaben dienen die Einkünfte aus den Zöllen, die von den Kammern festgesetzt werden. Die Justiz wird nach einem „eklektischen System" gehandhabt, und die Regierung behält sich auf diesem Gebiete ganz bestimmte Rechte vor, die geeignet sind, die ganze Autonomie illusorisch zu machen. Beim obersten Gerichtshofe von Spanien soll eine besondere indische Abtheilung geschaffen werden, die in den die Kolonien betreffenden Justizangelegenheiten als Kassationshof dienen soll. Die schwebende Schuld dürfte den Gegenstand besonderer Verhandlungen bilden, die erst nach dem Zusammentritt der kubanischen Kammern beginnen sollen. Die Garantien, unter welchen die verschiedenen Schuldtitel emittirt wurden, sollen — so heißt es — unter allen Umständen respektirt werden. Die größten Schwierigkeiten bereitete die Zollfrage. Dieselbe hat das Zollprojekt des ermordeten Canovas zur Basis, mit dem Zusatz, daß eine aus Cubanern und Spaniern bestehende gemischte Kommission gebildet werden soll, die die Abschätzungstabelle aufzustellen hat. Wenn die gemischte Kommission sich nicht einigen kann, hat nicht das kubanische, sondern das spanische Parlament das entscheidende Wort zu sprechen. Obwohl diese „Autonomie" so zahm ist, daß sie, bei Licht besehen, überhaupt keine Autonomie ist, hat sie doch den Zorn aller derjenigen erregt, welche sich bis jetzt ungestört an der kubanischen Krippe sättigen durften. Die Großindustriellen von Catalonien, Vizcaya und anderen Bezirken haben denn auch bereits ein ganzes Heer von Entrüstungstelegrammen losgelassen, um gegen den die Zölle betreffenden Theil der neuen „Verfassung" zu protestiren. —

Italien.

Aus Rom wird ferner vom 28. November berichtet: Die letzten Nachrichten aus Albanien lauten äußerst ernst. Vier Dörfer haben bereits zu den Waffen gegriffen. Die Bewegung dehnt sich auf ganz Albanien aus, und man befürchtet, daß in den nächsten Tagen etwa 250 000 Mann unter Waffen stehen werden. —

Rußland.

Petersburg, 28. November. Wie der „Regierungsbote" meldet, hat der Minister des Innern auf grund des Artikels 155 des Preßgesetzes den Zeitungen „Mirowye otgoloski", „Narod", „Syn otjeschestwa" und der „St. Petersburger Zeitung" den Druck von Privatannoncen entzogen und auf grund des Artikels 178 des Preßgesetzes dem „Russki listok" den Einzelverkauf genommen. Russische Preßfreiheit! —

Türkei.

— Die aufständische Bewegung in Albanien ist im Zunehmen begriffen. Aus Konstantinopel wird hierüber gemeldet:

In den amtlichen türkischen Kreisen wird erklärt, die Pforte besitze die Beweise darüber, daß die albanische Bewegung sowohl in Nord-Albanien (dem Bezirk Skutari), als auch in Nord-Makedonien (Bezirk Prizrend) planmäßig vom Auslande vorbereitet worden sei. In Skutari wurde eine Kiste mit Flugblättern beschlagnahmt, welche durch ein italienisches Schiff eingeschmuggelt war. Die Blätter, welche in albanischer Sprache eine Erhebung des albanischen Volkes und die Begründung eines selbständigen Staates vom Schar Dag (Nord-Makedonien) bis Epirus fordern, sind entweder in Venedig oder Triest gedruckt worden, in welchen Städten sich kürzlich geheime Nationalkomitees gebildet haben. Besonders hervorzuheben ist noch, daß sich unter den Führern der Bewegung ebenso viele muhamedanische wie christliche Albanesen befinden; der eigentliche Leiter soll jedoch ein Angehöriger des alten albanesischen Fürstengeschlechtes Bib-Doda sein, welcher katholischen Glaubens ist. Der betreffende hält sich zur Zeit auf montenegrinischem Gebiet auf, war jedoch während der letzten Monate auf Reisen. In Nord-Makedonien, das serbischerseits gewöhnlich „Altserbien" genannt wird, führen die Albanesen als Grund ihrer Unzufriedenheit die Bevorzugung der Serben an. Nach ihrer Auffassung wohnen in dem Vilajet Kossowo eine halbe Million Albanesen und kaum 150 000 Serben; und doch haben die Serben während des letzten halben Jahres den ganzen Bezirk mit einer national-serbischen Kirchen- und Schulorganisation überzogen, wodurch sich die Albanesen in ihrem nationalen Besitzstande bedroht fühlen. Das gefährliche der Lage besteht nun jedenfalls darin, daß, wenn es nicht zu einer offenen Empörung der Albanesen gegen die türkische Herrschaft kommen sollte, dann jedenfalls ein blutiger Stammkrieg zwischen Albanesen und Slaven in Nord-Makedonien zum Ausbruch gelangen wird. In diesem Falle aber könnte die Bewegung sehr leicht zu Verwickelungen mit Serbien und Bulgarien führen.

Amerika.

— Brasilianischer Pump. Nach einer Meldung der „Times" aus Rio de Janeiro vom 27. d. Mts. bringt das dortige „Journal de Commercio" die Nachricht, daß die Regierung eine internationale Anleihe im Betrage von 60 Millionen Milreis (ca. 137½ Millionen Mark) mit 6 inländischen und 4 ausländischen Banken abgeschlossen hat. Die Zinsen sollen 6 pCt. betragen, der Emissionspreis sei auf 95 festgesetzt. —

Australien.

Sydney, 29. November. Nach Schätzungen des „Daily Telegraph" beläuft sich der Ertrag der Weizenernte trotz des schlechten Wetters auf 11 Millionen Bushels. Man nehme an, daß in Australien 5 Millionen Bushels (über 1⅛ Millionen Hektoliter) zum Export verfügbar sein werden. —

Parlamentarisches.

Reichstagsvorlagen. Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben: „Gegenüber der von einigen Blättern gebrachten Mittheilung eines Berichterstatters, wonach die für die diesmalige Reichstagstagung aus dem Reichs-Justizamt zu erwartenden Vorlagen sich noch in den Ausschüssen des Bundesraths befinden, ist festzustellen, daß zwei aus diesem Reichsamt hervorgegangene Gesetzentwürfe und zwar der Entwurf über die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen sowie der über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bereits von dem Plenum des Bundesraths angenommen sind. Es steht also nichts im Wege, daß diese Entwürfe gleich nach der Eröffnung des Reichstages diesem zugestellt werden. Sie dürften denn auch alsbald dem anderen Faktor der Reichsgesetzgebung zugehen." —

Der Reichstag hat, seitdem er vor Jahresfrist (am 10. November 1896) zu seiner vierten ordentlichen Tagung zusammentrat, in seinem Personalbestande wieder eine Reihe von Veränderungen erfahren, die diesmal weniger durch ihre Zahl als durch die dabei hervorgetretenen Parteiverschiebungen bemerkenswerth sind. Zunächst wurden die beiden erledigten Mandate für 1. Hessen (Gießen-Grünberg-Nidda) und 9. Hessen (Mainz-Oppenheim) wieder besetzt. In Gießen war am 5. November der antisemitische Landwirth Köhler-Langsdorf, dessen Mandat nach seiner Bestallung zum Postverwalter vom Reichstage am 1. Juli für erloschen erklärt worden, mit dem sozialdemokratischen Kandidaten Redakteur Scheidemann in die engere Wahl gekommen. In der Stichwahl am 19. November behauptete sich Köhler im Besitze des Mandats; ihm fielen 9733, dem Sozialdemokraten nur 5255 Stimmen zu. Dagegen ging das Mandat für Mainz, wo der Schreiner Joest aus Gesundheitsrücksichten zurückgetreten war, in der Stichwahl den Sozialdemokraten verloren. Der Zentrumskandidat Schmidt erhielt 10 287 Stimmen, der Kandidat der Sozialdemokraten, Dr. David, 10 112 Stimmen. Das Zentrum hatte das „goldene" Mainz wiedererobert. Ihm verblieb außerdem der 13. württembergische Wahlkreis Aalen-Ellwangen, dessen Vertreter, Pfarrer Wengert, am 29. August verstorben war; am 17. November ging das Mandat auf den Pfarrer und Professor Hofmann-Urlau über, der von 18 152 abgegebenen giltigen Stimmen 10 556 erhielt. Innerhalb der vierten Tagung selbst, die bis zum 25. Juni währte, verstarben fünf Abgeordnete; ein sechstes Mandat wurde kassirt. Am 27. November verschied in Nizza, erst 44 Jahre alt, der Vertreter des 2. badischen Wahlkreises (Donaueschingen-Villingen), Karl Egon Fürst zu Fürstenberg, erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er hatte keiner Fraktion sich angeschlossen, aber seinen Platz auf der linken Seite des Hauses genommen und meist auch mit den Nationalliberalen gestimmt. Das Mandat zu gewinnen wandte das Zentrum große Mühe auf. Die Ersatzwahl am 28. Januar brachte keine Entscheidung. In der Stichwahl siegte Mierz (natl.) mit 10 262 Stimmen, doch hatte Schüler (Z.) nur 11 Stimmen weniger als der Sieger und außerdem waren 81 Stimmen für ungiltig erklärt worden. Auf den vom Zentrum erhobenen Protest hat die Wahlprüfungs-Kommission bereits im Juni das Mandat für ungiltig erklärt, vor das Plenum ist die Angelegenheit indeß wegen des Tagungsschlusses nicht mehr gekommen. Am 16. Dezember erklärte der Reichstag die schon früher einmal kassirte Wahl des Abgeordneten Holtz (Rp.) für 5. Marienwerder (Schwetz) wiederum für nichtig, diesmal aus dem formellen Grunde, weil entgegen den klaren gesetzlichen Vorschriften die Aufstellung neuer Wählerlisten unterblieben war. Nachdem diesem Erforderniß genügt war, siegte in der anderweiten Wahl am 31. März der polnische Gegenkandidat v. Saß-Jaworski glatt mit über 1000 Stimmen Mehrheit (7972 gegen 6956), während vorher die deutschen und die polnischen Stimmen sich fast genau die Wage gehalten und einige wenige abgesplitterte Stimmen Stichwahl nöthig gemacht hatten. Einen zweiten Verlust hatte die Reichspartei in 1. Merseburg (Torgau-Liebenwerda) zu beklagen, dessen Vertreter Stephann am 13. Januar verstarb. Der von ihr als Kandidat aufgestellte Generalarzt a. D. Bussenius kam am 24. März in die Stichwahl mit dem Landtags-Abgeordneten Knörcke (fr. Vp.) und unterlag diesem am 8. April. In der Hauptwahl betrug die Stimmenzahl für Bussenius 6163, diese wuchs in der Stichwahl nur auf 6875, dagegen steigerten sich die Stimmen für Knörcke von 6047 auf 9467. Das Mandat für 3. Köln, Bergheim-Euskirchen (Rudolphi † 9. März) behauptete das Zentrum, dessen Kandidat Gutsbesitzer Breuer-Gr.-Mönchhof mit 7107 von insgesammt 7397 Stimmen am 20. Mai gewählt wurde. Der Abgeordnete für die ostpreußische Hauptstadt Königsberg, der Zigarrenhändler und Restaurateur Schultze (soz.) verstarb am 1. April. Zum ersten Male gelang es den Sozialdemokraten, diesen Wahlkreis bei der Ersatzwahl schon im ersten Wahlgange zu nehmen; ihr Kandidat, Rechtsanwalt Haase, schlug mit 11 914 Stimmen seine drei Gegner, von denen Papendieck-Dahlheim (frs. Vp.) 5008, Rechtsanwalt Krause (natl.) 4050, Glasermeister Störmer (Antisemit) 2161 Stimmen erhielten. Am 6. April wurde durch den Tod des Handelskammer-Präsidenten Köpp (frs. Vgg.) der Reichstagssitz für 2. Wiesbaden (Wiesbaden-Rheingau-Untertaunus-Kreis) frei. Die sämmtlichen Liberalen erklärten sich für die Kandidatur des Landwirths und Landtags-Abgeordneten Wintermeyer (frs. Vp.), der in der Stichwahl mit 14 011 Stimmen gegen den Zentrumskandidaten v. Fugger (8186 St.) siegte. In der Ferienpause seit dem 25. Juni ist Herr v. Podbielski (deutsch-konservativ) Staatssekretär des Reichs-Postamts und damit das Mandat für die Westpriegnitz (1. Potsdam) frei geworden. Verstorben sind: Am 10. Juli Amtsgerichts-Sekretär Lehner (Z.), am 7. September Graf Holstein (dk.), am 19. Oktober Grillenberger (Soz.). Die Westprignitz ist an die freisinnige Volkspartei übergegangen, Ritterschaftsdirektor v. Saldern-Plattenburg ist dem Berliner Großdestillateur Max Schulz in der Stichwahl unterlegen. In den anderen drei Wahlkreisen tritt eine Veränderung des Besitzstandes nicht ein. Für Lehner ist in 5. Oberpfalz (Neustadt an der Waldnab) am 14. September der Reallehrer Dr. Heim (Z.) ohne ernsten Gegenkandidaten gewählt worden; in 9. Schleswig-Holstein (Oldenburg-Plön) haben die Konservativen und Agrarier sich mit Herrn v. Tungeln behauptet und in 1. Mittelfranken (Nürnberg) wird trotz der Gegenkandidaturen Barbeck (frs. Vp.) und Deubel (k.) der sozialdemokratische Redakteur Oertel am 2. Dezember sofort die Mehrheit erlangen. —

Fraktions-Sitzungen. Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat bereits für Montag Abend eine Sitzung einberufen, das Zentrum und die Sozialdemokraten für Mittwoch. Alle anderen Parteien treten Dienstag zusammen.

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Die Buchhandlung Vorwärts in Berlin hat zu ihrem Schriftenverzeichniß soeben einen 16 Seiten starken Nachtrag erscheinen lassen, worin die im Laufe dieses Jahres neuerschienenen Parteischriften zusammengestellt sind, ferner eine Reihe Neu-Erwerbungen zu herabgesetztem Preise aus dem Gebiete der Romanliteratur, Naturwissenschaft, Länder- und Völkerkunde, darunter eine ganze Anzahl, die ihres Inhalts wie ihrer Ausstattung wegen als zu Festgeschenken besonders geeignet empfohlen werden. Die Parteigenossen werden namentlich auch darauf aufmerksam gemacht, daß das Buch der Jugend für die Kinder des Proletariats, herausgegeben von Emma Adler, ebenfalls im Preise herabgesetzt wurde, und zwar von M. 2 auf M. 1.

Ueber die Stadtverordnetenwahl in Chemnitz liegen jetzt nähere Angaben vor. Die Betheiligung war schwächer als bei der vorigen Wahl, obwohl die Zahl der Bürger größer geworden ist. Von 13 266 Stimmberechtigten nahmen 8763 an der Wahl theil; bei der vorigen Wahl stimmten von 13 068 Wahlberechtigten 9279 ab. Gewählt wurden als Stadtverordnete in der Klasse der Ansässigen 7 Sozialdemokraten mit 3423—3437 Stimmen und 1 Kandidat der vereinigten Konservativen und Liberalen ꝛc. mit 5292 Stimmen; in der Klasse der Unansässigen 8 Sozialdemokraten mit 3417—3433 Stimmen und ein Kandidat der vereinigten Konservativen und Liberalen ꝛc. mit 6251 Stimmen. Bei der Wahl der Ersatzmänner siegte unsere Partei in beiden Klassen durchweg, und zwar mit 3412—3417 Stimmen in der Klasse der Ansässigen und mit 3413—3415 Stimmen in der Klasse der Unansässigen. An der Wahl betheiligten sich die vereinigten Konservativen und Liberalen, die Freie Wahlvereinigung, der Freisinnige Volksverein und die Sozialdemokratie. Die Zahl der Kandidaten der verschiedenen Parteien betrug in der Klasse der Ansässigen 32, in der Klasse der Unansässigen 35. Für die beiden gewählten Kandidaten der Gegner haben alle bürgerlichen Parteien gestimmt.

Bei der Gemeinderathswahl in dem industriellen Dorfe Schildesche bei Bielefeld erhielt der Parteigenosse Heitland 81 Stimmen; der freisinnige und der konservative Kandidat unterlagen mit 24 und 10 Stimmen.

In Höchst am Main hatten unsere Parteigenossen diesmal von der Betheiligung an der Stadtverordnetenwahl Abstand genommen. Das Wahlergebniß war, daß von 1576 Stimmberechtigten der dritten Abtheilung ganze 87 an der Wahl theilnahmen und daß die von gegnerischer Seite kandidirenden bisherigen Inhaber der Mandate wiedergewählt wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Die Untersuchung gegen Frau Geiser in Breslau wegen angeblich erneuter Uebertretung des Vereinsgesetzes ist, wie der erste Staatsanwalt am Landgericht mittheilte, „mit bezug auf ihre gerichtliche Vernehmung" eingestellt worden. Die „Volkswacht" schreibt darüber: Frau Geiser hatte bei der Vernehmung darauf hingewiesen, daß gerade in der Thatsache, welche Anlaß zu der Untersuchung gegeben hatte, nämlich in der Wahl zweier Genossinnen ins Bureau der Liebknecht-Versammlung, die dem angeblich geheimen Vereine angehört haben sollten, ein offenbarer Beweis zu erkennen sei, daß geheime Beziehungen zwischen den Betheiligten nicht bestehen; denn sonst würde ein gemeinsames öffentliches Hervortreten der betreffenden Personen sicherlich vermieden worden sein.

— Die polizeiliche Ueberwachung der Buchhandlung der „Volksstimme" in Magdeburg wird fortgesetzt. Aber nicht nur die Buchhandlung, sondern auch die „Volksstimme" selbst hat davon Vortheil. Die Auflage derselben steigt, so daß man daran denken kann, das Blatt auf einer Rotationsmaschine drucken zu lassen. Auch das Inseratengeschäft blüht wie nie zuvor. „Wir wissen vor Arbeit gar nicht, wo zuerst anzufassen ist", schreibt die „Volksstimme", die sich augenscheinlich in der besten Laune befindet.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Priestap Unter den Linden wurde nach zehntägiger Dauer zu gunsten der Arbeiter beendet. Die Wiedereinstellung des gemaßregelten Kollegen wurde seitens des Unternehmers bewilligt und damit die Ursache der Arbeitsniederlegung, an der sich 28 Arbeiter betheiligten, beseitigt. Sämmtliche Arbeiter konnten bereits gestern die Arbeit wieder aufnehmen.

Achtung, Schneider- und Schneiderinnen-Verband! Heute Dienstag den 30. November, abends 8½ Uhr, findet bei Rautenberg, Oranienstr. 180, eine Verbandsversammlung statt. Da in derselben höchst wichtige Punkte zur Erörterung gelangen, ist es Pflicht eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin, in derselben zu erscheinen. Die Bevollmächtigten.

Deutsches Reich.

Die Glasarbeiter der Firma Seeger u. Mellin in Hildesheim haben die Arbeit eingestellt. Die Streikenden verlangen die Einführung einer von ihnen ausgearbeiteten Fabrikordnung, in der besonders Werth darauf gelegt wird, daß eine monatliche Abrechnung und Auszahlung des Guthabens erfolgt. Eine von den Streikenden einberufene Versammlung beschloß, an dieser Forderung unter allen Umständen festzuhalten.

Die Zigarrenmacher der Firma Neder u. Ko. in Bruck haben wegen Lohnabzügen die Arbeit niedergelegt.

Das Urtheil gegen das Streikkomitee der Leipziger Maurer ist, wie wir bereits mittheilten, vom Reichsgericht aufgehoben worden. In der Begründung des reichsgerichtlichen Erkenntnisses heißt es, daß eine Rechtspflicht der drei Angeklagten, gegen die bekannten Mißhandlungen einzuschreiten, nicht vorlag, daß aber dennoch vielleicht Beihilfe durch psychische Einwirkung angenommen werde könne.

Der Streik der Schuhmacher in der mechanischen Schuhwaarenfabrik von Berkowitz, Heyl u. Co. in Lucka, S.-A., dauert unverändert fort. Die Firma sucht durch Agenten Zwicker von auswärts heranzuziehen und hat auch, wie es scheint, in dem landwirthschaftlichen Gesindevermiethungsbureau für Sachsen und Schlesien von A. Reinboth in Breslau Unterstützung gefunden, denn es sind bis jetzt drei Mann angekommen, von denen einer sofort wieder abreiste. Die Firma verspricht diesen Arbeitern Wochenverdienste von 22—27 M., welche nur bei dem flottesten Zwicker eine Ausnahme bilden. Wir ersuchen die Schuhmacher resp. Zwicker aller Orten bei einem derartigen Engagement vorsichtig zu sein. Das Streikkomitee.

Soziales.

Dänische Staatsarbeiter-Enquete. Das dänische statistische Bureau hat die Ergebnisse der Enquete, die auf Antrag der sozialdemokratischen Partei über die Verhältnisse der Staatsarbeiter vorgenommen wurde, unter dem Titel herausgegeben: „Lohnverhältnisse der auf Tages- und Akkordlohn beschäftigten Arbeiter des Staates". Es sind nur Arbeiter berücksichtigt, die tagweise oder stückweise gelohnt werden, während man die in Wochen- oder Monatslohn beschäftigten fortgelassen hat. Die Statistik umfaßt folgende Gebiete: Domänenwesen, Wald- und Jagdwesen, Staatsbahnen, Postwesen, Telegraphenwesen, Wasserbau, die königlichen Bauten, die königlichen Gärten, Veterinär- und landwirthschaftliche Hochschulen, Dünenverwaltung, Rettungswesen, Gefängnisse, Irrenhäuser, Pulverwerk, Ufferöder Tuchfabrik, Werft, die Gewehrfabrik, Militärlaboratorium, Festungswesen, Handelsverkehr mit Grönland.

Die Zahl der Arbeiter wechselt in den vier Jahreszeiten, im Durchschnitt beträgt sie 5100, wovon zirka 3200 feste Anstellung haben, während zirka 1900 nur zeitweise beschäftigt werden. Hierzu kommen noch die Waldarbeiter, deren Zahl sich auf 400 feste und 650 zeitweise beschäftigte beläuft, sowie 1135 Arbeiter an der Maschinenabtheilung der Staatsbahnen, die gesondert aufgeführt sind. Es handelt sich im ganzen etwa um 7000 Arbeiter.

Die Arbeitszeit der Staatsarbeiter beträgt:

a) Bei gewöhnlichen Arbeitern meist 10 Stunden, im Winter etwas weniger; im Aprilquartal beträgt die Netto-Arbeitszeit für 1126 Arbeiter 10 Stunden und für 241 noch darüber; b) die Bahnarbeiter und Bahnwächter haben 10½ Stunden Arbeitszeit und 1000—2000 noch darüber; c) die Waldarbeiter haben eine Netto-Arbeitszeit von 10 Stunden, einzelne 10½ Stunden und darüber; d) die Arbeiter an der Maschinen-Abtheilung der Staatsbahnen haben starke 10 Stunden Arbeitszeit.

Der Arbeitslohn beträgt bei den unter a und b aufgeführten Arbeitern (1 Krone = 100 Oere = 112½ Pf.): 90 Oere bis 4 Kr. 27 Oere, die Mehrheit hat etwa 2 Kr. Tagelohn, etwa 2300 darunter, etwa 2700 darüber, über 3 Kr. haben nur etwa 700 Arbeiter. Die Waldarbeiter haben zu zwei Dritteln einen Tagelohn von 1 Kr. 74 Oere und darunter, der Durchschnittslohn für die ganze Gruppe beträgt 1 Kr. 78 Oere. Die Staatsbahn-Maschinenarbeiter bekommen zum größten Theil 3 Kr. Tagelohn, ein kleiner Theil auch 2,20—3 Kr.

Um einen Tagelohn von 3 Kr. für alle Arbeiter zu erlangen, würde eine weitere Ausgabe von etwa 1½ Millionen Kronen erforderlich sein. Eine Ferienwoche (die zweite Forderung der Staatsarbeiter) würde bei 3 Kr. Tageslohn, etwa 93 000 Kr. Kosten verursachen, bei der heutigen Löhnung nur 78 000 Kr. Die von der Sozialdemokratie geforderten Kinder-Unterstützungen würden ca. 10 000 Kr. erfordern.

Am interessantesten ist vielleicht in der Statistik die Thatsache, daß der Staat gegen 400 Arbeiter mit weniger als 1 Kr. Tagelohn beschäftigt und daß etwa 2500 Arbeiter eine Arbeitszeit von über 10½ Stunden haben.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kiel, 29. Nov. (N. D. B.) Die „Frankf. Ztg." meldet: Gerüchtweise verlautet, daß die Mannschaft des Kreuzers „Kaiser" von den Chinesen überfallen wurde.

Bremen, 29. November. (W. T. B.) Der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm der Große" ist am 29. November, 9 Uhr morgens, nach einer Durchschnittsfahrt von 22,10 Seemeilen Lizard passirt. Der Dampfer hat damit die schnellste über den Ozean gemachte Fahrt übertroffen und den Rekord sämmtlicher Schnelldampfer-Reisen nach beiden Richtungen übertroffen.

Wien, 29. November. (W. T. B.) Die Landwirthschafts-Gesellschaft nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig einen Beschlußantrag an, durch welchen sie den Minister des Aeußeren Grafen Goluchowski zu dessen muthvoller und entschiedener Stellungnahme gegen die überseeische Konkurrenz beglückwünscht und demselben ihr Vertrauen und ihren wärmsten Dank zum Ausdruck bringt.

Brünn, 28. November. (B. H.) Der 74 Jahre alte Kaufmann Max Brück, Chef der großen Mühlenfirma Gebrüder Brück u. Schick hierselbst, hat Selbstmord verübt, indem er sich aus dem zweiten Stock seines Hauses auf die Straße stürzte. Er war sofort todt. Ueber die Veranlassung zu diesem Selbstmord ist nichts bekannt.

Budapest, 29. November. (W. T. B.) Der „Pester Lloyd" schreibt, der Ministerpräsident Baron Banffy werde bei der Wiederaufnahme der Sitzungen des ungarischen Abgeordnetenhauses am 6. Dezember in der Lage sein, die Annahme des Ausgleichsprovisoriums in Oesterreich mit Sicherheit in Aussicht zu stellen.

Lüttich, 29. November. (B. H.) Heute früh hat ein blutiger Zusammenstoß zwischen den Streikenden und den deutschen Grubenarbeitern stattgefunden. Erstere versuchten, die Deutschen in den Streik mit einzuziehen. Letztere jedoch weigerten sich, die Arbeit niederzulegen, weshalb es zu einer heftigen Schlägerei kam. Die Streikenden feuerten Revolverschüsse ab. Zwei Deutsche wurden tödtlich verwundet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Die Marinevorlage in der Presse.

Es bedarf kaum besonderer Erwähnung, daß die eigentlichen Regierungsblätter die Vorlage als Muster einer bescheidenen Forderung, als Mindestmaß dessen, was „unbedingt nöthig" sei, hinstellen.

Auch die übrigen konservativen Blätter sind sehr befriedigt von der Vorlage. Die „Post" sagt:

„Die Forderungen, welche durch das Flottengesetz verwirklicht werden sollen, stellen sich in der That als das Mindestmaß dessen dar, was nothwendig ist, wenn die deutsche Flotte ihren Aufgaben auf allen Gebieten gewachsen sein soll. Die Forderungen bleiben weit hinter dem zurück, was eifrige Marinefreunde als das zu erstrebende Ziel noch kürzlich bezeichnet haben, und den sogenannten Marine-Enthusiasten wird, wie dies auch bereits in einzelnen Aeußerungen der Presse zum Ausdruck gelangte, eine bittere Enttäuschung bereitet."

Die „Berliner Neuesten Nachrichten" schreiben:

„Es liegt in dieser Festlegung des Flottenbestandes eine Analogie mit dem Kadresgesetze für unser Landheer, und gegen dieses Gesetz konstitutionelle und budgetrechtliche Bedenken zu erheben, ist noch niemandem eingefallen. Zudem müssen in jedem Jahre die erforderlichen Mittel in den Etat eingestellt und dem Reichstage so zur Bewilligung vorgelegt werden. Auch nach technischer Richtung dürften keine Bedenken geltend gemacht werden können, da keine Schiffstypen, sondern Schiffsklassen festgelegt sind, und auch hierbei der Reichstag in jedem Jahre zu der Höhe der Kosten für jedes Schiff sein entscheidendes Wort zu sprechen hat."

Die „Kreuz-Zeitung" führt aus:

„Und erfordert nicht ebenso und mit demselben Recht auch die Wahrnehmung unserer ausländischen Interessen eine starke Schlachtflotte? Wenn die anderen Mächte wissen, daß hinter jedem auswärts stationirten deutschen Kreuzer auch eine mächtige deutsche Flotte in der Heimath bereit steht, dann multiplizirt sich der „Kreuzer" zu einer gebietenden Machtfülle, die doch schließlich nichts anderes will, als durch die Bereitschaft zum Kriege den Frieden! Wenn in den verschiedenen Staaten Amerika's und Asiens der Bau moderner Flotten in die Wege geleitet ist, da darf doch Deutschland nicht zögern, dieselben Wege zu gehen! Es sind genug Rufe nach einer modernen Marinevertretung Deutschlands im Auslande von dortigen Deutschen erschollen, um diese Thatsache nicht erst näher beleuchten zu müssen."

Die „Deutsche Tageszeitung", das Blatt der Agrarier, schreibt:

„Der Flottenplan, den wir vorgestern nach dem „Reichs-Anzeiger" veröffentlichten, hat nicht überrascht. Es würde ungerecht sein, wenn man die dort ausgesprochenen Forderungen als „maßlos" bezeichnen wollte. . . .

In einer Beziehung hat uns die Veröffentlichung des „Reichs-Anzeigers" wesentlich getäuscht. Die Begründung, die sie bietet, ist, wenn man überhaupt von einer „Begründung" sprechen darf, außerordentlich dürftig. Vergebens suchen wir auch nur den Schimmer eines Grundes dafür, weswegen man gerade die geforderte Zahl von Schiffen für nöthig erachtet, weshalb man gerade in sieben Jahren die Flotte ihren dauernden Höchststand erreichen lassen will. . .

Wir kommen immer wieder auf den Gedanken zurück, daß es unglücklich war, diese Vorlage diesem Reichstage, der im Frühjahr seine Thätigkeit beendet, vorzulegen. Man hätte sich heuer mit den Forderungen für den nächsten Etat begnügen sollen."

Der „Hamburger Korrespondent" führt aus:

„Darum begrüßen wir es grundsätzlich, daß die Marine in ihrem Sollbestande nunmehr gesetzlich festgelegt werden soll . . .

In der Stabilität der Flottenstärke liegt aber noch mehr als die Bürgschaft für die Erfüllung der unserer Marine zukommenden Aufgaben. Die Zahl der Schiffe, die Bestimmung über die Schiffsklassen, die Zeit für das Retablissement und den Ersatz sind unseres Erachtens so bemessen, daß hier von „ausschweifenden Forderungen der Flottenenthusiasten" nicht die Rede sein kann. Im Gegentheil: wir sind überzeugt, daß diese theilweise ebenso enttäuscht sein werden, wie die unversöhnlichen Gegner entsetzt. Wer unsere See-Interessen und die Seemacht der anderen Staaten kennt, wird sich sagen müssen, die Vorlage hält sich in den Grenzen des Nothwendigen und Möglichen."

Die nationalliberale Presse ist ebenfalls zur Bewilligung aller Wünsche der Regierung geneigt. Das offizielle Organ der Partei, die „Nationalliberale Korrespondenz" legt folgendes dar:

. . .Es ist nun über jeden Zweifel klargestellt, daß der von der Regierung geplante Flottenbau sich in mäßigen Grenzen hält; daß er weise Rücksicht auf die Finanzkraft des Reiches nimmt; daß er auf einen Hieb alle Schlagworte von der „uferlosen Flottenpolitik" zerstört, die unter dem Versuch einer gröblichen Irreführung der öffentlichen Meinung in die Massen geworfen sind.

Von wesentlicher Bedeutung für die parlamentarische Behandlung ist die etatsrechtliche Seite des Entwurfs, die von dem bisherigen parlamentarischen Gebrauch der Behandlung der Schiffsbauten abweicht. Zunächst insofern, als gesetzlich festgelegt werden soll, daß in der angegebenen Zeit der angeführte Bestand der Flotte auf dem Wasser schwimmt; daß die Flotte diesen Bestand behält; daß schließlich ein bestimmter Theil der Flotte in Stand und das zugehörige Personal zur Verfügung gehalten wird. Wir lassen alle Muthmaßungen, ob der Radikalismus darum die Mehrheit des Reichstags auf seiner Seite finden wird, auf sich beruhen. Nur soviel sei gesagt, daß es unbestreitbar berechtigt ist, wenn das Reich auch eine sichere Gewähr dafür verlangt, das gegebene Ziel zu erreichen und die materiellen Forderungen, die als nothwendig und gerechtfertigt anerkannt werden müssen.

Ganz ähnlich stellt sich die „Köln. Ztg", die garnichts gegen das Septennat einzuwenden hat und nur, im Falle daß der Reichstag für das Septennat nicht zu haben sein sollte, der Regierung räth, auch ohne dasselbe fürlieb zu nehmen. Dem Septennat abgeneigt ist dagegen die „National-Ztg.", welche die Forderungen an sich vertritt. Dieses Blatt führt aus:

„Wir glauben, daß die hinsichtlich der Erneuerung und Verstärkung der Flotte gestellten Forderungen im ganzen als wohlbegründet und — wenn Deutschland überhaupt zur See etwas bedeuten soll — als nicht übermäßig anerkannt werden müssen. Der jetzige Reichstag soll durch Genehmigung des Planes im ganzen die künftigen Reichstage bis 1904 verpflichten, die zur Ausführung des Planes im einzelnen erforderlichen Bewilligungen auszusprechen. Daß dies durch irgend ein Gesetz wirklich zu sichern ist, halten wir nicht für ausgemacht. Ebensowenig, daß der gegenwärtige Reichstag sich dazu wird bereit finden lassen. Deshalb, und weil das Vorwegnehmen der Beschlüsse auch nicht frei von sachlichen Bedenken ist, auf die zurückzukommen sein wird, bezweifeln wir, daß der Vorschlag des sogenannten Septennats die Bewilligung des für die Schiffsbauten und sonst erforderlichen Geldes fördern kann. Nach unserem Dafürhalten sind die Anstrengungen auf die Durchsetzung der materiellen Forderungen zu richten."

Eine ähnliche Haltung wie die „National-Zeitung" nimmt das auf dem Standpunkte der Freisinnigen Vereinigung stehende „Berliner Tageblatt" ein:

„Es ist eine Binsenwahrheit, daß das Deutsche Reich bei der sich immer vergrößernden Ausdehnung seiner handelspolitischen Verbindungen ohne eine achtunggebietende Kriegsflotte nicht auszukommen vermag. Es versteht sich auch von selbst, daß eine pflichtbewußte Volksvertretung stets bereit sein wird, in Marinefragen auf diejenigen Ersatzbauten bedacht zu sein, die für die Aufrechterhaltung des Flottenbestandes unumgänglich sind. . . ."

Allein wir glauben nicht, daß der gegenwärtige Reichstag sich dazu bereit finden lassen werde, auf sein jährliches Bewilligungsrecht, das als ein Machtfaktor in seiner Hand gilt, freiwillig zu verzichten. Wir glauben auch nicht, daß irgend ein Nachfolger dieses Reichstages, mag er infolge von Auflösungen oder in der regelmäßigen Zeitfolge der Neuwahlen zu stande gekommen sein, sich herbeilassen könnte, das vornehmste Recht, das ihm die Verfassung verbürgt, gewissermaßen enthaupten zu helfen. Wir glauben deshalb, daß der Staatssekretär Tirpitz der Flottensache einen sehr schlechten Dienst geleistet hat, als er sie mit der Frage des Septennats verquickte."

Besonders wichtig erscheint die Haltung der Zentrumspresse. Nach einer Darlegung der Kosten sagt die „Germania":

„Wird sich dafür im gegenwärtigen oder in einem zukünftigen Reichstage eine Mehrheit finden lassen? Wir glauben, diese Frage mit einem runden Nein beantworten zu können.

Die „Begründung" des neuen Marine-Gesetzentwurfs für die Nothwendigkeit des geforderten Schiffbestandes ist außerordentlich mager ausgefallen. . . . Worin diese „Seeinteressen" und maritimen Aufgaben bestehen, wird nicht weiter gesagt. Die Ansichten darüber wechseln bekanntlich, auch in Marinekreisen, sie wechseln sogar innerhalb eines Jahres, wie der Wechsel im Reichs-Marine-Amt gezeigt hat.

Die Marine-Verwaltung will mit der gesetzlichen Festlegung der Flottenstärke einseitig den Reichtag binden, für sich selbst aber freie Hand behalten, auch in betreff der Höhe ihrer weiteren Marineforderungen. Wir sind gespannt darauf, zu erfahren, wie der Gesetzentwurf selbst — der „Reichs-Anzeiger" bringt nur eine Inhaltsangabe nach den Motiven der Vorlage — dies gesetzgeberisch fixiren will. Dieses Marine-Septennat für den Erweiterungsbau der Flotte soll dann auch noch ein Marine-Septennat werden, wenigstens für den Soll-Bestand der Flotte nach dieser Vorlage, aber wahrscheinlich wird man schon vor Ablauf des Septennats mit neuen Flottenvermehrungs-Forderungen kommen, wie wir das ja auch beim Militär-Septennat erlebt haben.

Die Marine-Verwaltung macht es sich ungeheuer leicht, wenn sie behauptete, das Flottengesetz könne ohne neue Steuern und ohne eine einmalige große Anleihe ausgeführt werden. Gewiß, das kann ja in der Weise geschehen, daß statt einer einmaligen großen Anleihe jährliche Anleihen gemacht werden, oder daß man neue Steuern nicht mit Marinekosten, sondern mit erhöhten Militärausgaben begründet. Hat doch im laufenden Etatsjahre wiederum eine Marine-Anleihe von 28 Millionen Mark aufgenommen werden müssen, und im ganzen sind im laufenden Etatsjahre 92 Millionen Mark in einer Anleihe zu decken gesucht. Soll nun diese Schuldenwirthschaft noch mehr vergrößert werden, daß man schließlich sogar zur Deckung von Schuldenzinsen neue Steuern einführen muß? Die „finanziellen" Erörterungen des „Reichs-Anzeigers" bedeuten nichts anderes als „Sand in die Augen".

Die Marineforderungen werden wir, ohne uns für die Zukunft irgendwie zu binden, jährlich nach dem Bedürfnisse prüfen, wie es bisher geschehen ist, eingehend und ernstlich, aber ohne ein Flottengesetz, das wohl nur Gesetzentwurf bleiben wird."

Noch schärfer verwirft das demokratischere Zentrumsblatt „Märkische Volks-Zeitung" die Vorlage. Die Presse der freisinnigen Volkspartei und bürgerlichen Demokratie erklärt sich gegen das Septennat, will aber zur Zeit die Schiffsforderungen selbst „sachlich" prüfen.

Die „Berliner Morgen-Zeitung" schreibt:

„Die Versicherung, daß die Vorlage das Etatsrecht des Reichstages vollständig wahrt, ist überflüssig, denn schon in der Vorschrift, „die Bauzeit beträgt sieben Jahre", liegt die Beeinträchtigung des Etatsrechts. Es ist mit der Verfassung durchaus unvereinbar, daß der Reichstag auf sieben Jahre hinaus Ausgaben festlegt.

Er wird sich, wenn anders er von seinem Etatsrecht noch etwas hält, darauf beschränken müssen, die zu bewilligende Summe so zu bemessen, daß sie annähernd im Etatsjahre für den Bau verbraucht wird. Was er darüber bewilligt, ist verfassungswidrig und vom Uebel."

Die Berliner „Volks-Zeitung" sagt:

„Keinerlei Thatsache dafür, daß gerade vom Jahre 1897 ab eine so ungeheure Vermehrung und Erneuerung unabweindlich von Nöthen sei! Und mit dem Fehlen dieses unerläßlichen Nachweises muß der ganze Plan selbst fallen! . . .

So ist denn alles uferlos, schon nach dem, was im Entwurf dargelegt wird. Das Recht der verbündeten Regierungen, während des Septennats neue Forderungen zu stellen, ist sachlich und formal unbegrenzt. Auch das Recht der Volksvertretung, zu bewilligen, ist ohne Grenzen. Die Ufer, nach denen sie ausschaut, hat die Volksvertretung nicht vor sich, sondern hinter sich; sie werden gebildet durch den festen Wall der Verfassung, der, einmal verlassen, niemals mehr erreicht werden kann."

Die „Frankfurter Zeitung" bemerkt:

„Dem jetzigen Reichstage wird also thatsächlich angesonnen, seinen Nachfolger einfach seines Budgetsrechts zu berauben. Wir bezweifeln denn doch, daß er diesen Weg betreten wird, und wir glauben auch nicht, daß die Regierung gut operirt, wenn sie der Volksvertretung, noch dazu am Schluß der Legislaturperiode für den jetzigen Reichstag, eine solche Alternative stellt. . . Im Rahmen der Etatsforderungen für ein Jahr dürfte sie eher den Reichsrath bereit finden, ihr da entgegenzukommen, wo sie einen wirklichen Schiffsmangel, etwa für überseeische Stationen, nachweisen kann."

Die „Freisinnige Zeitung" behandelt die Vorlage in mehreren scharf abweisenden Artikeln.

Lokales.

Der Wahlverein des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises hält heute (Dienstag) Abend 8½ Uhr in den „Oranienhallen", Oranienstraße 51, eine Versammlung ab, in der Genosse Albert Wagner über die industrielle Entwickelung und die Arbeiterkämpfe referiren wird. Gäste haben Zutritt, neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Regen Besuch erwartet Der Vorstand.

Die Freie Volksbühne feierte am Sonnabend Abend ihr Winterfest in den Sälen der „Brauerei Friedrichshain". Die Betheiligung war eine außerordentliche. An 2000 Personen hatten sich eingefunden und folgten mit regster Aufmerksamkeit dem ernsten künstlerischen Konzertprogramm, welches die Neue Berliner Symphoniekapelle, unter Direktion des Herrn von Blon zum Vortrag brachte. Lebendigster Beifall lohnte den trefflichen Darbietungen. Später folgte das Tanzvergnügen für das junge Volk. Die Polizei hatte sich nicht enthalten können, sich den Festtheilnehmern bei dieser Gelegenheit, sagen wir — in Erinnerung zu bringen, indem sie den Vortrag der im Programm angegebenen Dichtungen — die politische Unschuld der Berliner Arbeiter hätte sonst vielleicht Schaden erlitten — einfach verbot. Allein ein Lied der Ada Negri, aber weder Henkell's „Polizeikommissar", noch endlich der Schlußgesang aus Lenau's „Albigensern", die längst ein Theil der deutschen klassischen Literatur geworden sind, hat vor den Augen der Behörde Gnade gefunden. Eine beißendere Satire auf die in Preußen herrschenden Zensurzustände als diese Thatsache, daß die Polizei über Lenau zu Gericht sitzt und die Deklamation von Werken, die seit Jahrzehnten zum literarischen Gemeingut aller Gebildeten geworden sind, auf einem Arbeiterfest verbieten, thatsächlich und buchstäblich verbieten darf, wird auch die boßhafteste Phantasie des verhärtetsten Mörglers nicht auszudenken im stande sein. Uebrigens scheinen die Augen für ein bedeutend ungefährlicheres und konservativeres Sinnesorgan als die Ohren zu gelten. Denn der Prolog von Ernst Preczang, der in schwungvollen Strophen das Licht- und Kunststreben des Proletariats feiert, durfte von den Augen aller derer, die für 10 Pf. das Programm erstanden, in Ruhe gelesen, aber von den Ohren derselben Leute nicht gehört werden. Die Deklamation auch dieses Stückes war von der Behörde verboten worden. Daß solchen Verboten mehr agitatorischer Werth als auch den schwungvollsten Gedichten innewohnt, das unterliegt wohl keinem Zweifel.

Ueber Berlin als Handels-, Industrie- und Verkehrsstadt bringt die neueste Nummer der „Statistischen Korrespondenz" eine Reihe beachtenswerther Zahlen. Berlin hatte nach den Berufs- und Gewerbezählungen von 1882 und 1895 1 156 945 und 1 615 517 Einwohner. Die in Berliner gewerblichen, Handels- und Verkehrsbetrieben (letztere ohne Post, Telegraphie und Eisenbahnen) thätigen Personen erreichten 1882 die Zahl 859 986 und 1895 545 598. Im Durchschnitte des preußischen Staates mit 27 287 860 (1882) beziehungsweise 31 490 315 (1895) Einwohnern waren in diesen Gewerbebetrieben 15,60 bezw. 18,61 pCt. der Bevölkerung beschäftigt; in Berlin sind es 31,12 bezw. 33,77 pCt. Die Berliner Bevölkerung ist also viel stärker an Gewerbe, Handel und Verkehr betheiligt als die des Staates im Durchschnitte, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß ein Theil der erwerbsthätigen Personen der Berliner Betriebe nicht im Weichbilde der Stadt, sondern in den Vororten wohnen.

Die weitaus meisten Gewerbszweige sind in der Hauptstadt vertreten. Allein wenn im Staate von der gesammten gewerblich thätigen Bevölkerung (1895 5 861 707) den eigentlichen Gewerben (a) 4 623 825 Personen oder 78,88 pCt., dem Handel und Verkehre (b) 1 237 882 oder 21,12 pCt. angehörten, so entfielen von hundert der Berliner gewerblichen Bevölkerung auf das eigentliche Gewerbe (a) nur 66,85, auf Handel und Verkehr (b) aber 33,15. Der stärkere Antheil der Handels- und Verkehrsgewerbe ist augenfällig, und er nimmt mehr und mehr zu; denn das Personal der eigentlichen Gewerbe (a) hat sich seit 1882 nur um 40 pCt., das der Handels- und Verkehrsgewerbe (b) aber um 81,83 pCt., also mehr als doppelt so stark vermehrt.

Die Gesammtzahl der Gewerbebetriebe der Hauptstadt betrug 1882 139 246, 1895 156 076, die Zahl der in ihnen thätigen Personen 1882 859 986, 1895 545 598. Von den Betrieben waren

	1882		1895	
	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe
a) im eigentlichen Gewerbe				
Alleinbetriebe	64 562	2564	54 262	2298
Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe . . .	25 733	263	33 004	123
zusammen . .	90 205	2827	87 266	2421
b) im Handels- und Verkehrsgewerbe				
Alleinbetriebe	25 900	3754	34 606	3246
Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe . . .	16 162	308	28 306	231
zusammen . . .	42 062	4062	62 912	3477

Die gewerblich Thätigen der Hauptbetriebe (Nebenbetriebe haben im Sinne der Statistik überhaupt kein Personal) vertheilen sich wie folgt: Auf Alleinbetriebe im eigentlichen Gewerbe kamen, wie erwähnt, 1882 im ganzen 64 562 Personen, 1885 hingegen 54 262 Personen; es hat sich in den 13 Jahren eine Abnahme der Alleinbetriebe um 15,74 pCt., der Personen um 15,95 pCt. ergeben. Die Alleinbetriebe im Gewerbe gehen also in der kapitalistischen Aera rapide den Weg alles Fleisches. Eine verblüffende Zunahme zeigen hingegen die in „Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorbetrieben" beschäftigten Personen. Diese beliefen sich im Jahre 1882 auf 195 949, im Jahre 1895 hingegen auf 310 461! Ein solcher Niedergang des kleinen Mittelstandes im eigentlichen Gewerbe macht es erklärlich, daß mancher als Agent 2c. einen Rettungsanker im Handels- und Verkehrsgewerbe suchte, wo die Zahl der alleinstehenden Existenzen sich den Betrieben nach um 27,65 pCt., den Personen nach um 33,61 pCt. vermehrt hat, nämlich von 25 900 auf 34 606. Die Mitinhaber-, Gehilfen- und Motorenbetriebe im Handels- und Verkehrsgewerbe haben sich hingegen um 73,27 pCt., die in ihnen beschäftigten Personen gar um 98,80 pCt. oder der Zahl nach von 73 575 auf 146 269 vermehrt. Wie sich dieser Fortschritt zu gunsten des kapitalistischen Großbetriebes in den einzelnen Gewerben vollzogen hat, werden wir in einem nächsten Artikel zeigen.

Eine neue Sabbathschändung beim Kirchenbau. In der Wasserthorstraße ist eine neue Kirche für die Simeonsgemeinde erbaut worden. Die Einweihung derselben, die natürlich mit den üblichen Feierlichkeiten „in Gegenwart höchster und allerhöchster Herrschaften" stattfindet, ist auf den 1. Dezember festgesetzt. Sowohl der Bau, wie die innere Ausstattung sind auch rechtzeitig vollendet worden, nur mit dem Aufbau der Orgel scheint man etwas zu spät angefangen zu haben. Da aber die Orgelmusik bei den Einweihungsfeierlichkeiten nicht gut entbehrt werden kann, so arbeiteten die Orgelbauer nicht nur jeden Wochentag bis in die Nacht hinein, sondern sie waren auch **des Sonntags** emsig bei der Arbeit. Selbst am **Bußtage** und am **Todtensonntag**, an welchen Tagen die Polizeibehörde mit ganz besonderer Strenge darüber zu wachen pflegt, daß diese ernsten christlichen Feiertage durch keinerlei profane Verrichtungen „entheiligt" werden, arbeiteten die Orgelbauer in der Simeonskirche wie an jedem Werktage. Ebenso am vergangenen Sonntage. **Nicht einmal während der Stunden des Gottesdienstes wurde die Arbeit unterbrochen.**

Somit ist also die Zahl der Sabbathschändungen an Orten, wo man solches am wenigsten erwarten sollte, wiederum vermehrt. Sonderbar, daß nicht einmal bei Kirchenbauten die Vorschriften über die Sonntagsheiligung beachtet werden. Hier haben es doch die frommen Leute, die unser öffentliches und privates Leben mit Religion durchtränken möchten, in der Hand, für die Durchführung ihrer Anschauungen zu sorgen. Warum mußten die Arbeiter beim Bau der Orgel in so unverantwortlicher Weise schuften? Konnte man denn nicht die Einweihung hinausschieben, oder, wenn das nicht beliebt wurde, mehr Arbeiter anstellen?

Es ist doch ein wundersames Ding um die zeitgemäße Frömmigkeit unserer in solchen Fragen tonangebenden Gesellschaft. Die Polizei des christlichen Staates glaubt den christlichen Feiertag schon entheiligt, wenn sich Sonntags in irgend einem Schaufenster ein paar Sardinenbüchsen und Leberwürste unverhüllt dem Auge des Straßenpassanten offenbaren. Im königlichen Schloß aber, in der Gnadenkirche, in der Kirche mit der weggemeißelten Kameelsinschrift und nunmehr auch in der Simeonskirche ist der christliche Sabbath nach Noten geschändet worden. Morgen, bei der Einweihung dieses Instituts, werden die Töne der Orgel den Raum zum ersten Male durchbrausen und alle Interessenten, Förderer und Gönner der modernen Frömmigkeit werden dann gewiß so recht in tiefster Herzensandacht versunken und zu neuer energischer Befolgung der Gebote ihres Gottes zurechtgestimmt sein. Wie wäre es dann mit einer herzhaften Predigt über das Thema: „Du sollst den Feiertag heiligen?"

Nach einem Berichte des Anstaltsarztes Dr. Bollert vom Arbeitshause in Rummelsburg sind im abgelaufenen Geschäftsjahre gut die Hälfte der auf den Rieselfeldern beschäftigten „Korrigenden"

im Lazareth des Arbeitshauses ärztlich behandelt worden. Im ganzen wurden in diesem Krankenhause behandelt 342 männliche und 85 weibliche „Korrigenden". Diese auffallende Erscheinung und die Ursache der Erkrankung wird auf den Genuß des Rieselwassers zurückgeführt. Die Verwaltung des Arbeitshauses hat sich demzufolge veranlaßt gesehen, aus gesundheitlichen Rücksichten den auf den Rieselfeldern beschäftigten „Korrigenden" das Trinken des geklärten Wassers strengstens zu untersagen. Man sieht, „Korrigenden" sind schließlich auch Menschen und das Rieselwasser taugt selbst für einen „Korrigendenmagen" nicht!

Die „populär-wissenschaftlichen Vorträge", welche jeden Mittwoch in der Gemeindeschule Dieffenbachstr. 61 gehalten werden, scheinen zuweilen zur Sozialistentödterei herhalten zu müssen. So berichtet uns ein Leser, daß am vorigen Mittwoch viel die Rede war von Vaterlandsliebe, die sich am schönsten in der Liebe zum Monarchen zu erkennen gebe. Da seien aber die bösen Sozialisten und Anarchisten, die dem Volke dieses hohe Gut nehmen wollten. Dann förderte der Redner, dessen Name uns leider nicht genannt wird, noch die Weisheit zu tage, daß die Führer der Sozialdemokratie voller Lüge wären; es hülfe rein gar nichts, daß königstreue Männer ihre Lügen jeden Tag zu widerlegen suchten. Wenn oft solches patriotisches Blech geredet wird, dürften die populär-wissenschaftlichen Vorträge bald vor leeren Bänken gehalten werden.

Der Hausverwalter mit dem Gummischlauch. Ein wunderliches Rundschreiben hat der Hauswirth Otto Seyffert, Jerusalemerstraße 57, an die Miether seines Hauses Alvensleben str. 17 erlassen. Das säuberlich gedruckte Dokument lautet im wesentlichen: „Bei dem gestrigen Aufenthalt meines Sohnes im Hause Alvensleben str. 17 ist der von mir angestellte Verwalter Herr Lipinski von mehreren Miethern verhöhnt und in gröblichster Weise beleidiget worden; außerdem wurde von verschiedenen Seiten zu einem Aufruhr im Hause hingearbeitet. Gegen alle diese, gegen die Hausordnung verstoßenden Ungehörigkeiten, verwahre ich mich auf das entschiedenste und werde dieselben unnachsichtlich auf das strengste mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln ahnden. Wenn sich die Miether beschweren, daß der Verwalter die Kinder im Hause mit einem Gummischlauch schlägt, tragen die Miether selbst die Schuld daran. Wenn die Kinder im Hause Feuer anlegen, in die Wohnung des Verwalters mit Schmutz werfen oder sonst das Haus durch Zerstören schädigen, und nach dem Verbot durch den Verwalter noch durch die Eltern in unvernünftiger Weise bestärkt werden durch den Ausspruch: „Der hat Euch gar nichts zu sagen", ist eine sofortige Züchtigung der Kinder nur angebracht. Im übrigen ist ein hohler Gummischlauch ein weit ungefährlicheres Werkzeug, als ein Stock, mit welchem der bisherige Verwalter gezüchtigt hat. Ich stelle es den Miethern, welchen nicht daran liegt, in einem Hause zu wohnen, in welchem Ruhe und Ordnung herrscht, anheim, die Wohnung zu geeigneter Zeit zu kündigen und zu ziehen. Als eine Unverschämtheit sondersgleichen kann ich es nur bezeichnen, daß Miether das Zirkular an mich unterschrieben haben, welche theils keine Miethe bezahlen, theils mit derselben im Rückstande sich befinden."

In diesem Hause scheinen ja wunderliche Zustände zu herrschen.

Ein neuer Aerztestreik. Der Geschäftsausschuß der hiesigen ärztlichen Standesvereine hat beschlossen, den Aerzten dieser Vereine die Ablehnung jeder Behandlung für den neugegründeten Verein „Dienstboten-Krankenversicherung" anzuempfehlen. Der Grund für dieses Vorgehen ist darin zu suchen, daß die Höhe des von diesem Verein den Aerzten für die Krankenbehandlung der Dienstboten bewilligten Honorars die Minimalsätze der Gebührentaxe für die Aerzte nicht erreicht. Diejenigen Mitglieder der Aerztevereine, welche sich der „Dienstboten-Krankenversicherung" bereits für die Behandlung zur Verfügung gestellt haben, sollen von dem Beschluß des Geschäftsausschusses durch die Vorsitzenden ihrer Vereine besonders in Kenntniß gesetzt werden.

Ueber seltsame Zustände auf dem Ringbahnhof Weißensee wird uns von einem Leser berichtet: Am Morgen des 25. November betrat ich den Bahnhof, um nach Friedrichsberg zu fahren, wo ich um 7 Uhr auf der Arbeitsstätte sein muß. Der um 6¾ Uhr fällige Zug blieb aus, und der nächste Zug war so überfüllt, daß kein Fahrgast mehr in die Koupees dritter Klasse hineinkonnte. Alles stürmte nun in der Noth nach den Wagen zweiter Klasse, aber, o weh, auf Anordnung des Stationsvorstehers mußten die Arbeiter wieder aussteigen. Etwa vierzig Fahrgäste verlangten jetzt das Beschwerdebuch, das der Stationsvorsteher aber nur unter der Bedingung aushändigen wollte, daß die Beschwerdeführer in fünf Minuten mit ihrer Klage fertig seien. Da dies nicht möglich war, konnte die Niederschrift der Beschwerde nicht erfolgen, und so blieb der Umstand, daß wir ohne unsere Schuld eine halbe Stunde Verspätung hatten, ungerügt.

In der Schularztfrage wird der Geschäftsausschuß der ärztlichen Standesvereine bei den hiesigen städtischen Behörden vorstellig werden. Die Hygienekommission des Geschäftsausschusses hat der „Berl. Aerztekorr." zufolge angeregt, daß der Geschäftsausschuß bei den städtischen Behörden beantrage, daß probeweise in einigen Gemeindeschulen Schulärzte angestellt werden. Außerdem soll an die Behörden eine Denkschrift gerichtet werden, worin die Nothwendigkeit der Anstellung von Schulärzten in Berlin betont und Vorschläge für eine Organisation gemacht werden.

Das alte Abgeordnetenhaus am Dönhoffplatz soll, der „Vossischen Zeitung" zufolge, dem Ober-Verwaltungsgericht zur Verfügung gestellt werden. Das jetzige Gebäude des Ober-Verwaltungsgerichts in der Markgrafenstraße hat sich längst als unzureichend erwiesen.

Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe an den letzten drei Sonntagen vor Weihnachten ist ebenso wie im vorigen Jahre festgesetzt worden. Als Verkaufszeit ist also die Zeit von morgens 7½—9½ Uhr und nachmittags von 12½—8½ Uhr freigegeben.

Bei der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn tritt am Mittwoch, 1. Dezember ein zum Theil ermäßigter Tarif in kraft. Der höchste Satz auf allen Linien beträgt 15 Pfennig.

Kriminalkommissar von Tausch suspendirt. Da in der Disziplinarsache gegen den Kriminalkommissar von Tausch, wie schon gemeldet, das Hauptverfahren eröffnet ist, hat das Polizeipräsidium nunmehr seine Suspension vom Amte verfügt. v. Tausch, der bisher als beurlaubt geführt wurde, bezieht vom Tage seiner Suspension an nur das halbe Gehalt.

Das neue Olympia-Riesentheater im Zirkus Renz soll am Freitag eröffnet werden.

Sonntag Nachmittag war wieder der Betrieb der elektrischen Straßenbahn mit unterirdischer Stromzuführung zwischen Dönhoffplatz und Ritterstraße und an der Lutherkirche gestört.

Ein Mord wegen verschmähter Liebe ist Sonntag Abend zwischen 10½ und 10¾ Uhr im Hause Möckernstr. 85 verübt worden. Hier hat der Pferdehändler Wilhelm Kleemann aus Hamburg, ein Mann in der Mitte der zwanziger Jahre, das aus Osterborstel bei Hamburg gebürtige 22 Jahre alte Dienstmädchen Margarethe Weise durch einen Stich in die Lunge in der Höhe des linken Schlüsselbeins und Würgen am Halse getödtet. Der Mörder ist, nachdem er Sonntag entkommen war, gestern Vormittag verhaftet worden. Margarethe Weise war eine Jugendliebe Kleemann's, den sie in Hamburg kennen lernte; seit einem Jahre diente sie bei dem Kaufmann Fahsel. Vor 14 Tagen löste sie das Verlöbniß mit Kleemann und schickte ihm den Ring zurück. Seit jener Zeit sandte ihr der verschmähte Liebhaber wiederholt Briefe, in denen er ihr androhte, daß er sie erschießen werde, wenn sie nicht ihre Neigung ihm wieder zuwende. Vor acht Tagen schrieb er ihr fälschlich, er habe Gift genommen und möchte sie vor seinem Tode gern noch einmal sprechen. Dieser Brief hat jedenfalls den Zweck gehabt, das Mädchen in Kleemann's Wohnung in der Haidestraße zu locken. Als er mit diesem Lockbriefe keinen Erfolg hatte, wurde der junge Mann auf einmal wieder gesund und schrieb nun der Weise, er wolle mit einem Pferdetransport nach Madrid fahren und sich vorher mit ihr aussprechen. Zu diesem vorgegebenen Zweck erschien er gestern vor der Wohnung der Dienstherrschaft. Er hat auf irgend eine Weise das Mädchen zu bewegen gewußt, auf die Hagelsbergerstraße herauszukommen, als in vorgerückter Abendstunde die Herrschaft ausgegangen war. Nach Beobachtungen des Kaufmanns Miloslawski, der im Erdgeschoß ein Zigarrengeschäft betreibt, ist das Mädchen um 11½ Uhr mit einem Aufschrei fluchtartig von der Hagelsbergerstraße aus die Treppe hinaufgestürzt. Um 3 Uhr morgens kamen die Fahsel'schen Eheleute nach Hause und fanden das Dienstmädchen als Leiche auf dem Fußboden liegen. Der kleine Sohn der Fahsel'schen Eheleute hatte gehört, daß das Mädchen aufschrie und nach kurzem Ringen an der Küchenthür, deren Scheibe klirrend zerbrach, davonlief. Er sprang dann aus dem Bett und sah das Mädchen in das Vorderzimmer hineineilen und einen Mann ihm nachsetzen. Im Vorderzimmer kniete, wie er vom Schlafzimmer aus durch die Glasscheibe der Schlafzimmerthür und die offene Thür des Vorderzimmers weiter beobachtete, der Mann auf der Brust der Margarethe. Diese röchelte gleich darauf und war dann bald ganz still. Nun lief der Mann aus dem Zimmer wieder heraus und verließ die Wohnung. Der Kleine ging in das Vorderzimmer, rief Margarethe an und bat sie, doch aufzustehen, erhielt aber keine Antwort und ging deshalb sofort zu seiner Schwester, die aus Furcht unter die Bettdecke gekrochen war, zurück und legte sich wieder ins Bett, bis die Eltern kamen. Diese benachrichtigten sofort die Polizei. Der Verdacht lenkte sich durch die Briefe, von deren Eingang und Inhalt die Fahsel'schen Eheleute Kenntniß hatten, auf Kleemann. Dieser war entflohen und wurde, wie eingangs mitgetheilt, in der Rostockerstraße ermittelt und festgenommen.

Es wird noch berichtet, daß der Mörder abends 11¾ Uhr, eine Stunde nach vollbrachter That, in betrunkenem Zustande die im selben Hause belegene Gastwirthschaft von Dubick aufgesucht und sich dort in aller Ruhe mit einem Gaste unterhalten hat. Gestern Nachmittag traf eine Gerichtskommission am Thatorte ein; die Leiche der Ermordeten wurde dann nach dem Schauhause gebracht.

Ueber die Explosion der Spritfabrik in der Schäferstraße können wir im Anschluß an den Bericht in der Sonntags-Nummer noch folgendes mittheilen: Obgleich, wie wir meldeten, auch die kupfernen Zuleitungsrohre zu dem explodirten und auf die Straße geschleuderten Filtrirkessel mit aufgerissen sind, geht doch die Annahme der Sachverständigen dahin, daß die Explosion im Filtrirkessel erfolgte, der vermuthlich schadhaft geworden war. Ein zweiter Kessel hat bei der Katastrophe ein Loch von etwa einen Quadratfuß davongetragen, während ein dritter aus seiner Lage herausgerissen wurde. Die eigentliche Ursache des Unglücks dürfte nie aufgeklärt werden, doch neigt man im allgemeinen folgender Vermuthung zu: Beim Schichtwechsel war der gesprungene Filter vom Sprit entleert, sodaß er nur noch den Maischbrei enthielt, der durch heißen Dampf gereinigt wird. Der verunglückte Christke ließ durch den Dampfhahn den heißen Dampf in die breiige Masse, die vielleicht derart verstopft war, daß der am Eindringen gehinderte Dampf unter dem Drucke von mehreren Atmosphären den Kessel sprengte. Zu dieser Zeit befanden sich zwei Arbeiter und die beiden verunglückten Meister Christke und Geishirt im Filtrirraum. Die beiden entfernt stehenden Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon, dagegen sind die beiden Meister entsetzlich verstümmelt. Ihnen ist der Kopf und die Brust zerschmettert, außerdem wurde Geishirt das rechte Bein abgerissen. Die beiden Meister hatten abwechselnd Tages- und Nachtschicht. Christke wollte soeben von der Tagesschicht abtreten, vorher aber seinem Nachfolger noch den für ihn abgehobenen Wochenlohn aushändigen, als die Explosion erfolgte. Das abgerissene Bein konnte bisher nicht aufgefunden werden und liegt jedenfalls unter den Trümmern. Die Schäferstraße blieb bis zum Eintreffen der Gerichtskommission am Montag gesperrt. Die verunglückten Meister waren lange Jahre in der Fabrik beschäftigt. Christke trat 1875 in die Fabrik ein, Geishirt war schon seit 1866 an der Stätte seines Todes thätig. Eine erhebliche Betriebsstörung ist nach Angabe der Fabriksleitung nicht vorhanden.

Zwei Opfer der Explosion in der Schönhauser Allee wurden unter zahlreicher Betheiligung Sonntag Nachmittag zu Grabe getragen. Die Leiche des 17jährigen Arbeiters Krien wurde um 2½ Uhr vom Schauhause nach dem neuen Gethsemane-Friedhof hinter Nieder-Schönhausen übergeführt. Die Arbeiterin Karbe wurde um 3 Uhr auf dem Friedhofe von Neu-Weißensee beerdigt. Die Bestattung der Arbeiterin Ida Wendisch mußte noch ausgesetzt werden, da die Beerdigungspapiere noch nicht beschafft werden konnten.

Im Wartezimmer des Arztes ist am Sonnabend Abend die 49 Jahre alte Frau des Tischlermeisters Pense aus der Gleimstraße Nr. 13 plötzlich verstorben. Die Frau war seit einigen Wochen nervenleidend und besuchte wiederholt den Arzt Dr. Goldberger in der Saarbrückerstraße. Das geschah auch am Sonnabend wieder. Während der Arzt im Sprechzimmer zu thun hatte, wartete sie mit anderen Leidenden im Wartezimmer. Plötzlich sank sie unwohl um, und nach fünf Minuten war sie todt, obwohl ihr der Arzt sofort seine Hilfe angedeihen ließ.

Infolge einer großen Schlägerei wurde das Lokal von Keßler, Grüner Weg 61, von dem 65. Polizeirevier aus durchsucht. Es wurden dreizehn Männer zur Feststellung ihrer Persönlichkeit auf die Wache gebracht, von denen drei Personen der Kriminalpolizei eingeliefert wurden. Die Uebrigen wurden entlassen.

Feuerbericht. Sonnabend Abend 7 Uhr brannte Reinickendorferstraße in einem Leihamt eine Partie Kleidungsstücke. Kurz darauf erfolgte Alarm nach Belle-Alliancestr. 23, wo Benzin im Keller Feuer gefangen hatte. In beiden Fällen wurde die Gefahr durch die Wehr schnell beseitigt. Den Sonntag über hatte die Feuerwehr verhältnißmäßig Ruhe. Abgesehen von einigen blinden Alarmirungen hatte sie nur ein einziges Mal Stegliterstraße 13 einzugreifen, wo Zwischengebälk brannte. Montag früh 9½ Uhr erfolgte Mühlenstr. 49a ein Gardinenbrand, und nachmittags 3 Uhr ging Frankfurter Allee 97 ein größerer Posten Papier in Flammen auf.

Theater. Das Luisen-Theater schreitet muthvoll auf klassischen Pfaden vorwärts. Am Sonnabend sahen wir eine Aufführung von „Othello" und machten auch hier die erfreuliche Wahrnehmung, daß ein jeder der Mitwirkenden sein Augenmerk vor allem darauf richtete, natürlich zu sprechen und sich natürlich zu geberden. Selten gab es ein gespreztes Wort oder eine gespreizte Attitüde. So ging denn „Othello" einem empfänglichen Publikum in schlichter Vorstellung zu Herzen. Herr Kindeisch wußte als Mohr die Qualen der Eifersucht lebendig zu veranschaulichen, und Herr Türk gab den Jago mit recht nicht als struppigen, zähnefletschenden Schuft, sondern als einen Mann von kalter Berechnung, der rücksichtslos das Mittel, das ihn zum Ziele bringen soll, anzuwenden versteht. Eine liebliche Desdemona war Frl. Sehler. — Das Deutsche Theater bereitet für Mittwoch nächster Woche, den 8. Dezember, die erste Aufführung des Bühnenstückes von Max Bernstein vor: „Mädchentraum", ein Spiel in drei Akten. Der Dichter ist aus München nach Berlin gekommen, um an den Proben theilzunehmen. Die beiden tragenden Rollen des Stückes werden von Agnes Sorma und Josef Kainz gespielt.

Im Schiller-Theater mußte, um das Gastspiel des Fräulein Sarrow in dieser Woche zu ermöglichen, der Spielplan wie folgt geändert werden: Heute, Dienstag, kommt „Wallenstein's Lager" und „Die Piccolomini", morgen, Mittwoch, „Madame Bonivard", Donnerstag „Wallenstein's Tod" zur Aufführung. In den beiden Wallenstein-Aufführungen spielt Fräulein Sarrow a. G. die Rolle der Thekla.

Aus den Nachbarorten.

Eine neue elektrische Straßenbahn wird von Siemens und Halske geplant. Dieselbe soll das im Bau begriffene Werk der Firma am Nonnendamm an der Grenze zwischen Charlottenburg und Spandau mit dem Innern Charlottenburgs verbinden. Die neue Fabrikanlage selbst wird im Frühling 1899 dem Betrieb übergeben werden.

In der Jungfernhaide wird jetzt das Terrain abgeholzt, auf welchem die Versuchsanstalt für Sprengstoffe — zur Zeit noch in Spandau — sowie die Kaserne für die Luftschiffer-Abtheilung erbaut werden sollen.

Das fünfte Schadenfeuer innerhalb vier Wochen ist in der Nacht von vorgestern zu gestern in dem Dorfe Lindenberg dicht Weißensee ausgebrochen. Es brannte eine mit Erndtevorräthen angefüllte, mit Stroh gedeckte Scheune ab. Man vermuthet Brandstiftung.

Gerichts-Zeitung.

Ein neuer Schlag gegen die heutige Eisenbahnwirthschaft. Einer der vielen Eisenbahnunfälle, welche sich im Laufe des verflossenen Sommers auf den Berliner Bahnhöfen ereigneten, unterlag gestern der Prüfung der siebenten Strafkammer des Landgerichts I. Während der Sommermonate wurde täglich ein Harmonikazug nach den Ostseebädern eingelegt, der um 7 Uhr 10 Minuten vom Stettiner Bahnhofe abging. Die Verhältnisse lagen so, daß ein pünktlicher Abgang des Zuges bedingt war. Diejenigen Lokomotivführer, welche den Zug zusammenzustellen hatten, hatten nicht genügend Zeit zur Verfügung, sie halfen sich dadurch, daß sie entgegen der dienstlichen Vorschrift die einzelnen, von den verschiedenen Strängen zu holenden Wagen nicht mit der Maschine vor den Zug schoben, sondern sie allein auflaufen ließen. Dies that der Oberrangirer Karl Rostock auch am Abende des 18. August. Der gegen den Personenzug prallende Wagen fuhr mit solcher Wucht auf, daß die bereits eingestiegenen Fahrgäste tüchtig durcheinandergeschüttelt wurden und leichte Verletzungen erhielten.

Rostock erhielt eine Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports. Er räumte im gestrigen Termine offen ein, daß er gegen die Instruktion gehandelt habe, aber dies hätten alle Führer thun müssen, welche diesen Zug zusammenstellten, denn sonst wäre die Zeit zu knapp gewesen. Es sei denn auch täglich unter den Augen der Vorgesetzten geschehen, ohne daß es je beanstandet worden sei. Im vorliegenden Falle sei der Aufstoß so stark gewesen, weil die Bremse versagt habe, wie dies bisweilen vorkomme. In betreff des letzten Punktes wurde festgestellt, daß die Bremse angezogen gewesen war, aber nicht gewirkt hatte. Ferner erklärten alle vernommenen Zeugen, daß sie es ebenso gemacht hätten wie der Angeklagte, und zwar unter den Augen der Vorgesetzten.

Der Gerichtshof erkannte daraufhin nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Freisprechung. Sind in diesem Falle die höheren Beamten nicht verantwortlich zu machen?

Ein Brandunglück, wobei vier Personen das Leben einbüßten, beschäftigte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I. Im Hause Spandauerbrücke 16 befand sich der Laden des Eierhändlers Salomon Feigenbaum. Am Abend des 16. Juni d. J. waren der Geschäftsinhaber und sein Hausdiener Klein damit beschäftigt, „Eier zu klären". Es geschah in der Weise, daß die Eier einzeln aus den Kisten genommen und vor eine Lampe gehalten wurden. Die Lampe, welche auf einer Kiste stand, war eine Art Küchenlampe, der Laden wurde durch Glühlicht erleuchtet. Gegen 10 Uhr kam dort Feuer aus, die Lampe muß wohl von einem der beiden Beschäftigten umgestoßen worden sein und das reichlich vorhandene Stroh entzündet haben. Feigenbaum und sein Hausdiener mußten schleunigst aus dem Raume flüchten, der innerhalb weniger Minuten einen Flammenheerd bildete. Das Feuer zersprengte die Schaufenster, die Flammen loderten an der Hausfront empor und im Innern des Hauses war die Treppe innerhalb weniger Minuten bis zum dritten Stockwerk von dem Element ergriffen worden. Der Bewohner bemächtigte sich eine furchtbare Panik, sie zertrümmerten die Fenster und stießen gellende Hilferufe aus. Als die Feuerwehr erschien, war der Laden bereits völlig ausgebrannt. Mit Todesmuth begannen die Feuerwehrleute die Rettung der bedrohten Bewohner im dritten Stockwerk, denen der Rückzug über die Treppe abgeschnitten worden war. Mit Hilfe der mechanischen Leiter wurden eine Frau und zwei Kinder ins Freie geschafft. Dann drangen die Feuerwehrleute in die, ebenfalls im dritten Stockwerk gelegene Wohnung des Schneiders Pinkalla. Der Raum war vollständig von Rauch angefüllt, und fünf Personen, die sich im Zimmer befanden, schienen bereits den Erstickungstod erlitten zu haben. Es waren dies das Pinkalla'sche Ehepaar, dessen beide Kinder im Alter von 8 Jahren bezw. 10 Monaten, sowie der 19jährige Korbmacher Dornbusch, der bei Pinkalla in Schlafstelle lag. Die Samariter der Feuerwehr stellten Wiederbelebungsversuche an, die bei der Ehefrau Pinkalla und dem Korbmacher Dornbusch von Erfolg gekrönt waren, Pinkalla und seine beiden Kinder waren bereits erstickt. Nach wenigen Tagen ist auch die Ehefrau Pinkalla in der Charitee verstorben, sodaß die ganze Familie der Brandkatastrophe zum Opfer gefallen ist. Gegen den Eierhändler Feigenbaum und dessen Hausdiener wurde Anklage wegen fahrlässiger Brandstiftung erhoben, Klein hat es indessen vorgezogen, die Flucht zu ergreifen, sodaß gestern nur gegen Feigenbaum verhandelt werden konnte. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten. Der Gerichtshof folgte dagegen den Ausführungen des Vertheidigers, Rechtsanwalt Wronker, und fällte ein freisprechendes Urtheil, da der Sachverhalt nicht genügend aufgeklärt und dem Angeklagten eine Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen sei.

Ein gemeingefährlicher Heirathsschwindler, der Mechaniker Carles Ericson-Vitén, ist gestern von der Strafkammer am Landgericht I zu einem Jahre Gefängniß verurtheilt worden.

Die Verhandlung des Prozesses gegen Bruno Wille wegen Religionsstörung und Vergehens gegen die öffentliche Ordnung ist, wie ein Telegramm aus Graz meldet, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Bei der Gemeinderaths-Wahl in Kunersdorf wurde ein Förster zum Gemeindevertreter gewählt. Hiergegen protestirten eine Anzahl Besitzer, indem sie geltend machten, daß nach § 53 Absatz 2 der Landgemeinde-Ordnung besoldete Gemeindebeamte nicht als Gemeindevertreter gewählt werden könnten. Der Gemeinderath wies jedoch den Protest zurück und der Kreisausschuß, sowie der Bezirksausschuß erklärten die Wahl ebenfalls für giltig. Es war für sie die Feststellung entscheidend, daß der gewählte Förster nicht von der Gemeinde Kunersdorf, sondern von Frankfurt besoldet wurde. Die Kläger legten dann Revision ein und betonten, daß § 53 ganz allgemein von besoldeten Gemeindebeamten rede, also nicht nur diejenigen der Wohnsitz-Gemeinde meine. Das Ober-Verwaltungsgericht trat aber den Vorinstanzen bei und wies die Revision zurück.

Mit einer eigenartigen Beleidigungklage hatte sich in der Berufungsinstanz die Strafkammer zu Memmingen zu beschäftigen. Anfangs Januar d. J. wurde der Sohn des Peter Rauch in Steinheim von dem Sohne des Privatklägers Müller gelegentlich einer Schlägerei mit einem Messer derart verletzt, daß bald darauf der Tod eintrat. Der Thäter wurde dieserhalb seinerzeit vom Schwurgericht in Augsburg zu 3½ Jahren Gefängniß verurtheilt. Peter Rauch ließ nun seinem Sohne ein Grabdenkmal setzen mit folgender Inschrift: „Er mußte unter Mörderhänden — Sein junges, frisches Leben enden!" Hierdurch fühlten sich die Familienangehörigen des Müller beleidigt und strengten die Privatklage an. Vom Schöffengericht wurde Rauch freigesprochen und auch die Strafkammer verwarf die gegen dieses Urtheil seitens des Müller eingelegte Berufung, gab aber dem Antrage des Privatklägers statt, wonach das Wort „Mörder" vom Grabdenkmal entfernt werden muß.

Aus Oberschlesien. Der im Juli d. J. unternommene Streik auf der Wildsteinsegengrube bei Schoppinitz hat für eine Anzahl bedauernswerther junger Leute, die sich an einem Krawalle be-

theiligten, tieftraurige Folgen gehabt. Von 6 Angeklagten wurden fünf zu schweren Zuchthaus- und Gefängnißstrafen verurtheilt: Barski zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Girlotka zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Noskosch zu 1¼ Jahren Gefängniß, Ploch zu 1½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, Czernia zu 2 Monaten Gefängniß. Es ist also, wie von vornherein sicher war, ein „Exempel statuirt“ worden. In der Bevölkerung herrscht ziemliche Aufregung über die Schwere der Strafe, und wir glauben, daß dieser Prozeß der sozialdemokratischen Aufklärungsarbeit nach vielen Richtungen hin förderlich sein wird. Der die Anklage vertretende Staatsanwalt war ein Herr Neutwig, derselbe, der in einem Preßprozeß in diesem Frühjahr vor Gericht den „Wahren Jakob“ allen Ernstes für „ein verbotenes sozialdemokratisches Blatt“ erklärte!

Aus Danzig wird uns berichtet: Der Prozeß gegen unsere Genossen Müller Hahn und Maschinenbauer Czwickle wegen Beleidigung des Gewerbe-Inspektors Dr. Wollner, früher in Danzig, jetzt in Stralsund, gelangte vor einigen Tagen, nachdem ein früherer Termin behufs Ladung neuer Zeugen vertagt war, zum zweiten Male vor der Berufungs-Strafkammer zur Verhandlung. Die Beleidigungen sollen in einer Mühlenarbeiter-Versammlung gefallen sein, in der dem Gewerbe-Inspektor Dr. Wollner vorgeworfen war, daß er in bezug auf die gesundheitsgefährdenden Zustände in einer chemischen Fabrik seine Pflicht vernachlässige. Das Gericht erkannte dahin, daß das Urtheil der ersten Instanz, welches auf eine Geldstrafe von 50 M. gelautet hatte, zu bestätigen sei.

Deutsche Gastfreundschaft. Der 1833 in Rußland geborene Gärtner Stanislaus Czerwinski lebte von Jugend auf in Gollub in Preußen. Er stellte vor einiger Zeit den Antrag, ihm und seinen Söhnen die preußische Staatszugehörigkeit zu gewähren. Seinem Wunsche kam man aber nur betreffs des ältesten Sohnes nach, der im deutschen Heere gedient hat. Kürzlich wurde nun dem jüngeren Sohne aufgegeben, das preußische Staatsgebiet zu verlassen. Er beschwerte sich beim Regierungspräsidenten und betonte, sein Großvater sei preußischer Unterthan gewesen und habe sich zur Zeit der Geburt seines Vaters nur vorübergehend in Rußland aufgehalten. Den Beweis hierfür erklärte Cz. indessen nicht führen zu können. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, und auf seine dann eingereichte Klage antwortete der Regierungspräsident, gegen die landespolizeiliche Ausweisung sei das Verwaltungs-Streitverfahren nicht gegeben. Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ohne Angabe von Gründen zurück.

Soziales.

Außenhandel Deutschlands. In den ersten drei Vierteln der nachstehend verzeichneten Jahre wurden aus dem Deutschen Reiche Waaren ausgeführt:

Jahr	Doppelzentner	Werth in 1000 M.
1895 . . .	171 100 953	2 476 460
1896 . . .	187 059 495	2 763 808
1897 . . .	200 826 405	2 817 291

Die Einfuhr betrug:

Jahr	Doppelzentner	Werth in 1000 M.
1895 . . .	234 632 009	3 121 339
1896 . . .	264 376 510	3 342 336
1897 . . .	292 379 995	3 521 882

Die Ausfuhr der einzelnen Hauptartikel betrug in denselben Zeiträumen Millionen Mark:

Baumwolle und Baumwollwaaren 173,2, 170,6, 177,3; Droguerie-, Apotheker- und Farbwaaren 213,0, 232,3, 235,9; Eisen- und Eisenwaaren 217,5, 257,4, 289,0; Erden, Erze, edle Metalle, Asbest und Asbestwaaren 103,4, 194,4, 186,6; Instrumente, Maschinen und Fahrzeuge 113,8, 117,7, 127,2; Kleider, fertige Leibwäsche, Putzwaaren 73,7, 109,6, 105,4; Leder und Lederwaaren 122,7, 103,7, 113,0; Material-, Spezerei-, Konditorwaaren 230,0, 267,4, 297,2; Seide und Seidenwaaren 125,3, 120,2, 111,8; Steinkohlen, Braunkohlen, Coaks, Torf, Torfkohlen 102,5, 116,7, 120,5; Wolle und Wollenwaaren 252,5, 255,3, 251,7.

An der Einfuhr waren dem Werthe nach betheiligt mit Millionen Mark: Baumwolle und Baumwollenwaaren 227,3, 223,3, 257,5; Droguerie-, Apotheker- und Farbwaaren 180,3, 185,6, 188,0; Erden, Erze, edle Metalle, Asbest und Asbestwaaren 152,2, 294,1, 210,3; Getreide und andere Erzeugnisse des Landbaues 409,2, 483,8, 494,9; Häute und Felle 148,0, 122,2, 140,7; Holz- und andere Schnitzstoffe, sowie Waaren daraus 155,9, 185,8, 215,6; Material-, Spezerei-, Konditorwaaren rc. 424,2, 429,3, 498,9; Oel und Fette 98,8, 90,9, 108,2; Seide und Seidenwaaren 120,7, 105,0, 112,1; Thiere und thierische Produkte (soweit nicht sonst genannt) 99,7, 92,4, 107,5; Vieh 154,4, 111,4, 117,0; Wolle und Wollenwaaren 350,8, 344,2, 329,0.

Zu beachten ist, daß die Werthangaben der Ein- und Ausfuhr im Jahre 1897 noch nach den Einheitssätzen des vorigen Jahres berechnet sind. Der Einheitssatz für 1897 ist möglicherweise höher, da seit 1896 die Preise vielfach erhöht worden sind.

Nach den vorliegenden Ziffern betrug in dem Zeitraum von 1895 auf 1896 die Zunahme der Einfuhr 220,9 Millionen Mark, die der Ausfuhr 287,3 Millionen; im Zeitraum von 1896 auf 1897 betrug die Zunahme der Einfuhr 179,5, die der Ausfuhr aber nur 53,4 Millionen.

Arbeiter-Risiko. Ueber den Grubenbrand, der am Donnerstag in dem zu den Lohser Werken gehörigen, im Besitz der Firma A. Meyer u. Ko. befindlichen Quasschacht bei Kunzendorf bei Sorau ausbrach, wird uns geschrieben:

Kurz nach Aufnahme der Arbeit bemerkten zwei Arbeiter, daß auf der Strecke im Schacht ein Einbruch erfolgt war, wodurch sie am Weiterarbeiten gehindert wurden. Auf Veranlassung des Aufsehers stellten sie die Arbeit ein und begaben sich nach der Einfahrt. Bei der Ausfahrt bemerkten sie in der obersten Sohle des Schachtes glimmenden Kohlenstaub. Sie löschten diesen mit dem von ihnen mitgebrachten Kaffee und ließen sich dann weiter an die Oberfläche befördern, wo sie den Vorfall dem Feuermann meldeten, damit dieser den Aufseher, der sich noch im Schacht befand, davon in Kenntniß setzen sollte.

Ueber die Vorgänge im Schachte selbst erzählt nun einer der Geretteten: Ich arbeitete mit zwei Kollegen auf der dritten Sohle, als der Aufseher vom Einfahrtsschacht aus uns zurief: „Nehmt Eure Sachen und macht, daß Ihr herauskommt, im Einfahrtsschacht ist großes Feuer!“ Wir liefen sofort dorthin, während der Aufseher nach den Arbeitsstätten der anderen eilte, um diese auf die Gefahr aufmerksam zu machen. Schon 100 Meter vor der Einfahrt befanden wir uns im Rauch; unsere Lampen gingen aus. Mit Aufbietung aller Kräfte gelangten wir bis zum Füllort, wo wir die Schale bestiegen und das Signal zur Personenbeförderung gaben. Einer der Kollegen, der schon sehr schwach war und sich auf die Schale gesetzt hatte, klammerte sich fest an einen anderen an, stürzte jedoch beim Heraufziehen in die Tiefe; die Kräfte mußten ihn verlassen haben. In völlig erschöpftem Zustande gelangten wir übrigen auf den Förderthurm und krochen auf allen Vieren hinab. Mit der zweiten Schale kamen noch zwei Kameraden fast besinnungslos ausgefahren, die wir an eine geschützte Stelle trugen und mit dem Mantel zudeckten. Dann eilten wir wieder an den Förderschacht. Es wurde dort wiederholt das Signal zur Auffahrt gegeben, die Schale kam aber jedesmal leer herauf. Der Besitzer erschien sofort auf der Brandstelle, ebenso die Kunzendorfer Landspritze. In der dritten Morgenstunde dehnte sich das Feuer, das bis dahin unterirdisch gewüthet hatte, trotz aller Bemühungen auf den Förderthurm und die anderen aus Holz aufgeführten Baulichkeiten aus und legte diese in Asche. Am Donnerstag Nachmittag trafen Bergrath Netto und Bergmeister Basalt aus Kottbus ein. Als Vertreter des Landraths erschien Assessor Wagner aus Sorau. Vorläufig werden zwei Rettungsschächte abgeteuft, der eine ca. 8, der andere ca. 25 Meter von dem brennenden Einfahrtsschachte entfernt. Alle 4 Stunden lösen sich die an dem Rettungswerk unermüdlich arbeitenden Mannschaften ab. Trotz dieser fieberhaften Thätigkeit dürfte die Fertigstellung der anderen Schächte mindestens vier Tage in Anspruch nehmen. Ueber das Schicksal der noch im Schacht befindlichen acht Personen kann man ein Urtheil noch nicht fällen. Falls es ihnen gelungen ist, eines der vom Einfahrtsschachte weiter entfernt liegenden Reviere zu erreichen (dieselben sind 500 Meter lang), ist einige Hoffnung vorhanden, die Unglücklichen lebend zu tage zu fördern.

Versammlungen.

Die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle „Berlin“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes fand am Sonntag, den 21. November, im Feen-Palast statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der seit letzter Generalversammlung verstorbenen Kollegen Pfeiffer, Schirmer, Gruhn, Wobig, Michaelis, Neuendorf, Knapp, Kippel, Wilh. Becker, Langfeldt und Georg Schulz in üblicher Weise gedacht.

Hierauf erstattete der Rendant den Kassenbericht vom 1. Juni bis 1. Oktober 1897. Es betrugen die

Einnahmen

Beitrittsgeld von 3870 männlichen Mitgliedern . . .	1167,— M.	
Beitrittsgeld von 100 weiblichen Mitgliedern . . .	20,— „	
118 246 Beiträge à 20 Pf.	23649,20 „	
1 135 „ à 5 „	56,75 „	
Von der Liquidations-Kommission des Berliner Metallarbeiter-Verbandes	17834,84 „	
Von der Liquidations-Kommission der Chirurgischen Branche	1227,16 „	
Diverse	1689,60 „	
Gesammt-Einnahme	45644,55 M.	

Die Ausgaben

Für Reisegeld		298,83 M.
„ Rechtsschutz		170,— „
„ Streikunterstützung		860,— „
„ Unterstützung nach § 2c		213,— „
An die Hauptkasse eingesandt		7113,50 „
Lokalausgaben:		
Für Vergütung der Ortsbeamten . . .	1920,— M.	
„ Porto und Schreibmaterial . . .	93,— „	
„ Bibliothekzwecke	400,— „	
„ Referate	135,— „	
„ Gesammtverwaltung	322,— „	
„ Zeitungskolportage	176,50 „	
Diverse, d. h. Ausgaben zu Vergnügen und Urania-Vorstellungen	2718,32 „	5766,82 „
Gesammt-Ausgabe		14422,15 M.

verblieb ein Lokalkassen-Bestand von 31 222,40 M.

Der an die Hauptkasse eingesandte Betrag sind 25 pCt. aus verkauften Beitragsmarken, wie auch der volle Betrag für Neuaufnahmen; ausgezahlte Reise-Unterstützungen wurden nicht in Abzug gebracht. Der Stand der Mitgliederzahl Berlins war folgender:

Vom Berliner Verband übergeschrieben	6 200 Personen	
Schon vorhandene Mitglieder des „D. M.-V.“ inkl. Charlottenburg und Tegel	1 848 m.	42 w.
Von der chirurgischen Branche übergeschrieben . .	125 „	
Zugereist	130 „	
Uebergetreten von ausländischen Vereinen	44 „	
Vom 1. Juli bis 31. September eingetreten . . .	3 870 „	100 „
Summa . .	12 217 m.	142 w.
Abgegangen	167 „	
Am 30. September Mitgliederbestand	12 150 m.	142 w. Personen.

Bei 265 männlichen Mitgliedern wurden 1600 Stück beitragsfreie Marken, nach § 9 Abs. 2 des Statuts, eingeklebt.

Die Revisoren berichteten, Kasse und Bücher in Ordnung befunden zu haben, auf Antrag wurde der Rendant entlastet.

Beim Kassenbericht wurde von verschiedenen Seiten gewünscht, daß die Liquidationen der besoldeten Verwaltungsbeamten in Zukunft wegzufallen hätten, auch wurde ein dahingehender Antrag gestellt. Seitens der Antragsteller wurde hervorgehoben, daß man seinerzeit, als die Besoldung der beiden ersten Beamten beschlossen und festgesetzt wurde, daß diese 165 Mark pro Monat erhalten sollten, angenommen, daß die weiteren Liquidationen derselben aufhören würden. Es wurde hierauf von Litfin erwidert, daß wohl niemand verlangen dürfte, daß er von dem Gehalt, welches er beziehe, auch noch die außerordentlichen Ausgaben, welche ihm entstehen bei Regelung von Differenzen und täglichen Versammlungsbesuchen, decken solle. Fahrgeld, welches er bei derartigen Gelegenheiten zu verausgaben habe, müsse ihm auf alle Fälle doch zurückerstattet werden; außerdem verwalte er als Bevollmächtigter die größte Zahlstelle, auch hier seien Mankos nicht ausgeschlossen, die er selbstverständlich decken müsse. Es werde im übrigen auch nur ein ganz geringer Bruchtheil von dem liquidirt, was ihm an Extra-Ausgaben für seine Thätigkeit, nach Schluß des Bureaus, im Interesse des Verbandes erwachse. Nach längerer Debatte wurde der Antrag abgelehnt; den besoldeten Beamten steht demnach das Liquidationsrecht für Extra-Ausgaben zu.

Ein weiterer Antrag, bei späteren Kassenberichten die Liquidationen der Verwaltungsmitglieder zu spezialisiren, wurde ebenfalls abgelehnt.

Des weiteren wurde der früher von einer Konferenz angenommene Antrag, „vierteljährlich einen gedruckten Kassenbericht den Mitgliedern zu übergeben“, nachdem die Undurchführbarkeit und die Zwecklosigkeit eines derartigen Berichts den Mitgliedern vor Augen geführt, von der Generalversammlung mit großer Mehrheit abgelehnt. Beschlossen wurde indeß, daß von der Verwaltung „jährlich ein gedruckter Rechenschaftsbericht den Mitgliedern gegeben werde“.

Von der Ortsverwaltung war der Antrag gestellt:

„Die Generalversammlung wolle beschließen: denjenigen Mitgliedern der Verwaltung Berlin, welche im Verband mindestens 52 Wochen Beiträge gezahlt, wird auf grund des § 2c, sofern sie durch die schwarzen Listen der Unternehmer länger als 3 Wochen außer Arbeit sind, eine Unterstützung von wöchentlich 9 Mark für Verheirathete und 6 Mark für Ledige bis zur Dauer von 6 Wochen gewährt, eine weitere Unterstützung kann dann erst wieder nach Ablauf von 26 Wochen gezahlt werden.“

Für weibliche Mitglieder gilt dieselbe Regel, jedoch wird die Unterstützung prozentual nach den anderen üblichen Unterstützungen bemessen. Für Kollegen, welche durch ihre agitatorische Thätigkeit für den Verband gemaßregelt werden, soll dieser Antrag keine Anwendung finden, für diese sind früher gefaßte Beschlüsse maßgebend. Nachdem dieser Antrag der Ortsverwaltung seitens des Bevollmächtigten motivirt, gelangte derselbe zur einstimmigen Annahme.

Ein weiterer Antrag der Ortsverwaltung, „Einstellung eines vierten besoldeten Beamten“, gab zu längeren Auseinandersetzungen Anlaß. Litfin und Petzold legten die Gründe klar, welche zur Stellung eines derartigen Antrages geführt. Bei der Verschmelzung beider Verbände; habe man angenommen, daß die Arbeiten durch drei Personen zu bewältigen sein würden; dieses sei aber nicht möglich, die Arbeiten hätten sich verdoppelt, der Rendant kann unter keinen Umständen mehr auf eine Hilfskraft für seine speziellen Verbandsgeschäfte verzichten. Es sei freilich wohl ein Hilfsarbeiter im Bureau thätig, welcher dem Rendanten beim Einstempeln der Beiträge behilflich ist, nun käme es aber sehr häufig vor, daß der Bevollmächtigte vom Bureau wegen Verbandsgeschäfte abwesend sein muß; alsdann hat der Hilfsarbeiter die Vertretung desselben zu übernehmen. Die Folge hiervon ist, daß die Arbeiten des Rendanten wieder zurückbleiben. Außerdem kann der Hilfsarbeiter nur vier Tage zum Helfen thätig sein, da fast zwei Tage für Zeitungsspedition von diesem gebraucht werden. Bis zur Zeit ist es noch nicht möglich gewesen, auch nur ein Mitglied dem Hauptvorstand anzumelden; diese Arbeit müsse nun auch in nächster Zeit begonnen werden. Der Rendant hat alles mögliche versucht, die Arbeit zu bewältigen, habe des Abends bis 9 auch 10 Uhr und regelmäßig Sonntags gearbeitet; trotzdem sei es nicht möglich gewesen, dieselbe zu schaffen. Deshalb wird von der Verwaltung die Einstellung eines vierten besoldeten Beamten gefordert, und zwar möge dieser der zweite Bevollmächtigte sein; dieser solle dann die bisherigen Arbeiten des Kollegen Skalsky wie auch die Vertretung des ersten Bevollmächtigten bei dessen Abwesenheit übernehmen. Dem Kollegen Petzold solle dann ferner der jetzige Hilfsarbeiter zur Seite stehen. Was nun die Kosten der Verwaltung beträfe, so seien diese nicht so hoch wie von verschiedenen Seiten behauptet werde; dieselben würden sich nach Einstellung einer vierten Person auf zirka 11 pCt. für die Gesammtverwaltung stellen.

Dieser Antrag wird nach längerer Debatte gegen ca. 20 Stimmen angenommen. Der Antrag, den 2. Bevollmächtigten mit 165 M. zu besolden, wurde gegen 30—40 Stimmen angenommen. Ferner wurde beschlossen, das Gehalt des Hilfsarbeiters dem der besoldeten Beamten gleich zu stellen, es also auf 165 M. zu erhöhen.

Zum 2. Bevollmächtigten wurden die Kollegen Massatsch, Gienke und Schlegel als Kandidaten vorgeschlagen; die Wahl derselben erfolgt in der am 5. Dezember stattfindenden Fortsetzung der Generalversammlung durch Stimmzettel, welcher jedem Mitgliede beim Betreten des Saales eingehändigt werden soll. Die Wahl wird um 11 Uhr geschlossen.

Zum Schluß wurde noch bekannt gemacht, daß die Bibliothek des Verbandes wieder eröffnet sei, sich in der Jüdenstr. 36 befinde und täglich mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage abends von 7½ bis 9 Uhr geöffnet ist.

Literarisches.

Innocens. Will das deutsche Volk auf sein höchstes Gut: „Das Recht“, verzichten oder für die Erlangung desselben kämpfen? Zürich, Verlag von C. Speidel. 1897.

Was die kleine Schrift bezweckt, ist uns trotz mehrmaliger Lektüre nicht klar geworden. Der Verfasser tritt warm für die Berufung ein, ohne daß ihm jedoch die Struktur des deutschen Strafprozesses und die wunden Punkte desselben klar geworden sind. Er wünscht eine Petition an den Reichstag, dahin gehend, daß unverzüglich ein aus höheren, erfahrenen Juristen gebildetes Institut geschaffen wird, welches den Thatbestand in Strafsachen in derselben eingehenden Weise prüft wie das Reichsgericht die Strafbarkeit einer Handlung, oder daß durch ein sofort in kraft zu tretendes Sondergesetz der Absatz 5 des § 399 der Straf-Prozeß-Ordnung beseitigt und dahin ergänzt wird, daß die Wiederaufnahme geschlossener Verfahren in Strafsachen erfolgen muß, wenn Thatsachen oder Beweismittel beigebracht werden, welche im Urtheile nicht oder nicht hinreichend gewürdigt sind, ganz gleich, ob diese Beweise neu oder schon vorgebracht sind, denn nur ein solcher Beweis oder die Aussagen eines einzigen Zeugen können der Beurtheilung des Falles eine ganz andere Richtung geben. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß eine so erweiterte Wiederaufnahme des Verfahrens an und für sich und jedenfalls im Rahmen der geltenden Rechtsprinzipien ein Unding ist. Der Begriff der Rechtskraft eines Urtheils würde damit aufhören zu existiren. Auch irrt der Verfasser, wenn er in der Berufung das Allheilmittel sieht. Gewiß würden wir die Einführung der Berufung in Strafsachen mit Freuden begrüßen, aber nur deshalb, weil bei der herrschenden Strömung nicht daran zu denken ist, daß in erster Instanz das Strafverfahren mit allen nur denkbaren Garantien für den Angeklagten umgeben wird. Da dies nicht zu erreichen ist, würden wie schon die bescheidene Errungenschaft — und darin liegt der einzige Vortheil der Berufung — annehmen, daß dieselbe Angelegenheit an verschiedenen Stellen wiederholt geprüft wird. Viel wichtiger aber wäre es, das Verfahren vor der Eröffnung des Hauptverfahrens in einer solchen Weise auszubilden, daß es zu einem vollkommenen Ersatzmittel für die Berufung, aber befreit von deren unverkennbaren Mängeln werden könnte. Auf alle diese Fragen geht der Verfasser der in Rede stehenden Arbeit nicht ein. Auch sonst berühren manche Ansichten der Schrift recht wunderbar, so z. B. die Behauptung, daß im April 1896 das Reichsgericht das Anwendungsgebot des dolus eventualis ganz wesentlich eingeschränkt habe. Das Gegentheil ist richtig. Wie Professor v. Liszt in seinem Gutachten für den Juristentag nachgewiesen hat und wie die Verurtheilung Liebknecht's beweist, gewinnt vielmehr der dolus eventualis von Tag zu Tag größere Ausdehnung. h.

Eingelaufene Druckschriften.

„Der sozialistische Student“ (Redaktion und Verlag: Berlin NW., Marienstraße 13), der den „Sozialistischen Monatsheften“ auch als Beilage beigegeben wird, enthält in seinem 7. Hefte: Berus: Die Studentenschaft und der Sozialismus. — Gabriele d'Annunzio: In der Campagna. — R. Bernhardi: Der Fall Dessen. — Hans Hartwig: Königsberger Brief. — Prof. Elisée Reclus: Einige Worte über historische Thatsachen. — Rundschau: Von den Hochschulen. — Frauenstudium. — Von unseren Professoren. — Unsere Bewegung. — Preis der Einzelnummer 10 Pf., pro Quartal 30 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten.

Le Devenir Social. Revue internationale d'économie, d'histoire et de philosophie. Paraît tout les mois en un fasc. de 96 pages gr. in-8°. Abonnement annuel: France 18 fr.; Etranger 20 fr. 16, rue Soufflot, Paris. Sommaire No. 10 (octobre). La démocratie de le droit fiscal dans l'antiquité et particulièrement à Athènes (suite). G. Platon. — La science et la vie au XIXe siècle. Enrico Ferri. — Le projet de loi sur les unions professionnelles devant le Parlement belge. E. Vandervelde. — Discussion doctrinale: Pro e contro il socialismo (Saverio Merlino). G. Sorel. — Revue critique. — B. Croce: Studii storici sulla rivoluzione napoletana del 1799.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet diese Woche Montag, Freitag und Sonnabend von 5 bis 7 Uhr statt.

Frau Kloof. Vielleicht kommen Sie gelegentlich einmal zu uns.

Schriftführer. Textilarbeiter. Es ist unmöglich, von allen kleinen Filialversammlungen große Berichte zu bringen.

Vergolder. Agit.-Kommission. Theilen Sie uns doch nun endlich mit, warum die Betreffenden die Arbeit niederlegten; eher können wir keine Notiz davon nehmen.

Ella, Rixdorf. 1. Nur der, mit dem Sie den Pflegevertrag geschlossen haben, haftet Ihnen. 2. Ja, durch Klage des Vormundes beim Amtsgericht. 3. Ja. 4. 12,50 M. bis zurückgelegtem 6., 15—18 M. bis zurückgelegtem 14. Lebensjahre. — **G. F. 977.** Nein. — **Jaeckel.** Tragen Sie bei dem Vorstand der Berufsgenossenschaft auf Zahlung der Hinterbliebenen-Rente an. Ein Formular hierzu finden Sie in der Buchhandlung Vorwärts. — **L. u. R.** 1. Beide Arten giebt es. 2. Nein. — **R. J. 46.** Solche Richtung existirt nicht. — **F. C. Richter.** Eine Legitimationskarte ist erforderlich (§ 44a Gewerbe-Ordnung). — **C. B. 100.** Eine Strafanzeige hätte kaum Aussicht auf Erfolg. Sie können es aber damit und mit einer Zivilklage versuchen. — **F. F. 46.** Unverständlich. — **W. K. 30.** 1. In 30 Jahren. 2. Ja, aber erst nach dem Erbanfall. Es muß dann beim Amtsgericht die Pfändung der Erbtheilsforderung beantragt werden. — **G. B. 42.** Sie können den Antrag stellen. — **A. B. 25.** Das hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. — **H. E.** Ein derartiger Betrieb ist kein unfallversicherungspflichtiger. — **H. P. 100.** 1. Der Antrag auf Rückzahlung ist bei der letzten Invaliditätsanstalt, in Ihrem Falle also Berlin, Klosterstraße 41, innerhalb drei Monaten nach Eheschluß zu stellen. Ein Formular für solche Anträge ist in der Buchhandlung Vorwärts erhältlich. 2. Das Bürgerliche Gesetzbuch tritt erst am 1. Januar 1900 in kraft. Wenden Sie sich an das dortige Vormundschaftsgericht. — **B. B. Münster.** Rechtsanwalt Herzfeld wohnt Markgrafenstr. 62, Heinemann Kronenstr. 8/9, Reiche Leipzigerstr. 46, Heine Rathenowerstr. 1. — **W. Sch. 99.** 1. Ja. 2. Nein. — **G. H., Christstr. 19.** Falls Ihre Ehefrau nicht nachweist, daß sie das Geschäft aus eigenen Mitteln für sich betreibt, würde sie mit Interventionsklagen stets abgewiesen werden. — **W. H. 1.** Nein. — **F. K., Hagen.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. 57.** Ein Widerspruch wäre erfolglos. Renten sind für die Alimente der Frau pfändbar. — **M. G. 49.** Nein; es kann nur innerhalb drei Monaten Strafantrag wegen unerlaubter Brieföffnung gestellt werden. — **Lehenberger.** Sie haben sich strafbar gemacht, da eine vorherige Benachrichtigung nicht erforderlich war. Sie thun im Kosteninteresse gut, den Einspruch zurückzunehmen. — **K. B.** Lohnarrest ist auch wegen Alimente unehelicher Kinder zulässig. Jedoch gehen die Alimente für die Ehefrau, die ehelichen Kinder sowie der eigene nothdürftige Unterhalt vor. — **W. M., Reinickendorf.** 1. Nein. 2. Ja. — **P. P. 20.** Nein.

Wetter-Prognose für Dienstag, 30. November 1897.

Ein wenig kälter, zeitweise heiter, jedoch unbeständig mit Niederschlägen und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Beim **Monatswechsel** empfehlen sich folgende

Partei=Speditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Stalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Haßmann, Grünthalerstr. 64. — **Rosenthaler Vorstadt** und **Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Pestalozzistr. 34, Quergeb. part. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34 und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Jägerstr. 70, II. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Sentileben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernies, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Rich. Ulbricht, Marienthalerstraße 18, I.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

Dienstag, 30. Nov., abends 8 Uhr, bei **Stechert** (früher **Joël**), **Andreasstr. 21:**

Große Volks=Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Dr. med. Bernstein** über: Wie erhält die Proletarierin sich und ihre Kinder gesund? 1/14

Recht zahlreiches Erscheinen, namentlich der Frauen, erwartet

Die Einberuferin.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags=Wahlkreis.

Dienstag, den 30. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zühlke, Dennewitz-Strasse 13:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 239/5

1. Die politische Lage und die Bedeutung der Wahlvereine. Referent: Genosse Reichstags-Abgeordneter **R. Fischer.** 2. Diskussion.

Gäste haben Zutritt. **Der Vorstand.**

NB. Die Genossen werden wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß in der Generalversammlung der Beschluß gefaßt wurde, die Versammlungen pünktlich 8½ Uhr zu eröffnen und wird um frühzeitiges Erscheinen gebeten.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags=Wahlkreis.

Heute, Dienstag, in den Oranienhallen, Oranienstr. 51:

Große Versammlung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Vertrauensmänner=Versammlungen:

Mittwoch, den 1. Dezember, abends 8 Uhr:

Osten und Nordosten:
Strausberger-Strasse No. 3 bei Wittwe Röhl.

Südosten: bei Rautenberg, Oranienstr. 180.
Die Kollegen der Werkstatt von Jockisch, Pücklerstr. 58, sind eingeladen.

Westen und Südwesten:
im Lokale des Herrn Zubeil, Lindenstraße Nr. 106.

Moabit: im Lokale Thurmstraße 84.

Wedding und Gesundbrunnen:
im Lokale des Herrn Raabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.
Die Mitglieder der Werkstatt-Kontrollkommission versammeln sich um 7 Uhr vorn im Lokal.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
Schwedterstr. 23 bei Wernau.

Modell= und Fabriktischler
im „Vorstädtischen Kasino", Ackerstrasse 144.
Hierzu sind sämmtliche Holzarbeiter folgender Firmen ganz besonders eingeladen: Siemens u. Halske, Markgrafenstraße und Charlottenburg; Aktien-Gesellschaft vorm. Eckert, Friedrichsberg, und C. Beermann, Vor dem Schlesischen Thor. Alle übrigen Werkstätten müssen vertreten sein. 272/2

Branche Parkettbodenleger
bei Zubeil, Lindenstraße 106:

Sitzung der Werkstattkontrollkommission mit den Vertrauensleuten.

Tagesordnung:

1. Die Vertretung unserer Branche im Verband. 2. Verschiedenes.

Sämmtliche Firmen **müssen** vertreten sein.

Dienstag, 30. Nov., abends punkt 8½ Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung

für die Branche der

Musikinstrumenten=Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **R. Millarg** über: „Die Interessen der Musikinstrumenten-Arbeiter an den Arbeiter-Versicherungsgesetzen". 2. Der Einfluß der Unternehmer auf unsere Interessen mit besonderer Berücksichtigung der Ringbeschlüsse und das Austreten resp. die Aeußerungen eines Fabrikanten. 272/1

Jeder hat die Pflicht, zu erscheinen. — Gäste haben Zutritt.
Beiträge werden in der Versammlung entgegengenommen.

Chemigraphen.

Am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn Zubeil, Lindenstraße 106:

Mitglieder=Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **P. Jahn** über: „Die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts". 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bittet [102/14] **Die Verwaltung.**

Achtung! R. Buske, Grenadierstr. 33.
3 Säle, neurenovirt, sind f. einige gute Sonnab. noch zu vergeben, ebenso mehrere Vereinsz.
Zum 1. Weihnachtsfeiertag Saal mit Bühne freigeworden.

Maurer Charlottenburgs!

Heute, Dienstag, abends 7 Uhr, im Lokale „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstraße 39:

Gr. öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über den englischen Maschinenbauer-Streik. 2. Bericht vom Gewerbegericht. 3. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell. 296/18

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vertrauensmann.**

Charlottenburg.

Mittwoch, 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokale Bismarckshöhe, Wilmersdorferstraße 39:

Sozialdemokratische Partei=Versammlung.

Tagesordnung: Die bevorstehende Kreiskonferenz. Diskussion. Wahl der Delegirten zu derselben. 206/7

Die Vertrauensleute.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Sonnabend, den 4. Dezember 1897, in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit No. 47–49:

Gr. Vokal- und Instrumental-Konzert,

ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern unter Leitung des Herrn Waldemar Guttmann, sowie vom Berliner Männer-Quartett **„Harmonie:"** 192/12

Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**

— Herren, welche daran theilnehmen, zahlen 50 Pfennige nach. —
Anfang punkt 8½ Uhr. Billet 25 Pf.
Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt unentgeltlich zur Ausgabe gelangt. **Die Ortsverwaltung.**

B. Günzel, Lothringerstr. 52. Spezialität: **Porträts** sozialistischer Führer, Lassalle, Marx 2c. in Cigarrenspitzen, Pfeifen, Nadeln, Brochen, Knöpfen, Büsten, Bildern u. dgl., sowie jede Drechslerwaare u. Repar. (Man verl. Preiskurant.)

Künstl. Zähne 2 M. **Schmerzl. Zahnziehen 1 M.,** Plomb. 1,50 M. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerst. 22. Spr. 9-6U

Uhren-, Goldwaaren-Versand.
Baar-Verkauf u. Theilzahlung. Bestellg. briefl. **L. Vogdt.** Augustst. 92

Dr. Ringelmann
Spezialarzt für 3503L*
Haut-, Harn- und Unterleibs-leiden. **Friedrichstr. 160,** zw. Linden u. Behrenstr. 11–2, 5–7.

Dr. Simmel Moritzplatz, 1. Haus v. Aschinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Prkt. Zahnarzt Wronker
Plombiren, Zahnziehen, Zahnersatz
Leipzigerstr. 30, II. 9–6, unentgeltl. 8–9. Telephon. Nachtglocke.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

1463b] **Künstliche Zähne 2c.**
C. Gedicke, Strelitzerstr. 52

Hosen für Herren in schwerer Winterwaare
Paar 3,50 Mark
in jeder Größe vorräthig 3631L*
Blumenstrasse 3, I.
Händler erhalten Rabatt.

Für 36 Mark
fertige feinen Winterpaletot n. Maaß, für 36 M. f. Anzug nach Maaß, für 8–12 M. f. Winterhosen nach Maaß.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager.
Krausenstr. 14, I. kein Laden.

Winter-Joppen,
Hälfte Kostenpreis, v. Lieferant zurückgeblieben, Warmfutter, Muffiaschen.
Hohenzollern-Mäntel,
Winterpaletots, Winterhosen, vorjährige, nach Maaß bestellt, nicht abgeholt. Hälfte Kostenpreis. **Münzstraße 26, part., Engel.**

Fracks und Gesellschafts-Anzüge für jede Figur passend, werden verliehen. **Baruch,** Kommandantenstr. 72 I. Ecke Beuthstraße. 1700b

Theodor Fricke, Berlin
1. Geschäft: Oranienstr. 174,
2. Geschäft: Hannoversche Brücke 1.
Spezial-Geschäft
für 3739L*
Tricotagen u. Strumpfwaaren
empfiehlt zu enorm billigen Preisen:
Unterjacken für Herren u. Damen
à 0,75, 0,85, 1,10, 1,50, 2,00, 2,50 2c.
Unterhosen à 1,40, 1,75, 2,50, 3,00, 3,50.
Normal-Hemden à 1,20, 1,50, 2,00,
3,00, 3,50, 4,00. [3610L*
Gestrickte Herren-Westen à 2,25,
2,75, 3,50, 4,50, 5,00, 6,00, 7,00.
Gestrickte Damen-Woll-Blousen
à 2,75, 3,50, 4,50, 5,00, 5,50, 6,00, 7,00.
Gestrickte Herren-Socken à 0,50,
0,60, 0,75, 0,80, 0,90, 1,00.
Prima englische Strickwolle,
à Pfund 2,50, 3,00, 3,50, 4,00.
Prima Zephyr- u. Castor-Wolle,
à Pfund 2,50, Strähne 0,28.
Sport-Bekleidungs-Artikel,
Reinwollene Sweater von 3,30 an
Baumwollene Sweater à 1,50.
Turner-Hosen à 2,50, 4,00.
Turner-Tricots à 1,15, 1,25 2c.

Möbel auf **Theilzahlung.**
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.

Meinen werthen Kollegen, Freunden u. Parteig. zeige ich hiermit an, daß ich **Wallner-Theaterstr. 20** ein **Weiß- u. Bairischbier-Lokal** nebst Vereinsz. eröffnet habe. Achtungsvoll 3693L*] **Franz Nerkowski.**

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 2917L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Sophastoffe auch **Reste** in **Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!** 2952L*
Proben franko!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße **46.** Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Zu Weihnachten!
Cigarren in Kisten von 1 M. an bei **Binnebösel,** Schillingstr. 30. 3642L*

Christbaumschmuck,
großartige Auswahl, billigste Einkaufsquelle für Geschäfte und Händler. Berlin, Templinerstr. 6, part. [1998b

Goldabfälle [3611L*
Gold, Silber, Lehrgold, Tressen, Platin kauft die Scheide-Anst. Zimmerstr. 32.

Strickwolle-Ausverkauf. *
Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. 1. 1 Tr.

Die der Frau A. Severing zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück. 2160b **W. O.**

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 3716L*
Oranienstr. 73.

Eine Barbier-Einrichtung,
ein fast nicht gebrauchtes Klavier, (von der Ausstellung), **sehr billig,** desgl. ein gutgehendes **Restaurant** zu verkaufen. Zu erfragen bei *
H. Meyer, Bredowstr. 11.

Christbaumschmuck
für Händler. Billigste Einkaufsquelle. Große Auswahl. Templinerstr. 6. *

Möbl. Schlafst. Prinzenstr. 105, v. 4 Tr., bei Emde. 2157b

Möbl. Zimmer (sep. Eing.) z. verm. am 1. Dez. Reichenbergerstr. 142, 4 Tr. l.

Frdl. möbl. Schlafst. zu verm. bei Meyer, Admiralstr. 27, v. 3 Tr.

Schlafst. Adalbertstr. 96, v. 4 Tr. r.

Schlfst. l. H. Wwe. Meinke, Dresdenerst. 3.

Freundl. möbl. Zimmer 1. 2 H. Zu erfr. Langestr. 8 im Buttergeschäft.

Wittwe verm. freundl. Schlafstelle Münchebergerstr. 7, H. 1 Tr. l. [2162b

---

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, der Schankwirth 2161b

Emil Groth

im 47. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden am Sonntag, den 28. d. M., sanft entschlafen ist. Dies zeigt an mit der Bitte um stille Theilnahme

Die tiefbetrübte Wittwe

Auguste Groth
geb. **Markward.**

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. M., nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Lausitzer Platz 18, aus auf dem Emmaus-Kirchhofe statt.

Verein z. Wahr. d. Interessen der Gast= u. Schankwirthe Berlins und Umgegend.

Am 28. November, früh 2½ Uhr, starb unser treues Mitglied

Emil Groth

im noch nicht vollendeten 47. Lebensjahre an der Proletarierkrankheit.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. November, nachm. 2 Uhr, vom Trauerhause, Lausitzer Platz 18, nach dem Emmaus-Kirchhof statt. Um zahlreiche Betheiligung ersucht 69/20

Der Vorstand. J. A.: F. Ewald.

(Einladungen durch Karten finden wegen der Kürze der Zeit nicht statt.)

Danksagung.

Allen Freunden u. Bekannten unsern herzlichsten Dank für die rege Theilnahme meines lieben Mannes und unseres Schwiegersohnes, des Malers

Herm. Christ.

Wwe. **Anna Christ** geb. **Günther.**
Aug. Günther nebst Frau u. Tochter.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von 3052L*
Robert Meyer,
No. 2. Mariannenstr. No. 2.
Widmungs-Kränze, Guirlanden, Ballsträußchen, Bouquets 2c. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Verlag von M. Ernst, München.

Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze.

Soeben erschienen! — Zweiter Neudruck!

Das Evangelium eines armen Sünders.

Von **Wilhelm Weitling.**
Mit einem Vorwort von **Eduard Fuchs**

Elegant ausgestattet 127 S. broschirt 80 Pfg.

Der zweite Neudruck dieses eigenartigsten Werkes des ersten deutschen Kommunisten unterscheidet sich vom ersten durch Beifügung des ausführlichen und sehr interessanten historisch-biographischen Vorwortes, sowie durch elegantere Ausstattung in Druck und Papier, ohne daß dadurch der Preis erhöht wurde.

Wir vertreten in Theorie und Taktik heute einen von Weitling durchaus abweichenden Standpunkt, aber damit ist nicht gesagt, daß seine Schriften werthlos, ihr Studium Zeitverschwendung ist.

Nein, im Gegentheile, wer die Entwicklung unserer Partei kennen lernen will, der darf es nicht unterlassen, die einzige nun einem größeren Leserkreise zugängliche Schrift zu lesen. („Vorwärts.")

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Der Katalog über die bis jetzt erschienenen Bände der Sammlung wird auf Wunsch gratis und franco übersandt.

Rudolph Scholz,
6. Naunynstr. 6, 2021b
empfiehlt sein Weiß- und Bayerisch-Bier-Lokal, nebst freundlichem, nach dem Garten gelegen Vereinszimmer.

Ausschank der Brauerei Stralau.
Wir empfehlen unsere elektrisch erleuchteten **Säle** den Vereinen und Gewerkschaften **unentgeltlich.** [3094*
Die Sonnabende sind noch frei
Birkholz u. Mittag.

Vereinszimmer.
Noch mehrere Tage frei. „Vorwärts" liegt aus. **Restaurant,** Kottbuserstraße 7. 2017b

Für Vereine!
Alle Tage noch zu haben: **Saal** m. Bühne, **Vereinszimmer** m. Piano, **Kegelbahn.** Abend 2,50 M. Invalidenstraße 146 bei **Wilh. Weiß.** 3670L*

Anzüge nach Maaß für Herren u. Knaben
Größte Auswahl in in- und ausländischen **Stoffen** für **Paletots, Anzüge, Beinkleider** 2c. werden unter **Garantie** des **guten Sitzes** zu **überaus billigen Preisen** schnellstens angefertigt im Tuchgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Achtung!
Die Hosenfabrik
3090L* verkauft jetzt: Mk.
Pr. Stoffhosen von 3,00–7,50
„ **Arbeits-Lederhosen** 2,25–5,00
„ **Winter-Joppen** von 5,00–9,00
„ **Winter-Anzüge** 12,00–20,00
„ **Kinder-Anzüge** 2,50–8,50
„ **Burschen-Anzüge** 4,50–12,00
„ **Knabenhosen 65 Pf.** bis **2 M.**
nur bei **W. Mathews,**
Pallisadenstr., zur rothen 7.

Zentral=Kranken= u. Sterbekasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
(Verwaltung Berlin B.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied **Albert Krüger** am 26. November gestorben ist.

Die Beerdigung findet am 30. Nov., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Köpnickerstr. 44 aus nach dem neuen Thomas-Kirchhof statt.

Um rege Betheiligung bittet
181/18 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stuckateure und verw. Gewerbe zu Berlin.

Donnerstag, den 9. Dezember 1897, abends 8½ Uhr, im Lokal Annenstr. 16

Ausserordentliche

General=Versammlung

Tagesordnung:
1. Aenderung des § 16 unseres Statuts.
2. Verschiedenes.

Berlin, 29. November 1897. [39/16
Der Vorstand.
J. A.: J. Söhner, Vorsitzender.

Aufruf!

Der Former **Rud. Krauss** wird hierdurch ersucht, seine Adresse an

H. Hampel,
604 Blue Island Avenue
Chicago (Illinois)
United States of America,
brieflich bekannt zu geben.

Beuge vor der Noth!
Allgem. Volks=Krankenkasse
E. H. 126.

Staatlich genehmigt für ganz Deutschl.
Hauptkassenlokal: Müllerst. 174 I.
Telephon-Amt II. 2436.
Kleine Beiträge! —
Hohes Krankengeld!
Krankengeld auch für Sonn- und Festtage wird gezahlt 13 Wochen im vollen und weitere 13 Wochen im halben Betrage. — **Müllerstr. 174. Brunnenstr. 19. Granstr. 9. Hallescheftr. 4** und **Skalitzerstr. 82** werden Beitrittserklärungen entgegengenommen. 3056L*

Agenten
gegen hohe Provision jederzeit gesucht.

---

6 Pfund Brot für 50 Pfg.
liefert 3053L*
Albrecht's Bäckerei,
Wrangelstr. 8. Langestr. 26. Falckensteinstr. 28. Lausitzerstr. 2.

Pelz- Muffen Colliers Kragen Baretts
Kinder-Garnituren
zu Ausnahmepreisen.
Gottmann
Gr. Frankfurterstr. 130.

Bald unmöglich!
Aber doch bin ich im Stande, durch billigen Gelegenheits-Einkauf großer Posten Winterstoffe **Anzüge,** reines Kammgarn, für 30 M., **Paletots** für 24 M., **Hosen** für 6 M. zu liefern. **Fertige Anzüge** für 11 M., **Paletots** für 10 M., **Joppen** 4 M., **Hosen** von 1,50 M. an; eigenes Fabrikat. Auch wer Stoff hat, fertige Anzüge nach Maaß, beste Zuthaten, engl. Schnitt, für 18 M. Bei Einkauf von 10 M. fertiger Sachen eine Hose gratis. 3253L*] **Manteuffelstr. 32, part.**

Arbeitsmarkt.

Werkmeister
als Vorarbeiter für eine Tanninfabrik gesucht. Gefl. Off. F. 64 **Gerstmann's** Annoncenbureau, Friedrichstr. 125.

Fünf Steinmetze
auf Marmor verlangt **Zaché,** Weißensee. [2137b] Wilhelmstr. 120.

Versilberer gesucht Wassmannstr. 46.

Tüchtigen Kehler an eine amerik. Maschine, der schon auf Goldleisten gearbeitet, f. **Werkmeister,** Brunnenst. 194.

Eine gewissenhafte ältere **Frau** für zwei kleine Kinder wird verlangt für Tag und Nacht 2152b
Sarich, Meyerstr. 25.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Das Werk von drei Tagen Berathung der Friedenskonferenz.

London, 27. November.

Nach drei Tagen Verhandlung sind Unternehmer und Arbeiter in der Maschinenindustrie gestern endlich zu einer vorläufigen Verständigung über den ersten Punkt des Friedensschlusses gelangt.

Er betrifft, wie der Telegraph schon gemeldet, die Frage der Arbeitsvertheilung. Welche Wichtigkeit beide Theile dieser Frage beilegen, geht aus den jetzt zur Veröffentlichung gelangten Punktationen hervor. Um Satz für Satz ward da gestritten. Die Prinzipale stellten zuerst ihre Forderung ganz absolut auf: „Volles Recht jedes Unternehmers, Einrichtungen, welche in irgend einer Verbandswerkstatt in kraft sind, auch bei sich einzuführen", worauf die Arbeitervertreter die Gegenforderung stellten, daß solcher Uebertragung von Einrichtungen eine Verständigung zwischen Unternehmerverband und Gewerkschaften vorangehen müsse. Dies wollten die Prinzipale nicht annehmen, verfügten aber ihre Forderung durch den Zusatz, daß sich das verlangte Recht nicht auf die Höhe der Löhne und die Normalsätze der Arbeitszeit erstrecken solle. Nach eingehender Berathung wiederholten die Arbeitervertreter ihre Forderung in etwas modifizirter Form, die Fabrikanten aber ließen sich nicht von ihrem Vorsatz abbringen. Sie arbeiteten einen dritten Vorschlag aus, den die Gewerkschaftsvertreter, nachdem ein von ihnen aufgestellter weiterer Gegenvorschlag für unannehmbar erklärt worden war, mit dem Vorbehalt akzeptirten, daß die Einzelheiten noch zwischen ihnen und den Unternehmern diskutirt werden und über die endgiltige Annahme die Gewerkschaftsmitglieder selbst in Urabstimmung entscheiden sollen. Die Klausel selbst lautet:

„Indem die verbündeten Unternehmer jede Absicht, die angemessene Thätigkeit der Gewerkschaften zu schmälern, in Abrede stellen, sind sie entschlossen, keine Beeinträchtigung der Leitung ihrer Geschäfte zuzulassen, und behalten sie sich das Recht vor, in jedwelcher Verbandswerkstatt, je nach Wahl der betreffenden Prinzipals, diejenigen Arbeitseinrichtungen einzuführen, unter denen irgend welche Mitglieder der hier vertretenen Gewerkschaften zu Anfang des Konflikts in irgend welchen Werkstätten des Unternehmerverbandes gearbeitet haben. Es wird ferner zugestanden, daß die Diskussion und gegenseitige Vereinbarung von Einzelheiten, welche das obige allgemeine Prinzip erläutern, noch auf dieser Konferenz vorgenommen werden soll. Das Vorstehende soll in keiner Weise so ausgelegt werden, als ob es sich auf die normale Arbeitszeit oder die allgemeine Hebung oder Herabsetzung der Löhne bezieht. Punkt 4, Absatz B der Grundlagen der Konferenz steht die Diskussion und Vereinbarung der besten Mittel, zukünftige Konflikte möglichst zu vermeiden vor."

Der abgelehnte Gegenvorschlag der Arbeiterdelegirten stimmt in den Einleitungssätzen mit dem der Unternehmer überein, schiebt aber nach „Arbeitseinrichtungen einzuführen", den Satz ein,

„welche zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern gegenseitig vereinbart worden sind und . . .",

dann, mit blos formeller Umstellung der Sätze, unverändert wie oben bis zum Schluß des vorletzten Satzes, wonach noch nachstehender Satz folgt:

„Andererseits beanspruchen die Gewerkschaften, indem sie jede Absicht, sich in die Geschäftsführung der Unternehmer einzumischen, von sich weisen, für sich das Recht, von Zeit zu Zeit in gemeinsamer Berathung und Vereinbarung mit den Unternehmern die allgemeinen Arbeitsbedingungen festzusetzen, wie sie die Arbeitsdauer, die Löhne und die Akkordsätze betreffen, sowie ihr verfassungsmäßiges Recht der Einstellung ihrer Arbeit auszuüben, sobald irgend ein Unternehmer gegen die allgemein getroffene Vereinbarung verstößt."

Warum die Unternehmer namentlich den Schlußsatz von sich wiesen, liegt auf der Hand. Worauf es ihnen gerade ankommt, ist, die um bloßer Werkstattskonflikte halber verfügten Streiks loszuwerden, wie sie längere Zeit am Tyne und Tees (Durham) grassirten. Der Streit dreht sich, wie an dieser Stelle stets betont worden, nicht um das allgemeine Prinzip der Gewerkschaften, sondern um sehr in Feinheiten auslaufende Spezialfragen des Gewerkschaftsrechts. Daher der kasuistische Streit um scheinbare Formalitäten. Keine Seite will sich zu mehr, als absolut nothwendig, verpflichten, keine der anderen Schlupflöcher lassen. Außerdem will auch keine Seite die andere als Siegerin erscheinen lassen.

Das „Daily Chronicle", das mit einer Vehemenz, die an seine etwas verhängnißvolle Griechenpolitik erinnert, als Anwalt des Maschinenbauervereins auftritt, ist von dem gemeldeten Kompromiß gar nicht erbaut. Es erklärt, die Klausel, der die Gewerkschaftsdelegirten nunmehr provisorisch zugestimmt haben, schließe „so wesentliche Aenderungen des ganzen Systems, wonach bisher die gewerklichen Dinge geregelt worden", in sich ein, daß alle Gewerkschaften Englands bedroht seien. Die Aenderungen dürften daher keineswegs ohne vorherige Zuziehung der berufenen Vertreter sämmtlicher Gewerkschaften Englands, das heißt eines außerordentlichen nationalen Gewerkschaftskongresses, ratifizirt werden. Wie schon vor einigen Tagen der Londoner Gewerkschaftsrath, so fordert jetzt auch das radikale Blatt die Einberufung eines solchen.

Ob es damit Erfolg haben wird, erscheint mir noch zweifelhaft. Die Stimme des Londoner Gewerkschaftsrathes, wie überhaupt der meisten Gewerkschaftsräthe, ist bei den Vorständen der größeren Gewerkschaften nicht sonderlich angesehen, und es liegen genug Anzeichen vor, daß in deren Kreisen die Sachlage etwas anders beurtheilt wird, wie in den Reihen der wohlmeinenden journalistischen Freunde der Bewegung. Die welterfahrenen Führer sind nicht so leicht entflammt und auch nicht so leicht entmuthigt.

Ein Berichterstatter des „Chronicle", der der Gewerkschaftsbewegung nahe steht, drückt sich denn auch anders aus, als die Redaktion. Nach ihm ist noch garnichts preisgegeben. Es komme alles auf die in der Klausel vorgesehene Spezialabmachung an, die noch von dieser Konferenz zu vereinbaren ist. Die Führer der Maschinenbauer hätten in diesem Punkt vorläufig nachgegeben, um in anderen Fragen Zugeständnisse zu erlangen. Die endgiltige Entscheidung stünde der Masse zu, und schließlich wäre auch, wenn alle Stränge reißen, mit dem Abbruch der ganzen Verhandlungen zu rechnen.

Jede Kritik unsererseits würde in diesem Moment unzeitgemäß sein. Auf beiden Seiten ist man sich der Verantwortung voll bewußt. Die drei Verhandlungstage haben gezeigt, daß in beiden Lagern selbst ernsthaft und eingehend diskutirt wird. Die Berathungen, die die Unternehmer und die Gewerkschaftler unter sich über die einzelnen Vorschläge pflegen, dauerten oft länger wie die gemeinschaftlichen Diskussionen. Es giebt hüben und drüben sehr zum Frieden gestimmte und sehr kampflustige Elemente.

Die Konferenz wurde auf nächsten Dienstag vertagt und soll dann bis Freitag täglich zusammentreten. Desgleichen die folgenden Wochen, wenn sie nicht vorher ihr Pensum erledigt oder ihr Werk als hoffnungslos aufgiebt.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Gebrüder Aschinger führte der Hausdiener M. vor dem Gewerbegericht einen Rechtsstreit, in dem eine jener leichtsinnigen Unterschriften, die wir schon so oft gerügt haben, wieder mal die entscheidende Rolle spielte. M. schlief mit etwa 20 anderen Angestellten der bekannten Restaurateure in einem größeren Schlafsaal, und hier hatte er auch den Koffer untergebracht, der seine Besitzthümer barg. Während seiner Anwesenheit im Betriebe verschwand der Koffer. Hierfür machte der Bestohlene die beklagte Firma verantwortlich, indem er ausführte, der Schlafsaal sei jedermann zugänglich gewesen. Er beanspruchte 316 M. Schadenersatz. Der Vertreter der Beklagten machte dagegen geltend, für den Schlafsaal sei ein Schlüssel vorhanden, die Firma treffe also keine Schuld. Im übrigen berief sich der Herr auf ein vom Kläger unterzeichnetes Schriftstück etwa folgenden Inhalts: „8,90 M. als Restlohn empfangen. Ich erkläre durch Unterschrift keinerlei Ansprüche mehr, welcher Art sie auch seien, an die Firma zu haben." Der Vorsitzende Assessor Krause stellte bei dieser Sachlage es dem Kläger anheim, erst einmal den Versuch zu machen, sich mit den Gebrüdern Aschinger außergerichtlich zu einigen. Der Vertreter der Beklagten bemühte sich auch anerkennenswerther Weise darum, konnte aber im neuen Termin nur mittheilen, daß die Gebrüder Aschinger es ablehnten, irgend etwas zu zahlen. So blieb dem Gerichtshof nichts anderes übrig, als dem Kläger die Zurücknahme der Klage anzurathen. M. kam dem Rathe nach. Herr Hittel, der Vertreter der Beklagten, will nun noch einmal zu gunsten des schwer geschädigten Klägers bei seinen Prinzipalen vorstellig werden.

Wegen hartnäckiger Verweigerung einer Arbeit, die zu seiner gewöhnlichen Beschäftigung nicht gehörte, war der Hausdiener N. von der Inhaberin des Hotels „National", Frau Rosmanitz, ohne vorherige Kündigung entlassen worden. Er verklagte deshalb die Frau beim Gewerbegericht und beantragte, sie zu einer Lohnentschädigung zu verurtheilen. Der Kläger machte geltend, er sei nur auf den oberen Etagen für den Hotelbetrieb im engeren Sinne engagirt worden. Indessen hätte er die Arbeit im Keller, das Ausziehen eines Nagels, überhaupt nicht verweigert; er habe keine Zange gehabt und deshalb den Nagel nicht entfernen können. Die Kammer VI des Gewerbegerichts nahm jedoch auf grund der Verhandlung an, daß der Kläger sich thatsächlich hartnäckig geweigert habe, den Nagel auszuziehen, und wies ihn mit der Begründung ab, ein Etagenhausdiener in einem Hotel müsse auch Nägel ausziehen, wenn es von ihm verlangt werde.

Kein selbständiger Gewerbetreibender. Ein Rechtsstreit zwischen dem Bauklempner B. und der Firma Pussin und Komp. (Bauunternehmer) beschäftigte die Kammer III des Gewerbegerichts. Der Kläger beanspruchte einen Restlohn von 18 M. und 60 Pf. Lohnentschädigung. Er behauptete, unrechtmäßig entlassen zu sein. Die beklagte Firma machte durch ihren Vertreter geltend, B. habe in der letzten Woche fast die halbe Arbeitszeit durch geschlafen. Im übrigen dürfe er gegen die Firma gar nicht beim Gewerbegericht klagen, da er die Bauarbeit selbständig übernommen habe, also selber Unternehmer sei. Die Firma habe ihm nur Zinn geliefert und ihm ihre Abbiegebank zur Verfügung gestellt. Kläger hätte pro Quadratmeter bezahlt werden sollen und der angebliche Wochenlohn von 30 M. sei nur ein Vorschuß gewesen. Ein Zeuge hat den Kläger nicht schlafend gefunden. Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Assessors Schneider verurtheilte jedoch die Firma nach dem Klage-Antrage unter folgender Begründung: Es stehe fest, daß Kläger das wichtigste Werkzeug für Bauklempner, die Abbiegebank, nicht besessen und daß er auf Rechnung der Beklagten Zinn besorgt habe. Er habe somit lediglich die Dienste eines Gewerbegehilfen geleistet, wofür auch spreche, daß die beklagte Firma im Besitze einer Abbiegebank sei, also wohl auch öfter Klempner in ihrem Betriebe beschäftige. Das Gewerbegericht sei demnach zuständig für die Erledigung des Rechtsstreites. Was den Lohn betreffe, so hätten die Parteien für ihre gegentheiligen Behauptungen keinerlei Beweis angetreten, deshalb sei der für Bauklempner angemessene Wochenlohn maßgebend, und der betrage 30 M. Die Berechnung des Klägers stimme hiernach. Da nun die Behauptung des Vertreters der Beklagten, Kläger habe die halbe Woche geschlafen, durch die Zeugenaussage widerlegt sei, so hätte Beklagte im vollen Umfange des Klageantrages verurtheilt werden müssen.

Versammlungen.

Textilarbeiter-Verband, Filiale I. Zu unserem Bericht über die Versammlung am 17. November in unserer Sonnabend-Nummer geht uns eine Richtigstellung zu, in der gesagt wird, daß die Versammlung mit dem Beschluß des Vorstandes, die Unterstützung der Nichtorganisirten betreffend, sich nicht einverstanden erklärt. Sie empfiehlt, daß die Unterstützungsfrage, wie bisher geregelt werde. — Ferner ist richtig zu stellen, daß die Generalversammlung nicht in Hannover stattfindet, sondern es ist die Generalversammlung der Berliner Organisation gemeint, in welcher der Gesammtvorstand gewählt wird.

Die Stuckateure beschlossen in ihrer Verbandsversammlung vom 22. November, daß die Kontrolle der Arbeitslosen im Arbeitsnachweis, im Winter sowohl als im Sommer, eine dreitägige sein soll. Die Frage betreffs Erbauung eines Gewerkschaftshauses wird einer Kommission von drei Mitgliedern und dem gesammten Vorstand zur Regelung überlassen; die definitive Abstimmung soll in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung vorgenommen werden.

Rixdorf. Am 24. November fand hier eine öffentliche Maurer-Versammlung statt, in der der Kartelldelegirte Bericht erstattete. Als Delegirte wurden gewählt Priemke und Bieberstein. Als Beitragssammler wird Schreiber gewählt. Sodann sah Metzke einen Situationsbericht über die Lohnbewegung des letzten Jahres. Beschlossen wurde, daß im nächsten Frühjahr für Rixdorf eine Kommission gewählt werden solle, welche Fühlung zu suchen habe mit der Berliner Lohnkommission.

Köpenick. Eine am Donnerstag bei Scheer tagende Versammlung diskutirte über die Kreiskonferenz, welche am 5. Dezember in Berlin stattfinden soll und delegirte zu derselben Hilliges, Becher und Hein. In die Lokalkommission wurden die Genossen Held, Woick und Rademacher gewählt.

Johannisthal. Am Sonntag Abend tagte hier eine von ca. 100 Personen besuchte öffentliche Versammlung im Lokal von Bastian. Der Vertrauensmann John wies einleitend auf die Größe des Teltower Reichstags-Wahlkreises hin und wie es bei derselben bisher der großen Masse der Ortschaften nicht möglich war, bei wichtigen Fragen, welche den Kreis betreffen, vertreten zu sein. Aus diesem Grunde habe die Kreisleitung beschlossen, Kreiskonferenzen abzuhalten und sollen zu diesem Zwecke aus jeder Ortschaft Delegirte gewählt werden, welche die Wünsche der Genossen aus den einzelnen Ortschaften vertreten sollen. Demzufolge wurden John, Schönicke und Weber zu Delegirten für die am 5. Dezember stattfindende Konferenz gewählt. Hierauf hielt der Genosse Faber einen Vortrag über: „Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie". An der Diskussion, welche sich sehr rege gestaltete, beteiligten sich die Genossen Gallasch, John, Hünold und Reichert. Dieselben ergänzten die Ausführungen des Referenten noch durch mehrere krasse Beispiele unserer wirthschaftspolitischen Zustände.

„Kosmos", Verein für volksthümliche Wissenschaft. Heute, Dienstag, den 30. November, abends 8 Uhr, Sitzung im Restaurant Seidler, Linienstr. 66. Diskussion über „Faust" von Goethe. Gäste willkommen.

Wanderklub Vorwärts. Sitzung Dienstag, abends 9 Uhr, bei Kühne, Voltastr. 8.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Ausnahme-Preise.

Für Damen.
Filzschuhe 1,10, 1,40 Mk.
Filzpantoffel 65, 80 Pf.
Steppschuhe mit Lederabsatz, Filzfutter, Plüscheinsatz 1,80 Mk.
Lederhausschuhe mit Lederabsatz, Filzfutter, Plüscheinsatz 2,80 Mk.

Für Damen.
Filzstiefel mit Lederabsatz z. Schnüren oder mit Gummizügen 4,40 Mk.
Wildrossl. Knöpfstiefel Ia. Qualität, auf Rand genäht 6,80 Mk.
Wildrossl. Zugstiefel Ia. Qual. 4,80 Mk.
Tanzschuhe Leder 2,80, Lack 3,30 Mk.

Damen-Halbschuhe zum Schnüren oder Knöpfen, weil unsortirt, 3,80 Mk., darunter feinste Sorten.

Schuhwaarenhaus Carl Stiller

Gegründet 1867. Jerusalemerstr. 40, am Dönhoffplatz. Gegründet 1867.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 30. November.

Opernhaus. Die Meistersinger von Nürnberg. Anf. 7 Uhr.
Schauspielhaus. Das neue Weib. Anfang ½7 Uhr.
Deutsches. Jugendfreunde. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. In Behandlung. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Circusleute. Anf. 7½ Uhr.
Lessing. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Wallensteins Lager. Die Piccolomini. Anfang 8 Uhr.
Neues. Lieb' im Spiel. Aschermittwoch. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Feudalherren. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Dorina. Vorher: Vice versa. Anfang 7½ Uhr.
Unter den Linden. Blaubart. Anfang 7½ Uhr.
CentUral. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Haustyrann. Die Drillingsmutter. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Geschwister Fiebig. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Leben und Lieben. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Geheimnisse der anderen Welt. Anf. 7½ Uhr.
Urania. **Taubenstraße 48–49.** Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
American. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr: **Wallenstein's Lager. Die Piccolomini.**
Mittwoch, abends 8 Uhr: **Madame Bonivard.**
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Wallenstein's Tod.**

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Dienstag, den 30. November 1897,
Emil Thomas a. G.
Zum 87. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr:
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Geschwister Fiebig.
Modernes Volksstück in drei Akten von O. Wagner und H. Haßkerl. Musik von Fritz Krause.
Mittwoch:
Hopfenrath's Erben.
Direkte Verbindung mit dem Theater: Elektr. Bahn: Dönhoffplatz—Reichenbergerstraße in **10** Minuten.

Eine erste Sehenswürdigkeit der Residenz ist
Gebrüder Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Kaufmann's Variété.
VI. Berliner Wintersaison.
Ganz Berlin spricht von den einzig in ihrer Art dastehenden Saison-Schlagern
Ein Abend im Wintergarten
und
Im Atelier.
Nur noch wenige Aufführungen.
Anf. ½8 Uhr. Gewöhnl. Preise.
Sensationelle Ueberraschung.
Siehe Mittwochs-Inserat.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Direktion Richard Winkler.
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Mit durchweg neuer Ausstattung:
Tolle Berliner Fahrten.
Ausstattungs-Burleske mit Gesang und Tanz. — Vorher:
Junge Männer u. alte Weiber.
Lustspiel in 1 Akt von Th. Apel.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 30 Pf.
Reservirter Platz 50 Pf.

Urania

Taubenstrasse 48–49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62: Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Passage-Panopticum.

Wiener
Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Neues Programm

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! **Indisch-hindustanische Gaukler** — und — **Schlangen-Beschwörer.**
Das **BÄRENWEIB.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Welß.**
Novität! Zum 6. Male: Novität!
Leben und Lieben.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von O. Klein. Musik von G. Wanda.
Anf. 8 Uhr. Im Tunnel von 7 Uhr ab:
— Frei-Konzert. —
Morgen und folgende Tage: **Leben und Lieben.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Am Altar.**

Apollo-Theater.

Carmen Faur.
Robert Steidl.
La Foy
mit ihrer Novität:
Der Feuer- und Flammentanz
Kassenöffnung 6½ Uhr.
Anfang 7½ Uhr.
Mittwoch, den 1. Dezember 1897:
Vollständig neues Programm.
Wiederauftr. des Gesangshumor.
*** Otto Reutter ***
und Desrockes-Bianca.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Heute, Dienstag, den 30. November:
Neu! **Neu!**
Madame Potiphar.
Charakterstück mit Gesang in 6 Bildern von Carlos Duchow.
Nach der Vorstellung **Tanzkränzchen.**
Mittwoch: **Von Stufe zu Stufe.**

Größtes Schaustück der Welt.
Direction: Hermann Freund, Haller u. L. Saenger.
Am
Freitag,
den 3. Dez. 1897
Eröffnungsvorstellung
Abends 7½ Uhr.
Neues
Olympia-
Riesentheater
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Constantinopel.
Sonnabend und die folgenden Tage
Constantinopel.
Sonntag
2
Vorstellungen.
3 Jahre ohne Unterbrechung in London gegeben.
Ca. 1000 Mitwirkende.

Quarg's Vaudeville-Theater.
Grand Hotel Alexanderplatz.
Erste Original-Budapester (Lauffy & Spitzer).
Von Tag zu Tag bewahrheitet sich die Zugkraft der beiden Novitäten
Das Armband
von Müller
Das Modell
von Haskel
mehr und mehr. Nicht endenwollende Lachstürme und enorme Erfolge begleiten diese Schlager der Saison.
Vorzugskarten gelten.
Quarg's Vaudeville-Theater.
Grand Hotel Alexanderplatz.

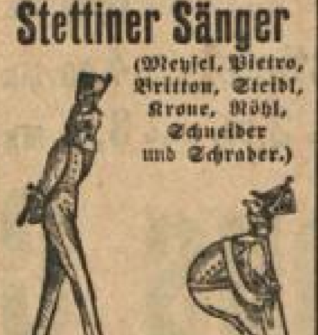
Maehr's Theater

Oranienstrasse 24.
Täglich
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! Mr. Boby, Dressur-Clown, **Neu!**
mit seinen Wunderhunden.
Neu! **Der Klingeljunge von Bolle,**
Volksstück. Riesen-Erfolg!
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Ueberraschender Erfolg!
Melanie Roberti.
Max Franklin-Troupe.
JLKA
und das
grosse erstklassige Programm.
Anfang des Konzerts 7½ Uhr, der Vorstellung **8** Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel:
Militär-John-Konzert
Kaiser Franz-Kapelle in Unif.
Anfang 8 Uhr. Entrée 20 Pf.

Böhmisches Brauhaus

Landsberger Allee.
Heute, sowie jeden Dienstag:
Stettiner Sänger
(**Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.**)

Anfang **8** Uhr.
Entree **50** Pf. Vorverkauf **40** Pf.
Zum Schluß, neu:
Ein Orchester-Streik.
Instrumental-Ensemble v. Meysel.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Novität! Täglich: Novität!
O diese Radler!
Possen-Burleske von O. Roeder.
Im vorderen Saale:
„Almenrausch u. Edelweiss"
Tyroler Sänger-Gesellschaft.
Direktion: **Alois Ebner.**
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Konzert-haus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. **H. Pierry.**
Artistischer Leiter **Jos. Aschinger.**
Bisher unerreicht. Stürmischer Beifall!
Mit vollen Segeln.
Lebensbild mit Musik in 3 Abtheil. von H. Schulz.
Vorzügliche neue Spezialitäten.
Anfang des Konzerts:
Wochent. 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr.
Anfang der Vorstellung:
Wochent. 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 50 Pf.
Wochent. Passe-partouts gültig.
Diese Vorstellungen finden jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag statt.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Anfang: Sonntag 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstr. 22.
Dir.: **Winkler & Fröbel.**
Nur noch bis Dienstag
Rich. Winkler und Wilh. Fröbel in der mit stürmischem Beifall aufgenommenen Gesangs- und Tanz-Posse
Die Ballet-Ratten.
Dazu das brillante erfolgreiche
November-Programm.
20 Nummern.
Künstler ersten Ranges.
Lebende Photographien.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.
Mittwoch: Das große Weihnachts-Programm.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Dienstag, 30. November 1897,
abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Elefant und Pferd, Original-Dressur des Sign. **Corradini. Newsky Malorossiesky,** große Quadrille. Auftreten des berühmten Clown Herrn **Eugen Veldemann** mit seinen dress. Affen, Hunden ꝛc. Double Trio-Act, ausgeführt von Geschw. **Powell.** Auftreten der berühmten Schulreiterin Mdme. **Maria Doré.** Die vorzügl. Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Mr. **Alric Mariano,** Kopf-Equilibrist auf fliegendem Trapez.
Nach Sibirien.
Das großart. aller Manègen-Schaust.
Morgen 7½ Uhr: **Elite-Abend.**

Eine weit grössere Ueberraschung als die jüngsten Scenen im
österreich. Reichstag
bringt morgen, Mittwoch, das Programm der
Gebr. Herrnfeld.
Siehe
Mittwochs-Inserat.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Winterpaletots, Kaisermäntel, Remont.-Uhr., Regul. Operngl. spottb. Neanderstr. 6, Pfandl.

Die Heilkraft meines reinen
Brombeerweines
ist erprobt bei **Asthma, Verschleimung, Husten, Erkältung, Influenza, Schlaflosigkeit.** Gebrauchs-Anweisung auf dem Etiquett jeder Flasche. **Geschmack wie Portwein.** Preis pr. Fl. 1,10 Mk. inkl. 10 Fl. 10 Mk., **30 Sorten anerkannt beste, reine Fruchtweine** von 40 Pf. bis 1,50 Mk. **einschl. Fl. 10 Sorten Fruchtsäfte.** Preisliste mit Beschreibung über Werth und Heilkraft der Fruchtweine bitte zu verlangen. [35152*
Dieser reine Brombeerwein ist von herrlichem Geschmack und als Tischgetränk, besonders bei festlichen Gelegenheiten, auch für die feinste Tafel, sehr zu empfehlen.
— Glasweiser Ausschank Prinzenstr. 83, I, im Speisehaus.
In Berlin und nächsten Vororten sende frei Haus.
D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 37.
Versandtgeschäft gesundheitl. Nahrungs- und Genußmittel.
Verkaufsstellen:
S. u. SW. Lengsfeld, Bergmannstr. 14; Mader, Prinzenstr. 37 u. 83; Braun, Kottbuser Damm 5; Cuvrystr. 46 im Restaurant. **N. u. NW.** Krause, Ackerstr. 83/84; Schwan, Reinickendorferstr. 23a; Pohl, Brunnenstraße 155; Auguststraße 58, im Backwaaren-Geschäft; Werner, Alt-Moabit 15. **O., SO. u. NO.** Schmidt, Petersburgerstr. 85; Rausch, Große Frankfurterstraße 65; Behl, Marienburgerstraße 36; Neumann, Blumenstr. 21a. **C. u. W.** Henke, Spandauer Brücke 1a; Marzahn, Potsdamerstr. 16; Lulau, Neue Winterfeldtstr. 47; Genossensch. „Hülfe", Brüderstraße 41/42. **Charlottenburg:** Sieske, Grolmanstraße 18. **Schöneberg:** Niemann, Colonnenstr. 1.

Kugel-Gelenk-Puppen-Fabrik
P. R. Zierow,
Berlin, Schönhauser Allee 179.
Reparaturen und alle Ersatztheile.
Lager von Köpfen, Bälgen, gekleideten Puppen.
Eigene Fabrikation.

Billigstes Harmonika-Angebot!
Für gute Qual. bürgt d. bedeutende Umfang mein. Fabrikation. **Garantie:** Zurücknahme bei Nichtbefriedigung. **Die besten Harmonikas** sind meine unter Nr. 71775 patentamtlich geschützten **Accordinas** (Name gesch.); sie haben weicher., schöner. Ton u. sind leichter, bequemer zu spielen als alle anderen Harm. u. dabei **billiger!** — Eine zehnklappige **Accordina** mit 2 Bässen, 2chörig, unverwüstl., 11falt. Doppelbalg mit Metallschutzecken ꝛc. kostet **nur Mk. 4,50** gegen Nachnahme. Porto 80 Pf. Verp. u. Schule zum Selbsterl. frei! — Naturgetreu in Bunt ausgef. Abbild. über 2- und 3chör., 17-, 19- und 21klappig Instrumente zur Ansicht franko durch
Karl Adolf Meinel, Unterfachsenberg Nr. 5.

Sonnabend: Rester-Verkauf!

Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.
Brenner & Cie.,
Alte Jakobstrasse No. 57–59.

Anerkannt allerbeste **Wäsche-Mangel,**

massiv eisernes Gestell, Räderwerk-übersetzung. Preis Mk. 19,50, mit 2 polirten 50 cm langen Hartholzwalzen, 2 pol. Anschiebebrettchen und mit 2 Klammern versehen, womit auf jed. Tische befestigt wird. Die mit uns. Mangel gerollte Wäsche erhält eine solch vorzügliche Glätte, daß das Plätten zumeist ganz überflüssig. — Beste Garantie.
NB. Nicht zu verwechseln mit von and. Seite empfohl. Mangel, welche nur ganz hölzernes Gestell hat u. ohne Schwungrad.
Wringmaschinen,
nur bestes Fabrikat, 36 cm langen prima Gummiwalzen, doppelt verzinntem Eisengestell, nur Mk. 15,—.
M. 19,50.
Versandt p. Bahn gegen Vorhersend. od. Nachnahme. **G. Schubert & Co.,** Kommandit-Gesellschaft, Berlin S.W., Beuthstraße 17, 1. Etage. (**Kein Laden.**)

Man trinke:
Original-Löwenbitter
Das beste für den Magen.
In Flaschen
à **Mk. 0,60, 1,10 u. 1,80.**
Wie im Ausschank überall zu haben.
Wo nicht vorhanden, bitte zu verlangen.
R. F. Mittelstädt
Weinhandlung und Likör-Fabrik
N., Brunnenstr. 152.

Kleinsteuber's
berühmte Patent-Abbestpfeifen haben die unerreicht dastehend. Vortheile: Kein übelschmeckend Anrauchen! Vom ersten Anbeginn tadelloser Geschmack! —Nikotinfreies Rauchen!— Pfeife wie Abbildung 2¾ Mark postfrei. Illustrirte Preisliste umsonst.
Kleinsteuber's Pfeifenfabrik,
Berlin S., Brandenburgstr. 58.

Betten, Gardinen, Tischdecken spottb. Neanderstr. 6, Pfandleihe. *

Für 10 Mark
liefere Stoff zu einem f. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liefere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8—10 feinen, für 12 M. guten Kammgarnstoff oder Cheviot. Reste zu Knabenanzügen sehr groß 2—3 M.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,**
Neue Königstr. 17.
Fernsprech-Amt VII. Nr. 2067.

Lohnende einfache **Fabrikationen.**
Compl. Einrichtungen incl. Verfahren zur Fabrikation von Feuer- u. Kohlenanzündern, Wasch- u. Toilettseifen, Seifenpulver und Stiefelwichse etc. Fachkenntnisse nicht erforderlich. 17jähr. Praxis. Zahlr. Anerkenn. Katalog gratis.
Fallnicht's Laborat., Altona a. Elbe

Franz Beyer,
Chausseestr. 103.
Sämmtliche Liköre Liter 1 M.
Rum, Kognak Fl. . . . 1 M.
Sämmtliche Weine zu Engrospreisen.
Nordhäuser (so gut wie Kognak) Liter 65 Pf. 33502*
Punsch u. Glühwein Ltr. 1,50 M.
Sämmtliche Liköre.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.